Klassenkampf

10 Jahre

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei monatlich 2,40 Mark; durch die Post bezogen 2,50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH., Halle, Lerchenfeldstr. 14. Fernruf: 21045 (Red.); 21047 (Verlag).

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung **Der Rote Stern**

Anzeigenpreis: 15 Pf. für den mm Höhe und Spalte; 1 Mk. im Textteil. Bankkonten: Kreisbank des Saalkreises Halle; Commerz- und Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 26471 Halle-Merseburger Zeitungsverlag. Druck und Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH., Halle, Lerchenfeldstr. 14.

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Sonnabend, 31. Januar 1931 | 11. Jahrgang Nr. 26

Faschistische Einheitsfront Nölting – Feder

Die lassen in ihren Versammlungen auf revolutionäre Arbeiter schießen Steht der „Kampf" zwischen National- und Sozialfaschisten in Wirklichkeit aus — Hinein in den Kampfbund gegen den Faschismus!

Wie an anderer Stelle unseres Blattes ausführlich berichten, der SPD gestern gelungen, durch schwindelhafte Anzeigen Volkspart" zwei Versammlungen zustande zu bringen, in der Professor Nölting und der SPD-Reichstagsabgeordnete Schuhmacher sprach. Der „Volkspart" war von oben bis unten bis an die Zähne bewaffneten Schupomannschaften besetzt, unter deren Schutz Nölting eine wilde Rede nicht etwa gegen die Nazis, sondern gegen die KPD hielt. Empörte Arbeiter einige Zwischenrufe wagten, fielen mit Gummiknüppeln und Dolchen ausgerüstete Schupokommandos über sie her und provozierten in völliger Verbindung mit der Polizei eine wilde Schlägerei, bei der die Arbeiter schwer verletzt wurden. Die aufgehetzten Schupobeamten warfen einen Arbeiter die Treppe hinunter, so daß beiden gebrochenen Beinen liegen blieb.

Der gestrige „Volksblatt"-Mordhetze hat also ihre ersten Früchte getragen.

Wie feige das sozialfaschistische Gesindel ist, beweist die Tatsache, daß man kommunistischen Rednern in dieser Versammlung nicht das Wort gab. Die Zusammenstöße in Schaumburg und seinen Leuten aus Rache über seine am Donnerstag erlittene Abfuhr in Löbejün bewußt provoziert worden.

Der nachstehend abgedruckte Meldung beweist im Zusammenhang mit den Vorgängen in Halle erstens einmal den Schwindel des „Volksblattes", welches ein Rededuell Nölting-Feder ankündigte und zweitens, daß National- und Sozialfaschisten in gleicher Weise gegen revolutionäre Arbeiter vorgehen. Ein Anschauungsunterricht, aus dem die sozialdemokratischen Arbeiter die einzig mögliche Schlußfolgerung ziehen müssen. Diese kann nur lauten: **Gemeinsamer Kampf gegen Sozial- und Nationalfaschismus** unter Führung der Kommunistischen Partei. Hinein in den Kampfbund gegen den Faschismus!

(Eig. Bericht.) **Duisburg**, 30. Januar.

Eine Naziversammlung, in der der Nazi-Reichstagsabgeordnete und Wirtschafts-„Theoretiker" Feder sprach, wurde zu einer gründlichen Abrechnung mit den Nazirednern benutzt. Nach Feder sprach der Vertreter der KPD, dessen Ausführungen oftmals durch den stürmischen Beifall der anwesenden Arbeiter unterbrochen wurde. Die Nazis versuchten, die politische Niederlage durch die Provozierung von Schlägereien zu vertuschen. Die Arbeiter schlugen jedoch die faschistischen Mordbanden in die Flucht. Polizei und Nazis schossen darauf gemeinsam auf die Arbeiter. Mehrere Arbeiter wurden durch Schüsse verletzt.

Diese Versammlung zeigt, wie eine ganze Reihe ähnlicher Vorkommnisse, daß die Nazis für den Arbeitermord bewaffnet sind und daß sie in allen Fällen die Polizei auf ihrer Seite haben. Um sich vor dem Mordterror der Nazis zu schützen, müssen die Arbeiter zur Entwaffnung der Faschisten übergehen.

Neue Geschenke an die grüne Front

Millionen-Subventionen oder Zollerhöhung — Alles nur auf Kosten des werktätigen Volkes

Berlin, 31. Januar. (Eig. Drahtm.)

Wie amtlich mitgeteilt wird, haben die Verhandlungen zwischen Reichskanzler Brüning und den Vertretern der sogenannten Grünen Front, das heißt den ostelbischen Agrariern, hinter denen Hugenberg steht, zu einer Einigung geführt. Schiele, der in der letzten Zeit Konflikte mit dem Landbund hatte, bleibt Ernährungsminister. In der amtlichen Meldung heißt es, daß im Rahmen eines agrarpolitischen Gesamtplanes eine grundsätzliche Einigung über die erforderlichen Hilfsmaßnahmen erzielt worden sei.

Was handelt es sich hier? Handelt es sich um neue Zollerhöhung oder um neue Millionensubventionen an „ewig hungernden" Agrarier?

Doch auf jeden Fall auf Kosten der werktätigen Bevölkerung. Wenn Herr Brüning immer wieder Sparsamkeit und Zurückhaltung predigt, während die zur Zeit in Berlin versammelte Gefolgschaft Hugenbergs nur zu drohen braucht, um alles zu erhalten, was sie will!

Klassenjustiz gegen KPD- und SPD-Arbeiter

7 Arbeiter wegen Naziabwehr angeklagt

Quedlinburg-Friedland, 30. Januar. In Märkisch-Friedland waren 7 kommunistische und sozialdemokratische Arbeiter unter Anklage der „Versammlungssprengung, des Widerstandes, des Landfriedensbruchs und Vergehens gegen das Schußwaffengesetz" sowie gegen die Hindenburgische Waffenverordnung" vor Gericht. Der energischen und zielbewußten Verteidigung durch den Rechtsanwalt Dr. Wiener gelang es, den Freispruch für einen zu erzwingen. Während ein Teil der Arbeiter zu Strafen von 3 Monaten verurteilt wurde, erhielt ein sozialdemokratischer Arbeiter die ungeheuerliche Strafe von 10 Monaten, ein kommunistischer Arbeiter 7 Monate Gefängnis. Die weitere Angeklagte wurden zu kürzeren Gefängnisstrafen verurteilt.

Anlaß für die Anklage bildeten Zusammenstöße in einer Versammlung, die durch die SA-Mordbanditen provoziert waren. Es zeigten sich sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter zur Wehr. Im Prozeß traten die Naziprovokateure als Belastungszeugen auf. Ständig kam es zwischen Rote-Hilfe-Verteidigung und Staatsanwalt zu heftigen Zusammenstößen. Der Staatsanwalt, der offen für die Nazis Stellung nahm, mußte sich schließlich unter dem Druck der Empörung im Gerichtssaal öffentlich wegen seiner Aeußerungen entschuldigen.

Der Prozeß zeigt den sozialdemokratischen Arbeitern, daß sie, wenn sie sich gegen die Faschisten zur Wehr setzen, genau so wie die kommunistischen Arbeiter von der Klassenjustiz verfolgt werden. Sie müssen daher gemeinsam mit den Kommunisten den **Kampfbund gegen den Faschismus** ausbauen und die Rote Hilfe stärken.

Mitteldeutsche Braunkohlenarbeiter

sollen vom Kampf abgehalten werden

Halle, den 31. Januar.

Wie die bürgerliche Presse mitteilt, fanden im Manteltarifstreit in der mitteldeutschen Braunkohlenindustrie am Freitag in Leipzig Verhandlungen vor dem Sonderschlichter statt. Zwischen beiden Parteien wurde vereinbart, der Manteltarif unverändert zu verlängern. Er kann erstmalig zum 31. August dieses Jahres gekündigt werden.

Mit dieser Vereinbarung werden die reformistischen Gewerkschaftsbonzen versuchen, die Braunkohlenbergarbeiter vom Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich, überhaupt vom Kampfe um die Forderungen, die in vielen Belegschaftsversammlungen unter der Führung der RGO aufgestellt worden sind, abzuhalten. Das darf ihnen nicht gelingen. Nun erst recht alles eingesetzt für die Streikreifmachung der Gruben unter Führung der RGO!

Lohnraub-Schiedsspruch in der Braunschweiger Metallindustrie

Gegen die Braunschweiger Metallarbeiter ist ein Lohnraubschiedsspruch gefällt worden, der in der Spitze einen Lohnabbau von 7 Pfennig die Stunde und eine Senkung der Akkorde, Zeitlöhne und außertariflichen Zulagen von 7 Prozent bringt. **Der neue Lohntarif soll bis zum 26. September 1931 laufen.**

Kein Korn in der Erde, wenn...

Halle, 31. Januar.

Es sind nur noch wenige Wochen, dann soll das Korn in die Erde gelegt werden, damit es reiche Früchte trage. Reiche Früchte an den Gutsbesitzern und Großbauern, reiche Früchte den Großkapitalisten, die mit dem Getreide, dem Brote Wucher treiben. Aber die, die das Korn in die Erde legen und die es ernten sollen, wenn die Frucht reif ist, sie sollen leer ausgehen.

Die Landarbeiter sind die schlechtentlohnteste, die am meisten ausgebeutete Arbeiterschicht in Deutschland. Zu den Hungerlöhnen — in unserem Bezirk beträgt der Höchstlohn 47½ Pfennig — kommen die denkbar schlechtesten Arbeitsbedingungen.

Die Deputatwohnungen liefern die Landarbeiter der brutalen Willkür des Junkers aus. Er kann den Landarbeiter nicht nur aus der Arbeit, er kann ihn auch gleichzeitig aus der Wohnung herauswerfen. Die Ehefrau des Landarbeiters ist zur Arbeit auf dem Gute des Junkers gezwungen. Seine Kinder, wenn sie die Schule verlassen haben, darf er in seiner Wohnung nur beherbergen, wenn sie auf dem Gute arbeiten oder wenn sie ein Handwerk erlernen. Als Strafe für die Uebertretung dieses ungeheuerlichen Verbots droht dem Landarbeiter der Herauswurf aus der Arbeit und Wohnung. Dazu die übermäßig lange Arbeitszeit, dazu die Antreiberei durch den Junker und seinen Inspektor.

Das alles ist normale Ausbeutung des Landarbeiters. Dazu kommt das Wüten der Rationalisierung auch in der Landwirtschaft. Landarbeiter fliegen heraus aus der Arbeit, weil sie durch immer neue Maschinen „überflüssig" gemacht werden. Im Sommer erwerbslose Landarbeiter, das ist in den letztvergangenen Jahren eine selbstverständliche Erscheinung geworden. Die Erwerbslosigkeit aber ist für den Landarbeiter besonders schlimm. Die Junker machen von der Möglichkeit, die ihnen das von der SPD geschaffene Erwerbslosen-Versicherungsgesetz gibt, Gebrauch, pressen die Landarbeiter dazu, auf die Mitgliedschaft in der Erwerbslosenversicherung zu verzichten, „weil sie ja doch nicht entlassen werden" — und wenn dann der Hinauswurf erfolgt, dann sitzen die Landarbeiter ohne jede Unterstützung auf der Straße.

Mit alledem geben die Junker sich noch nicht zufrieden. Sie haben angekündigt, daß sie einen Lohnraub bis zu 30 Prozent durchführen wollen. Zum Ende Februar ist der Tarif gekündigt, dann soll der Lohnraub einsetzen.

Die sozialfaschistische Bürokratie des DLV unternimmt natürlich nichts, um den Schlag gegen die Landarbeiter abzuwehren und sie wird weiterhin nichts gegen den Lohnraub unternehmen. Mit ihr im Bunde steht die Bürokratie des christlichen Verbandes. Die sozialfaschistische Bürokratie des DLV redet den Landarbeitern ein — schon jahrelang ist dies das Argument, um jeden Streik der Landarbeiter abzuwehren —, man könne

Riesiges Waffenlager der NSDAP und des Stahlhelms entdeckt

12 Maschinengewehre, 90 Gewehre, riesige Mengen von Munition ausgehoben — Faschistische Besitzer des Waffenlagers freigelassen — Entfacht den Volkssturm gegen den Mordfaschismus!

(Eigener Bericht.) **Marienburg**, 30 Januar. Vor einigen Tagen wurden, wie unser Königsberger Bruderorgan, das „Echo des Ostens" mitteilt, in einem Erbbegräbnis einer Kapelle in Iggeln, im Kreise Stuhm gelegen, ein riesiges Waffenlager entdeckt und ausgehoben. Bei der Aushebung des Waffenlagers wirkte insbesondere die Marienburger Schutzpolizei mit, die zur Fortschaffung der Waffen ein ganzes Lastauto gebrauchte. In den Gewölben des Erbbegräbnisses sind insgesamt 12 Maschinengewehre, 90 Gewehre, gewaltige Mengen Munition und anderes Kriegsmaterial, das für den Bürgerkrieg, den kommenden Krieg gegen das Proletariat Deutschlands Verwendung finden sollte, gefunden worden.

In dem Erbbegräbnis hatte man ungefähr in Dachhöhe einen Verschlag gemacht und dort die Waffen versteckt. Der Verwalter der Domäne, ein Herr Weik, und ein Besitzersohn aus der Gemeinde Mahlau im Kreise Stuhm wurden verhaftet, aber nach kurzer Zeit schon wieder auf freien Fuß gesetzt. Der Verwalter Weik soll angeblich eine geringe Kaution gestellt haben und deshalb freigelassen worden sein. Den Besitzerssohn hat man sofort ohne weiteres freigelassen.

Das Waffenlager gehört zu gleichen Teilen dem Stahlhelm und den Nazis. Weik ist Mitglied des Stahlhelms und soll in enger Verbindung mit den Nazis arbeiten. Der Besitzerssohn soll gleichfalls zu dieser faschistischen Terrorgarde in enger Verbindung stehen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310131-18/fragment/page=0001

nicht kämpfen, weil nicht alle Landarbeiter organisiert sind. Die DGB-Bürokratie verschanzt sich auch hinter die Gewerbsloseigkeit. Schließlich und endlich hat die Bürokratie die angebliche Unmöglichkeit zu kämpfen damit begründet, daß es in Deutschland polnische Landarbeiter gäbe, die den deutschen Landarbeitern bei Streiks in den Rücken fallen würden. Eine erbärmliche Verleumdung der polnischen Klassengenossen. Wir haben im vergangenen Sommer Beispiele heldenhaften Mutes gerade der polnischen Landarbeiter genug kennengelernt. Sie haben, auf sich allein gestellt, Streiks durchgeführt in Stöbnitz, in St. Ulrich und dabei Erfolge erzielt. Sie hoben in Nichtewitz den mit ihnen gemeinsam streikenden deutschen Kollegen die Treue gehalten, auch als sie mit Polizeigewalt aus ihren Wohnungen entfernt, auf Autos verladen und weggefahren wurden, um ausgewiesen zu werden.

Die Vertreter der sozialdemokratisch regierten Länder, Preußen an der Spitze, haben ebenso für die Zulassung polnischer Landarbeiter gestimmt, wie die Vertreter Nazi-Thüringens und Braunschweigs. Aber bezeichnend ist, daß nach dem Beschluß des Reichsrats ausländische Landarbeiter, d. h. in der Hauptsache polnische Landarbeiter, nur in Betrieben beschäftigt werden dürfen, die mindestens 25 Morgen Zuckerrüben anbauen und weiterhin, daß 80 bis 85 Prozent der polnischen Landarbeiter weibliche Arbeitskräfte sein müssen. Die Frauen in der Landwirtschaft aber werden von den Junkern doppelt ausgebeutet. Um ihnen die Möglichkeit dieser doppelten Ausbeutung weiblicher Arbeitskräfte zu erhalten, deshalb die Einfuhr der polnischen Landarbeiter und in der Hauptsache der polnischen Landarbeiterinnen.

Die Landarbeiter müssen den Anschlag der Junker abwehren durch Streik. Aber der Streik kann nur organisiert werden, er kann nur gegliedert werden von der Revolutionären Gewerkschaftsopposition. Der Streik kann nur geführt werden, wenn mit Hilfe der Revolutionären Gewerkschaftsopposition die Landarbeiter auf jedem Gut sich selbst die Organe der Führung des Kampfes schaffen, in den eigenen Kampfleitungen. Deshalb jetzt in jedem Dorf, auf jedem Gute Versammlungen, Gutsversammlungen der Landarbeiter. Sie müssen Stellung nehmen zu den Forderungen der Opposition, der RGO. Sie müssen Delegierte wählen zu den Konferenzen am 22. Februar, die zur Auslösung des Kampfes die erforderlichen Maßnahmen beschließen werden. Deutsche und polnische Landarbeiter, sie werden wiederum in einer Front stehen, sie werden wiederum gemeinsam kämpfen.

Aber die eine große Voraussetzung für die Auslösung des Streiks der Landarbeiter, für seine siegreiche Führung besteht darin, daß unsere gesamte Partei begreift, daß die Mobilisierung der Landarbeiter, ihre Organisierung zum Kampf jetzt eine der wichtigsten Aufgaben ist, die es gibt. Systematisch muß mit der RGO zusammen die Versammlungskampagne durchgeführt werden. Systematisch muß Sorge getragen werden für die Wahl der vorbereitenden Kampfausschüsse, für die Wahl der Delegierten zu den Konferenzen zum 22. Februar. Und gleichzeitig auch für die Wahl roter Betriebsräte auf den Gütern, für die Wahl roter Gutsräte.

Viele Ortsgruppen unserer Partei haben die Größe der Aufgabe noch nicht begriffen oder zweifeln an der Möglichkeit ihrer Lösung. Aber das ist nur deshalb möglich, weil diese Ortsgruppen ernsthafte Versuche zur Erfassung der Landarbeiter noch nicht unternommen haben. Dort, wo das geschieht, sind die Genossen über den Erfolg erstaunt. Weit er ihre Erwartungen bei weitem übertrifft. Die Kraft der Partei für die Organisierung des Landarbeiterstreiks einzusetzen, das ist jetzt eine unserer zentralen Aufgaben.

Es gilt, den Kampf zu führen für die Forderungen, die die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition für die Landarbeiter herausgearbeitet hat: keinen Pfennig Lohnabbau, für eine Lohnerhöhung von 10 Pf. pro Stunde. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, für Männer und für Frauen. Herabsetzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich auf 2400 Jahresstunden. (Achtstundentag.) Schaffung eines neuen Landarbeitertarifes. Für diese Mindestforderungen gilt es den Kampf aufzunehmen.

Der Landarbeiterstreik in der Bestellzeit, das wird ein wuchtiger Schlag gegen die Junker, gegen die faschistische Diktatur selbst sein.

Der Landarbeiterstreik im Frühjahr wird dadurch, daß er die Junker, die Feinde der Kleinbauern trifft, auch ein wichtiges Glied in der Schaffung des Bündnisses der Arbeiter und Bauern sein.

Natürlich wird, wie in den Streiks im vergangenen Jahre, insbesondere im Kreise Torgau, die Staatsgewalt, von Sozialdemokraten und Junkern kommandiert, den Streik niederzuknüppeln versuchen. Auf je breiterer Front der Kampf geführt wird, desto schwerer wird es den sozialfaschistischen Staatsfunktionären fallen, auch nur einen Versuch der Unterdrückung des Landarbeiterstreiks zu machen. Der Landarbeiterstreik im Frühjahr muß zum Ausgangspunkt von Kämpfen breiter wichtiger Arbeiterschichten unseres Bezirks werden. Der Landarbeiterstreik im Frühjahr muß ein wichtiger Schritt sein des schaffenden Volkes auf dem Wege zur Volksrevolution gegen den Faschismus, auf dem Wege zum Sturze der Ausbeuterordnung, die Brot in Hülle und Fülle aufgespeichert hat, es verderben läßt und das Volk verpreßt zu hungern. Es lebe der Landarbeiterstreik im Frühjahr!

Wegbereiter des Faschismus

Wie hilft die SPD der faschistischen Diktatur? — Eine Antwort auf eine von Volksbetrügern

Eine Hauptaufgabe der Faschisten ist die Zerstörung oppositioneller Arbeiterorganisationen. Mussolini hat mit wüstem Terrorismus einige Jahre dazu gebraucht, die kommunistische Bewegung und andere oppositionelle Arbeiterorganisationen zu zerschlagen. Als die Opposition gelähmt war, gingen die reformistischen Gewerkschaftler unter Führung des Sozialdemokraten d'Aragona, eines Mitgliedes des Amsterdamer Büros, offen zu Mussolini über. Sie machten ihre Organisationen zu Stützen des Faschismus, sie wurden aus sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern zu faschistischen Bonzen.

Das ist der Weg, auf dem sich gegenwärtig auch bereits die Harnack, Schaumburg, Streicher, Peters und Konsorten befinden. Sie sind die brutale Hilfspolizei der kapitalistischen Brüning-Diktatur. Aber nicht genug, daß sie sich selbst zur Durchführung der Diktaturgesetze prompt zur Verfügung stellen, wollen sie auch noch alle Arbeiterorganisationen zu Stützen der Brüning-Diktatur machen. Sie huldigen demselben Ziel wie Hörsing, der konsequent darauf besteht, daß das Reichsbanner Brüning stützt, obwohl sich die Brüning-Treviranus doch selbst als das Kabinett der Frontsoldaten, der Stahlhelmer bezeichneten. Die SPD-Führer wetteifern mit den Nazis, ihre Wahlermaßen der finanzkapitalistischen Diktatur, die nur eine Minderheit verkörpert, zur Verfügung zu stellen.

Zu diesem Hilfsdienst gehört es, wenn es gestern das „Volksblatt" wagt, die naive Frage zu stellen: „Ist das faschistische Diktatur?" Diese dummdreiste Frage stellt das Blatt nach einigen Bemerkungen über angebliche Versammlungs- und Pressefreiheit und das Recht der Kommunisten, noch in den Parlamenten reden zu dürfen. Dabei weiß das „Volksblatt" genau, daß unter Mussolinis Herrschaft zunächst auch noch einige Jahre von Oppositionellen geredet und geschrieben werden konnte.

Aber täglich zeigt sich krasser, daß Brüning mit Frick und Severing den Spuren Mussolinis folgt. Den drei Notverordnungen über neue Steuern folgten nach der Reichstagsauflösung Serien von Notverordnungen über neue Steuern, Krankenscheingebühren, Arbeitslosenunterstützungsraub, Gehaltskürzungen und den ganzen Reichshaushaltplan. Das war die Liquidierung der Demokratie und beginnender Faschismus. Unter Verfassungsbruch wurden Anfang Dezember 28 weitere Verordnungen erlassen. Wenn das die SPD durch ihre Abstimmung deckte, so war das eine Deckung für die faschistischen Methoden der kapitalistischen Diktatur. Die SPD und ihr Reichstagspräsident Löbe sind selbst zu Totengräbern ihrer eigenen Demokratie geworden. Sie haben selbst den Totenschein für ihren Parlamentarismus mit unterzeichnet.

Das KPD-Verbot, das Verbot der Antifa in zahlreichen Städten, das wiederholte Demonstrationsverbot in Berlin und anderen Städten, die blutigen Attacken der Fleißner-Leipzig und Schönfelder-Hamburg, das ist die Durchführung der faschistischen Diktatur.

Die Aufhebung der Selbstverwaltung, die Einsetzung diktatorischer Staatskommissare, die Amtsentsetzung kommunistischer Gemeindevorsteher und Stadträte, die Eintreibung der Diktatursteuern entgegen gen parlamentarischen Mehrheitsbeschlüssen der Gemeinden, das ist die Durchführung der faschistischen Diktatur.

Das Verbot des „Klassenkampfes" und der „Roten Fahne", die wochenlange Unterdrückung zahlreicher anderer Zeitungen der KPD und der Kommunistischen Jugend, die Beschlagnahme oppositioneller Broschüren und Flugzettel, das sind Schritte auf dem Wege zur faschistischen Diktatur des Finanzkapitals.

Das „Volksblatt" schätzt seine Leserschaft ziemlich niedrig ein, wenn es glaubt, daß diese faschistischen Verbrechen der SPD bereits alle in Vergessenheit geraten seien.

Und das Beispiel dieser Tage ist doch noch zu lebendig, wenn die KPD durch 19 antifaschistische Delegiertenkonferenzen Bezirke Zehntausende von Werktätigen für den Kampf gegen den Faschismus mobilisierte.

hatte die SPD-Bürokratie kein anderes Ziel, als durch Verzicht aller ihrer Positionen und Posten bei Steuerämtern, Krankenkassen, Versicherungsanstalten, Kreisbanken, Sparkassen, Werken und der GEG den heimtückischen, brutalen Schlag zur Zerstörung der roten Konsumvereine zu führen.

Schon tagelang im voraus schrien sie von einer „Konsumvereinsamt entscheidenden Tage jubelten sie über den angeblichen Zusammenbruch des „roten Proviantamtes". Darin zeigt sich die sozialfaschistischer Haß gegen die Organe des revolutionären Klassenkampfes. Oppositionelle Arbeiterorganisationen zerstören, das ist Faschismus, das ist der Kurs der Brüning, der Weg der Hindenburg-Severing-Gröner-Brüning-Diktatur und Frick.

Jawohl, diese SPD-Bonzen, sie sind die schäbigsten, heimtückischsten Vertreter faschistischer Diktaturmethoden. Sie haben auch bereits ihre andere Aufgabe als Sozialfaschisten, die politische Vernichtung der revolutionären Vorhut der Blutjustiz zu betreiben, wohl erkannt. So schreibt gestern das Volksblatt" in einer Schlagzeile „Betrogener Konsumparer gegen Messer auf Härtel los". In Halle selbst konnte das „Volksblatt" darüber nichts erfahren. Es druckt diesen Schwindel aus den reaktionärsten Brandlerblättchen ab. Aber woher der Schwindel kommt, ist den Sozialfaschisten egal. Ist es doch ihr Wunsch, die Arbeiter gegen die Kommunisten bis aufs Messer, bis zur Bestialität zu treiben. Das leuchtet auch aus dem Schluß des heuchlerischen Leitartikels über die faschistische Diktatur heraus. Dort steht zu lesen, und zwar in Fett- und Sperrdruck:

„Ist das faschistische Diktatur? — Ja, hätten wir wirklich, dann wäre das alles doch nicht (das Schreiben und Reden der KPD). Von der KPD wäre dann keine Schwanzspitze mehr sichtbar."

Hier hat das Blatt die Katze aus dem Sack gelassen: Was die wirklich, die faschistische Diktatur, dann wäre die KPD nichtet. Das ist Wunsch und Ziel der SPD, das Inhalt ihrer Hetze und ihres Zerstörungswerkes. Das ist ihr erfülltes Treiben gegen die Opposition.

Es ist ihr Streben, Teilhaber der faschistischen Diktatur zu werden, die werktätigen Massen zu leiten! Das ist ihr wahrer Kampf mit den Nazis: wer am besten taugt zur Bernichtung der KPD und der gesamten oppositionellen Arbeiterbewegung, ganze Angst ist, daß sie in diesem gewaltigen, blutigen Treiben den Nazis überholt werden könnte, und daß sie dabei ihre Posten und Pöstchen verliert.

Jeder sozialdemokratische und jeder parteilose Arbeiter kennt dieses tolle Treiben der Sozialfaschisten nachprüfen. Jeder kennt und spürt die Diktatur, jeder sieht und spürt, wie die Leute sie durchführen. Der Diktaturkanzler Brüning bestätigte vor Tage durch seine Worte, daß sich ein Systemwechsel vollzieht, daß der Uebergang von der sogenannten Demokratie zur faschistischen Diktatur vor sich geht. Wollen wir Brüning folgen, wollen wir die Durchführung der faschistischen Diktatur verhindern, so müssen wir die Stützen zerbrechen, die Diktatur und die Nazis. Darum müssen wir im Massenkampf gegen den Faschismus, im täglichen Auftreten die Einheitsfront der Werktätigen in Stadt und Land schaffen.

KPD-Redakteur — „gemeiner Verbrecher"

Veröffentlichung eines Aufrufes gegen das Demonstrationsverbot ein „niedriger Beweggrund" — Entfacht den Proteststurm gegen die Faschisierung des Strafvollzugs!

Mannheim, 28. Januar. (Eig. Ber.) Vor kurzem wurde der verantwortliche Redakteur der Mannheimer „Arbeiterzeitung", Genosse Stefan Heymann, wegen eines Aufrufes gegen das bestehende Demonstrationsverbot zu der ungeheuerlichen Strafe von 1 Jahr Gefängnis verurteilt. Im Urteil erkannten ihm die faschistischen Richter die politische Ueberzeugungstäterschaft ab. Die Folge dieser unerhörten Feststellung, der reaktionären Klassenjustiz war, daß jetzt Genosse Heymann im Gefängnis wie ein Krimineller behandelt wird. Alle für proletarische politische Gefangene durch die Arbeit der Roten Hilfe und durch den Druck der Arbeiteröffentlichkeit erkämpften Vergünstigungen für eingekerkerte Klassenkämpfer werden ihm nicht gewährt. Er darf nur alle 14 Tage Briefe schreiben und nur alle drei Wochen Besuch empfangen.

Eine Berufung beim Landgericht auf die selbstverständliche Anerkennung der politischen Ueberzeugungstäterschaft wurde abgelehnt, und zwar unter Berufung auf einen Paragraphen, in dem es u. a. heißt, daß die Ueberzeugungstäterschaft abzulehnen ist, „sobald auch niedrige Beweggründe auf den Täter Einfluß haben".

Weil also in einer politischen Tageszeitung des Klassenkampfes Proletariats gegen ein bestehendes Demonstrationsverbot Stellung genommen wird, so hat das nach Ansicht der Klassenjustiz nicht mit Politik zu tun, sondern lediglich mit „niedrigen Beweggründen". Diese bisher einzigartig dastehende Auslegung des Strafvollzugsparagraphen demonstriert vor der ganzen Arbeiterlichkeit, wie der Faschisierung der Justiz die Faschisierung des Strafvollzuges gegen revolutionäre Arbeiter auf dem Fuße folgt.

Fricks Schandstreich gegen das Kinderheim „Moor"

Weimar, 30. Januar. (Eig. Ber.)

Einen neuen unerhörten Streich hat sich der Nazipolizeiminister Frick geleistet, indem er dem Landtagsabgeordneten Genossen Kaufmann mitteilte, daß das bekannte Kinderheim Moor in Elgersburg keine Erlaubnis zur Annahme von Pflegekindern mehr hätte. Als Grund wird angegeben, daß in diesem Heim zur Zeit eine Parteischule der KPD stattfindet, die bereits zweimal von der Frickpolizei überfallen wurde. Der Schlußsatz Frick: „Ein Kinderheim, das zu solchen Zwecken mißbraucht wird, bietet keine Gewähr für das geistige und sittliche Wohl der ihm anvertrauten Pflegekinder." Selbstverständlich ist die Begründung vollkommen an den Haaren herbeigezogen, denn bekanntlich sind die Polizeiüberfälle auf das Heim vollständig erfolglos verlaufen. Außerdem befinden sich zur Zeit keine Kinder im Heim, so daß nur nach der faschistischen Logik des Herrn Frick das „geistige und sittliches" Wohl gefährdet sein kann. Ueber das ganz abgelegene Kinderheim Barkenhof in Worpswede liegen bisher nur bürgerlichen Kreisen höchste Anerkennungen vor.

Gegen diesen unerhörten faschistischen Terrorakt muß mit Empörungssturm in allen Betrieben, Stempelstellen und Arbeiterorganisationen einsetzen.

Erwin Piscator verhaftet!

Berlin, 31. Januar. (Eig. Drahtn.)

Gestern wurde der Genosse Erwin Piscator verhaftet und in die Untersuchungshaft überführt. Diese Verhaftung des revolutionären Regisseurs Piscator erfolgte formal wegen eines Lustbarkeitssteuerrückstandes aus der Zeit der Volksbühne 1927/28. In Wirklichkeit aber ist sie ein reaktionärer politischer Anschlag gegen das Piscator-Theater und die junge Volksbühne.

In den letzten Wochen steigerte sich die Zensur und der Polizeiterror gegen die Piscator-Bühne. Der sozialfaschistische Polizeipräsident Grzesinski wirkte dabei brüderlich mit den reaktionären Filmzensurbehörden zusammen.

Der Vorwand zur Verhaftung Piscators ist mehr als lächerlich. Große Kapitalisten, die Millionen an Steuerschulden haben, werden in Deutschland natürlich nicht verhaftet. Auch Herr Max Reinhardt wird natürlich nicht verhaftet, obwohl allein das Deutsche Theater 270 000 M. Lustbarkeitssteuerschulden hat, wobei dem Deutschen Theater von der Stadt Berlin 80 000 M. dieser Schulden geschenkt werden.

Die Nazi-Filmprüfstelle

Der „Vorwärts" berichtet, daß die Filmüberprüfstelle einen sozialdemokratischen Trickfilm verboten hat, der als ein Agitationsfilm gegen die Nazis laufen sollte. Die Filmüberprüfstelle hat die Vorführung des Films auch in sozialdemokratischen Mitgliederversammlungen verboten, und zwar mit der Begründung, daß der Film die öffentliche Ordnung und Sicherheit gefährde.

Der „Vorwärts" entrüstet sich über das Urteil der Filmprüfstelle und bestreitet entschieden, daß durch den Film die öffentliche Ordnung und Sicherheit gefährdet wird. Zweifellos ist der „Vorwärts" hier vollkommen im Recht, die Sozialdemokratie führt nicht Filme auf, die für die kapitalistische Ausbeuterordnung und für die faschistische Herrschaft der Bourgeoisie gefährlich werden könnte.

Der „Trickfilm" der SPD war also nichts weiter, als einer der üblichen Tricks der SPD-Führer zum Zwecke des Arbeiterbetrugs.

Das Verbot des Trickfilms durch die Nazifilmprüfstelle, die ja bekanntlich schon den pazifistischen Antikriegsfilm „Im Westen nichts Neues" verboten hat, und auch die sowjetrussischen revolutionären Filme zensiert und unterdrückt, entlarvt letzten Endes auch den anderen Trick der Sozialdemokratie, die angeblich um den Faschismus zu verhindern, die Brüning-Regierung, die Regierung zur Durchführung der faschistischen Diktatur, unterstützen muß. Der „Vorwärts" appelliert an den „Reichsbannerkameraden" und „Republikaner", an den Innenminister Josef Wirth und fragt: „Was gedenken Sie gegen diese Behörde zu unternehmen?"

Aus dieser Tatsache kann es nur eine Lehre geben, den Kampf gegen den Faschismus und auch gegen die sozialdemokratischen Tricks gemeinsam mit den Kommunisten und unter der Führung der Kommunistischen Partei aufzunehmen.

Klassengericht stellt fest:

Reichsanwalt Jorns unschuldig

Redakteur Bornstein zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt

Berlin, 31. Januar. (Eig. Ber.)

Nach dreimonatiger Dauer der Verhandlungen im Jornsprozeß wurde gestern der angeklagte Redakteur Bornstein wegen Nachrede in Tateinheit mit Beleidigung zu 500 M. Geldstrafe verurteilt.

Aus diesem Urteil und auch aus der Urteilsbegründung ersieht man den kämpfenden Versuch des Gerichts, den Reichsanwalt Jorns von der Beschuldigung der Mörder Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs freizusprechen. Gerade jetzt, wo das Reichswehrministerium dem jetzigen Kontreadmiral Canaris bescheinigt, daß er ein Unschuldsknabe sei, genau so hat sich die Justiz schützend vor ihren Jorns gestellt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310131-18/fragment/page=0002

Weltaufmarsch der Hungerarmeen zum 25. Februar 1931

Der Weltkampftag gegen die Arbeitslosigkeit muß eine internationale Demonstration des einheitlichen Kampfwillens der werktätigen Massen gegen ihre Aushungerung werden!

Lande Fords

30 Millionen schreien nach Brot

Mehr als 10 Millionen Arbeiter in den USA. sind auf der Straße geworfen und suchen Arbeit. Die überwältigende Mehrheit dieser Erwerbslosen steht völlig mittellos da. Sie erhält nicht einmal jene Brocken der Arbeitslosenunterstützung, die es in einigen europäischen Ländern ausgezahlt wird. Nach jener, die buchstäblich Hunger leiden, beläuft sich mit den Familienangehörigen auf etwa 30 Millionen.

Die bürgerliche Statistik haben errechnet, daß die amerikanische Arbeiterklasse im Jahre 1930 mehr als 8 Milliarden weniger an Löhnen eingenommen hat als 1929. In einem Jahr fiel die Lebenshaltung der Arbeiterschaft als Folge um etwa ein Drittel infolge der Lohnkürzungen und der Arbeitslosigkeit, ohne daß dabei die Folgen der Hetzjagd und der längeren Arbeitszeit berücksichtigt wären.

In den Wintermonaten hat die Krise neue, noch nie erreichte Maße angenommen. Hunderttausende Familien werden aus ihren Wohnungen exmittiert, weil sie die Miete nicht zahlen können: die Schlangen bei den Küchen der Heilsarmee und zahlreicher „Wohltätigkeits"einrichtungen wachsen ins riesenhafte und die ekelhafte und brutale „Wohltätigkeit" der Bourgeoisie breitet sich breit; eine Welle von Selbstmorden der schwächsten und verzweifelten Elemente geht durch das Land; auf dem Lande wächst die Zahl der Hunger leidenden Farmer in Millionen.

Während der letzten Dezembertage und in der ersten Januarhälfte erhob sich eine ganze Welle von „Hungermärschen". Die Demonstranten forderten von den lokalen Behörden und den Staatsregierungen Unterstützung. Ueberall gegen Hunde kam es zu solchen Hungermärschen. In mehr als 30 Städten, **von Neuyork bis Kalifornien, von Minnesota bis Louisiana**, nahmen etwa 80 000 Arbeiter, die sich lokal zu Erwerbslosenausschüssen zusammengeschlossen hatten (die vielfach mit den revolutionären Gewerkschaften in Verbindung stehen) an diesen Hungermärschen teil. Diese Hungermärsche waren von den Kommunisten organisiert und geführt.

Mit der steigenden Zahl der Hungermärsche zur Unterstützung seiner Forderungen haben Massenaktionen eingesetzt, um sich in den Besitz von Nahrungsmitteln und Unterkunftsstellen zu setzen. In Youngstown, Toledo, Cleveland und Chicago haben Arbeitslosenmassen Wochenmärkte und Speisehäuser besetzt und sich genommen, was sie brauchten, mit der Parole: Laßt euch von der Stadtverwaltung bezahlen! Städtische Gebäude und Räumlichkeiten von Wohltätigkeitsgesellschaften wurden von den Arbeitslosen als Unterkunftsräume mit Beschlag belegt. Arbeiter, die aus ihren Wohnungen exmittiert wurden, haben, unterstützt von Massenkundgebungen, die durch die Arbeitslosenausschüsse unterstützt wurden, ihre Möbel gewaltsam in die alten Räume zurückgebracht.

Während die Massenbewegung der Arbeitslosen in den Städten bereits voll im Gange war, begann unter den hungernden Farmern die Bewegung: an vielen Stellen beschlagnahmen die Farmer Lebensmittel, um sich vor dem Hunger zu schützen. In großen Agrargebieten, vor allem im Süden und Westen, hungern große Massen von Farmern, in manchen Gebieten die Mehrheit der Bevölkerung ganzer Bezirke. Die Hungerkrankheit Pelagra taucht überall in diesen Gebieten auf.

Um die zunehmenden lokalen Kämpfe zu einer großen Aktion für Unterstützung und Arbeitslosenversicherung im Landesmaßstabe zusammenzufassen, führt der Arbeitslosen-Ausschuß unter seinem Reichsvorstand eine Kampagne zur Sammlung von Unterschriften für die **„Gesetzesvorlage zur Einrichtung der Arbeitslosenversicherung"**, wie sie von der Kommunistischen Partei und „Liga für Gewerkschaftseinheit" vorgeschlagen wurde. Ueberall werden auf Massenkundgebungen **Delegierte** gewählt, die sich am 10. Februar als eine große Sammeldelegation nach **Washington** begeben sollen, um dem Kongreß diese Forderung vorzulegen. Am 10. Februar sollen in allen Städten Lokaldemonstrationen durchgeführt werden, um das Auftreten der Delegation in Washington zu unterstützen.

Zugleich mit dieser Kampagne rüsten die Erwerbslosenausschüsse unter der Führung der Kommunistischen Partei und der Roten Gewerkschaften mit größter Energie zum **25. Februar**, dem Weltkampftag gegen die Arbeitslosigkeit.

Earl Browder (Neuyork).

Die „Prawda" bringt eine internationale Uebersicht über das Wachstum der Arbeitslosenbewegung und über die Vorbereitung zur Durchführung des Internationalen Arbeitslosentages:

Die französische CGTU. richtete an die Werktätigen Frankreichs einen Aufruf zur Bildung einer Kampfeinheitsfront gegen die Kapitalsoffensive und forderte zur Massenbeteiligung am internationalen Kampftag, dem 25. Februar, gegen Arbeitslosigkeit und Kriegsvorbereitung auf.

Am 22. Januar fanden in Prag zehn **Massenversammlungen** der Arbeitslosen statt. Auch in mehreren anderen Städten der Tschechoslowakei demonstrierten die Erwerbslosen. In Werchowine (Karpatho-Ukraine) fand ein Hungermarsch von Erwerbslosen und armen Bauern statt. Die tschechische sozialfaschistische und bürgerliche Presse richtet scharfe Angriffe gegen die KPTsch. und die roten Gewerkschaften, anläßlich deren Vorbereitungen zur Durchführung des Internationalen Erwerbslosentages.

In Kischinew (Bessarabien) fand eine stark besuchte Demonstration von Arbeitslosen statt. Die Stadt selbst glich einem Kriegslager. Die öffentlichen Gebäude und die Betriebe wurden durch Truppen besetzt. Trotzdem demonstrierten Arbeiter, besonders Jugendliche, den ganzen Tag in großen Gruppen. Die Polizei verhaftete über 200 Arbeiter.

In Budapest sammelte sich vor dem Rathausgebäude eine große Menge Erwerbsloser. Es wurde ein Meeting veranstaltet, auf dem ein Redner der revolutionären Gewerkschaftsopposition sprach. Die Demonstranten entsandten zum Bürgermeister eine Delegation, die die sofortige Organisierung öffentlicher Arbeiter und die Zahlung von Unterstützungen an die Erwerbslosen forderte. Die Polizei zerstreute gewaltsam die Demonstranten, wobei es zu schweren Zusammenstößen kam.

Einige tausend frühere Arbeiter der Automobilwerke bei Turin zerstörten — nachdem die Gemeindeverwaltung den Empfang ihrer Delegation abgelehnt hatte — die Klubräume des örtlichen Faschio und verbrannten die Bilder faschistischer Führer. Zwischen den Demonstrierenden und der herbeigeeilten faschistischen Miliz kam es zu einem blutigen Zusammenstoß, drei Arbeitslose wurden erschlagen, viele verwundet.

In Stockholm führte die Kommunistische Partei am 26. Januar abends eine große Arbeitslosendemonstration durch, mit anschließenden Meetings. An diesen Meetings nahmen über 1600 Arbeiter teil.

In Polen nahm die Arbeitslosenzahl, laut offizieller Statistik, vom 10. bis zum 17. Januar um 12 000 zu. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen beträgt rund 350 000 nach dieser offiziellen Statistik. Im November 1930 betrug die Zahl der Arbeitslosen in Polen 180 000, Ende Dezember 1930 230 000 und am 3. Januar 1931 300 000.

Vor großen Wirtschaftskämpfen in Polen

Die Textilarbeiter von Lodz treten in den Kampf

Mehrere Belegschaften im Streik gegen Lohnabbau — Massenentlassungen in Polnisch-Schlesien

(WTB.) Warschau, 30. Januar. Unter der Arbeiterschaft der Textilfabriken des Lodzer Industriebezirkes herrscht wegen der Absicht der Unternehmer, die Löhne abzubauen, wachsende Erregung. In verschiedenen Fabriken sind die Arbeiter bereits in den Ausstand getreten.

Gestern demonstrierten in Lodz die streikenden Arbeiter der Fabrik Gader gegen die Absicht der Direktion, Streikbrecher einzustellen. Hierbei kam es zu einem Zusammenstoß mit der Polizei, wobei einige Demonstranten verletzt wurden.

(WTB.) **Kattowitz**, 30. Januar. Nach einer Statistik des Woiwodschaftsamtes zählt die Woiwodschaft Schlesien gegenwärtig 52500 Arbeitslose. Diese Zahl dürfte sich im Laufe des Februars infolge der Kündigungen großer Werke stark erhöhen.

So entläßt das Stickstoffwerk Wyrow seine 500 Arbeiter, ebenso werden 300 Arbeiter des Stickstoffwerkes Chorzow entlassen. Die Baildon-Hütte beantragte beim Demobilmachungskommissar die Entlassung von 200 Arbeitern, die Friedenshütte die Entlassung von 150 Arbeitern.

Das doppelte Betrugsmanöver der SPD.

Abrechnung mit der sozialfaschistischen Dumping-Hetze im Preußischen Landtag

In der am Donnerstag fortgesetzten Agrardebatte im Preußischen Landtag hielt der Landwirtschaftsminister und Parteigenosse Brünings, Dr. Steiger, eine Rede, die den Preisabbauschwindel in besonderer Beleuchtung zeigte. Er verlangte ganz offen eine Steigerung der Preise für Agrarprodukte. Die bisherige schändige Steigerung der Zölle begrüßte dieser Koalitionsfreund der SPD.

Genosse Kerff

hielt eine grundsätzliche Abrechnung mit der Agrarpolitik der Preußenkoalition und mit der sozialdemokratischen Dumpinghetze gegen die Sowjetunion. Man spreche zwar von der Weltkrise, aber verschweige dabei, daß die kapitalistische Produktions- und Gesellschaftsordnung die einzige und alleinige Ursache dieses weltwirtschaftlichen Wahnsinns und Durcheinanders ist. Unter bewußter Ablenkung von den tatsächlichen Ursachen der verschärften Agrarkrise im eigenen Lande, versucht der Sozialdemokrat Heilmann als begeisterter Antibolschewist diese Verschärfung aus der russischen Ausfuhr zu erklären. Die sozialdemokratische Dumpinghetze soll ablenken von der außerordentlichen Verengung des inneren Marktes infolge Massenarbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Lohn-, Gehalts- und Sozialfürsorgeabbau, wie er mit aktivster Unterstützung der SPD. durch die Diktaturregierung Brüning und die Regierung Braun durchgeführt wird. Heilmanns Hetze ist ein doppelter politischer Betrug der werktätigen Massen und soll vor den arbeitenden Massen verbergen, daß gerade die kapitalistischen Staaten systematisch ein Dumping betreiben, das sich aus der Natur des monopolistischen Kapitalismus ergibt. Wenn der Antibolschewist Heilmann von „halbverhungerten Staatssklaven" in Rußland sprach, so zeigt das nur, welche gewaltige Kluft zwischen diesem Preisfächter des Kapitalismus und den Problemen der proletarischen Diktatur besteht. Siebenstundentag und Fünftagewoche in der Sowjetunion, der Traktor in der Kollektive sind Beispiele für den Weg zum kulturellen und sozialen Aufstieg in der Sowjetunion. (Stürmischer Beifall bei den Kommunisten.)

20 Prozent Lohnerhöhung

für die Eisenbahner in der Sowjetunion

(WTB.) **Moskau**, 30. Januar. (Telegraphenagentur der Sowjetunion.) Die sowjetrussische Presse stellt die große Bedeutung des Aufrufes des Vorsitzenden des Volkskommissarenrates, Molotoff, und des Sekretärs des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der UdSSR., Stalin, zur Frage der Arbeit im Transportwesen fest und erklärt: Dieser Aufruf bringt das Problem der Rekonstruktion des Transportwesens und seiner Anpassung an die Bedürfnisse der sich rasch entwickelnden Volkswirtschaft in seiner ganzen Größe zum Ausdruck.

Das Organ des Zentralrates der Sowjetgewerkschaften, „Trud", betont, daß der Aufruf neben den klar ausgeprägten Weisungen über die Rekonstruktion der ganzen Arbeit im Transportwesen auch die Weisung enthält, die Löhne aller Kategorien der Eisenbahner zu steigern. So wird der Arbeitslohn für Lokomotivführer von Passagierzügen von 209 bis 252 Rubel, und für Lokomotivführer von Güterzügen von 188 bis 226 Rubel erhöht.

Passive Resistenz bei der sozialdemokratischen „Arbeiterzeitung"

Zweierlei Moral der sozialfaschistischen Buchdruckerbürokratie

Wien, 30. Januar. (Eigener Bericht.) Im Betrieb der sozialdemokratischen „Arbeiterzeitung" ist es in den letzten Tagen zur passiven Resistenz des Druckereipersonals gekommen. Der Kampf der Buchdrucker richtet sich gegen Entlassungen, die aus politischen Gründen vorgenommen werden, gegen Antreiberei und brutales Vorgehen der Leitung und gegen Beauftragten des Personals.

Obwohl die Arbeiten in der Druckerei keineswegs eingeschränkt wurden, wird infolge der verschärften Antreibermethoden ein Teil des Personals rücksichtslos auf die Straße gesetzt. Es werden solche Buchdrucker entlassen, die, obwohl sie Mitglieder der SDPÖ. sind, in Oppositionsstellung zum Parteivorstand stehen. In den letzten Tagen ist infolge der passiven Resistenz die „Arbeiterzeitung" und das „Kleine Blatt" mehrfach verspätet erschienen, außerdem im beschränkten Umfange. Mit Mühe und Not gelang es der Bürokratie des Buchdruckerverbandes, einen offenen Streik zu verhindern und einen Teil der Belegschaft zu beschwichtigen, doch setzt das Maschinenpersonal den Kampf fort.

★

Diese Meldung aus Wien zeigt, wie die sozialdemokratischen Führer in ihren eigenen Druckereien mit dem Buchdruckerpersonal umspringen. Wie in den deutschen Konsumvereinen, wo jetzt überall die Löhne der Arbeiter abgebaut werden, gehen die sozialdemokratischen Geschäftsführer mit Scharfmachermethoden gegen das Personal ihrer Betriebe vor.

Die Bürokratie des Buchdruckerverbandes billigt diese Methoden, dieselben Buchdruckerbürokraten entfalten aber eine Lügenhetze gegen die Druckereien kommunistischer Zeitungen und versuchen, die kommunistische Presse stillzulegen. Erfreulicherweise kann konstatiert werden, daß es genügend Buchdrucker gibt, die die heuchlerische Haltung der Buchdruckerbürokratie durchschauen und sich nicht gegen die rote Arbeiterpresse mißbrauchen lassen. In Deutschland wird die Buchdruckerbürokratie mit ihren Machenschaften gegen die kommunistische Presse elend Schiffbruch erleiden.

Lavals Kriegsprogramm

„Paneuropa" und Aufrüstung

Paris, 30. Januar. Das Kabinett Laval trat heute mit seiner Regierungserklärung vor die Kammer. Der Kernpunkt des Programms des Laval-Kabinetts ist die Außenpolitik. Darüber heißt es, daß die Regierung „mit allen ihren Kräften" an der „Organisation der europäischen Mächte" weiterarbeite. Es sei notwendig, neue „Sicherheitsgarantien" zu schaffen, die mit denen der „Landesverteidigung" durchaus vereinbar seien.

Die Regierung sei entschlossen, die Genfer Linie fortzusetzen. Sie sei ferner entschlossen, „im Einverständnis mit den andern Nationen eine rationelle (!) und gerechte (!) Beschränkung der Rüstungen zu verwirklichen" und eine Politik der Landesverteidigung zu betreiben, die „die Sicherheit (!) und die Unabhängigkeit Frankreichs garantiere".

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310131-18/fragment/page=0003

„Volksblatt"-Denunzianten

gegen Merseburger Konsum

Gelingt die Eroberung nicht und auch nicht die Spaltung, dann muß vernichtet, zerstört, ruiniert werden! Das ist die Losung, die die SPD-Bürokratie im Auftrage des Großkapitals gegen die oppositionellen Arbeiterorganisationen durchführt. Die Konsumvereine in Halle und Merseburg waren massenpolitisch nicht zurückzuerobern für die SPD. Auch die Spaltung brachte ihr nur Splitter. Deshalb wird jetzt mit finanzkapitalistischen Mitteln der Ruin, die Zerstörung betrieben.

Kein Tag vergeht, ohne daß das „Volksblatt" mit den Zahlungsschwierigkeiten, die die GEG in heimtückischer Weise im AAB Halle herbeiführte, auch den Merseburger Konsumverein öffentlich zu diskreditieren versucht. Das „Volksblatt" ist kapitalistisch-geschäftlich genügend geschult, um zu wissen, daß in solch kritischen Tagen die öffentliche Zerstörung des Kredits zu den verhängnisvollsten Folgen für jedes Unternehmen führen kann. Das „Volksblatt" will diese verhängnisvollen Folgen für den Merseburger Konsumverein, es will den Kredit zerstören, es will die Lieferanten abschrecken, es will die Sparer aufputschen, es will die Anhänger verwirren und so das ganze Unternehmen ruinieren.

Das leuchtet aus all den hämischen Zeilen vom „Pleitegeier" bis zum „Zusammenbruch", aus allen Ueberschriften und Artikeln des „Volksblatts" hervor.

Der Wille der Zerstörung ist es, wenn das „Volksblatt" allen Kreditgebern, Lieferanten, Spetern und Mitgliedern denunziatorisch zuruft:

„Infolge der engen Verbindung mit dem Hallischen Konsumverein scheint die dortige Katastrophe auch den Merseburger Konsumverein mit hereinzureißen...

Alles das deutet darauf hin, daß durch die Pleite des Hallischen Konsumvereins der Merseburger mit in den Strudel hineingezogen wird, so daß wohl damit gerechnet werden kann, daß auch über dieser Genossenschaft das Damoklesschwert schwebt."

Im kapitalistischen Betriebe genügt dieses Denunzantentück vollständig, um ein Unternehmen, das bisher mit den Schwierigkeiten der Wirtschaftskrisis noch fertig wurde, in die Katastrophe zu treiben. Das „Volksblatt" weiß, daß seine Denunziationen diese Wirkung haben können. Jetzt hofft man, den Leunakonsum im Auftrage der Giftkönige weiter vortreiben zu können. Selten hat ein sogenanntes Arbeiterblatt ein schädigeres und schändlicheres Treiben gegen Arbeiterinstitutionen aufgezogen. Nirgends in der Welt gibt es einen Fall, daß ein Konsumverein durch ein sogenanntes Arbeiterblatt in so schmachvoller Weise öffentlich denunziert und kapitalistischen Erdrosselung ausgeliefert wurde.

Das sind fascistische Verrichtungsmethoden. SPD-Bürokratie. Das ist die Vollstreckung des Gebotes durch fascistierte SPD-Bürokraten.

Aber das Treiben dieser SPD-Führer ist so kapitalistischen Instinkte eingestellt, daß jeder Arbeiter spürt, was hier gegen ihn selbst, Organe des Klassenkampfes, gegen seine proletarische Genossenschaft geschieht. Die Tausende revolutionärer Genossen haben schon andere Kämpfe bestanden und andere Gegnerschlägen. Sie werden den Kriscumachern aus der SPD. das tische Kraft der unterdrückten Arbeitermassen entgegenstellen. Sie werden allen schwankenden Arbeitern Klassenkampfblinde Hetzkampagne gegen die roten Konsumvereine durchbrochen werden kann, indem man die Führer endgültig aus den Reihen der proletarischen Bewegung vertreibt, indem man diese bezahlten Agenten der proletarischen Verachtung preisgibt.

Im verschärften Klassenkampf gegen die immer mehr anwachsenden Feinde, SPD-Führer, Staatsgewalt, Bourgeoisie werden die proletarischen Massen sich immer fester um ihre roten Konsumvereine scharen. Sie werden erst recht zu kräftigen revolutionären Massenorganisationen bauen und ausgestalten.

Lest und abonniert den „Klassenkampf"

Zur gefl. Beachtung!

Ladenverkaufspreise für Henkel-Erzeugnisse

Persil	das selbsttätige Waschmittel	75 Pfennig	das Doppelpaket
"	" " "	40 "	das Normalpaket
Henko	Henkel's Wasch- und Bleich-Soda	14 "	das Paket
Ini	Henkel's Aufwasch-, Spül- und Reinigungsmittel	23 "	das Paket
Sil	Henkel's Bleichmittel	18 "	das Paket
Ata	Henkel's Scheuerpulver (fein)	20 "	die Streuflasche
"	" " (grob)	14 "	das Paket
Dixin	Henkel's Seifenpulver	25 "	das Paket
Gutso	Henkel's Schnitzelseifenpulver	18 "	das Paket

Die vorstehenden Preise gelten auch für die Packungen, die noch mit dem früheren Preisaufdruck im Handel sind.

Sämtliche Henkel-Erzeugnisse nach wie vor in unveränderter Güte und Vollkommenheit!

Henkel & Cie. A.-G., Düsseldorf 67

Einen großen Skandal

nannte Konkurrenz unsere Angebote in Qualitätswaren bis zu den allerbesten Sorten. Das bedeutet für die sparsame Hausfrau die günstigste Einkaufsgelegenheit.

Nur einige Spitzenleistungen aus der Fülle des Gebotenen:

Bettwäsche und Meterware:

Rohnessel, off. Ware, 79—80 cm br., m 0.35, 0.23 0.19
Hemdenbarchent, bunt, zweifeitig gerauht . . m 0.50
Köperbarchent, weiß, einfeitig gerauht . . m 0.55
Linon, kräftig, 80 cm breit . . m 0.70, 0.60 0.55
Kleiderbarchent, indanthren kariert . . m 0.80 0.55
Kleiderstoffe, Loma, moderne Muster . . 1.40 0.90
Rohnessel, Bettbezug mit Kissen . . 6.00 3.85 2.75
Linon, kräftige " " " . . 7.00 4.25 3.00
Steppdecken " " " . . 6.80 5.75 5.25
Damast, la " " " . . 11.00 9.50 6.50
Bettzeug, bunt " " " . . 6.50 5.20 4.00
Steppbettzeug, bt. " " " . . 8.15 7.85
Inlett, echt rot " " " . . 7.00
Inlett, garantiert, federdicht, Bezug mit Kissen 13.00
Inlett, allerbestes in Farbe und federdicht . . 14.50
Bettuch, Rohnessel, 140×220 . . 3.00 2.25 1.50
Bettuch, Gesundheits-, prima Ware, 140×220 . 3.25
Bettuch, Köperdamast, weiß u. indanthren Kante 3.00
Schlafdecken, mech. woll., 150×200 1.90, 120×170 0.85

Leibwäsche und sonstige Konfektion:

Erstlingshemden, gutes Hemdentuch, 35 cm . . 0.20
Mädchenhemd, weiß Barch. m. Stickerei, Gr. 40 0.50
Knabenhemden, weiß Barch. m. Fältch., Gr. 40 0.60
Nachtrod, weiß Barchent, bunt besetzt . Gr. 50 1.00
Knabenhemd, bunt Barchent, ½ Arm . Gr. 60 0.50
Männerhemd, bunt Barch., wollweiß, 100 cm lg. 1.25
Männerhemd, wß. Barch. m. Falt., 100 cm lg. 2.50
Herrennachthemd, wß. m. bunt bes., 125 cm lg. 3.00
Wochenendhemd, Panama, bt. m. Kragen . alle Gr. 4.00
Schlafferanzüge, rehblau Hausteck, Mannesgr. 2.95
Berufsmäntel, für Dam. u. Herr., Rohn. 4.50 2.50
Damenhemd, Hemdentuch m. Stick. 100 cm lg. 0.70
Damenhemd, weiß Barch. m. Stick., 100 cm lg. 1.75
Frauenhemd, wß. Barch. m. ½ Arm, 100 cm lg. 2.50
Frauenhemd, bt. Barch. m. ½ Arm, 100 cm lg. 1.30
Nachtjacken, weiß, weiß oder rot besetzt . . 1.25
Damennachthemden, Hemdentuch mit Stickerei 1.75

Trikotagen und Strumpfwaren:

Schlüpfer, indanthren Futtertrikot . . Gr. 28 0.30
Schlüpfer, Futtertrikot, Damen-Gr. 42 0.90
Hemdhosen, indanthren Futtertrikot . . Gr. 42 1.50
Prinzröcke, indanthren Futtertrikot . Gr. 42 1.40
Frauenhose, offen, Futtertrikot . . Gr. 42 2.00
Frauentaille, langer Arm, Futtertrikot . Gr. 44 1.80
Frauenröcke mit Rund, Futtertrikot . . Gr. 44 1.75
Knaben-Unterhosen m. Arm., wollweiß, Gr. 30 0.90
Burschen-Unterhosen, Normal-Trikot . Gr. 2 0.75
Männer-Unterhosen, Normal-Trikot . Gr. 4 1.10
Einsatzhemden, weiß Trikot, stark . . Gr. 4 1.75
Wochenendhemd, Trikot, bunt m. Kragen . . 3.00
Oberhemden, weiß, mit Plauen-Einsatz . . . 2.75
Oberhemden, bunt, indanthren Perkal . . . 2.90

Tisch-, Bettwäsche usw.

Taschentücher für Kinder, weiß, m. bunt. Kante 0.06
Taschentücher für Herren, bunt 0.20
Wischtücher, rot kariert, 40×60 cm 0.10
Bisintücher, Eismuff, ind. far., 50×50 cm Dtzd. 3.00
Handtücher, grau-weiß gemischt . . . . m 0.35
Handtücher, weiß Gerstenkorn, m. rot. Kante, m 0.80
Handtücher, schw. Frottee, 40×100 0.80, 40×85 cm 0.65
Bettücher, schwer Frottee, 135×170 cm groß . 5.00
Kaffeedecken, indanthren kariert, 75×75 cm . . 0.50
Kaffeedecken, Baumwolle, m. 4 Gewirkt., 130×160 5.50
Tafeltücher, wß. Damast, 130×225 4.75, 130×160 2.00
Servietten, wß. Damast, dazu passend, 55×55 cm 0.50

Sachse & Co., Zeitz, Schillerplatz 55

Eigene Wäsche- und Bernsteinkleiderfabrikation (Ecke Weber- und Altenburger Straße)

Die Herstellerpreise der Pfänder mit den Pfandnummern **50 856 bis 66 464** (Pfandscheine — April 1930 —) wird vom 10. Februar 1931 ab, von 9 Uhr vormittags an, im Leihamt, an der Marktkirche 4, stattfinden.

Versteigert werden Taschenuhren aller Art, sonstige Gold- und **Silbergegenstände**, ferner Betten, Bett- und Bettwäsche, Schuhwerk, neue und getragene Kleidungsstücke, **Pelze** und verschiedene andere Sachen.

Erneuerungen nur bis zum Sonnabend, dem 7. Februar 1931.

Die erzielten Ueberschüsse können in der Zeit vom 10. März 1931 bis 9. März 1932 abgehoben werden.

Halle, den 29. Januar 1931. **Leihamt der Stadt Halle.**

Thalia-Theater
Sonntag, 20 bis 22.30 Uhr
Der Mustergatte
Schwank von Avery Hopwood

Konsumverein für Ammendorf u. Umg.

Sonntag, 8. Februar 1931, nachm. 2.30 Uhr im „Goldenen Adler" in Ammendorf

außerordentliche Generalversammlung

Tagesordnung:
1. Bericht des Vorstandes über das verflossene Geschäftshalbjahr;
2. Genossenschaftliches

Zutritt nur für Mitglieder — Legitimation ist mitzubringen

Der Aufsichtsrat IV.: Karl Haring

Einheitspreis-Abteilung
in
Werkzeugen, Eisenwaren
Haus- und Küchengeräten
25 Pf. 50 Pf. 75 Pf. 1 Mark
Albert Bohrmann Weißenfels

Stadt-Theater
Heute, Sonnabend 20 bis 22¼ Uhr
Kater Lampe
Komödie von G. Rajmann
Sonntag 15 bis 18¼ Uhr
Dilloria und ihr Husar
Operette von B. Abraham
19½ bis 22 Uhr
Die Geisha
Operette von Sidney Jones
Zahlung der dritten Gummimarken-Rate erbeten

Gebr. für die Rote Hilfe

Rakete Hallische Lachbühne!
8 Uhr Tel. 31449
Emil Reimers
das größte Lachen v. Halle — 12 Uhr Nachtvorstellung mit Bockbierrummel und Nacht schlachtfest. Kleine Portionen 1.- M. Sonntag 3.30 Uhr Premiere d. weltberühmten
5 Uschakoros u. Reimers Februar-Lachschlager!
Montag, 2. Febr., Halles Maskenereignis **„Dem Griesgram zum Trotz"**

Lasierte Küchen
160.- Mark
M. 190.- 240.- 296.- 320.-
Reform-Küche
295.- Mark
Auf Wunsch **Teilzahlung**
Lieferung auch nach auswärts frei Haus mit Auto
Eichmann & Co.
Halle (Saale)
Große Ulrichstraße 36
Große Ulrichstraße 51
Eingang Schulstraße

Zoologischer Garten
Sonntag, 1. Februar, 16 Uhr u. 20 Uhr
Konzerte
des Hallischen Symphonie-Orchesters, Leitung Benno Plätz
Donnerstag, den 5. Februar
Tanzabend

Deutsche Eiche, Diemitz
Ball- und Garten-Lokal

Die Beerdigung unserer lieben Entschlafenen findet Sonntag, nachmittag 3 Uhr, statt.
Schkeuditz, 31. Jan. 31. K. Fritzsche

Mein Inventur-Ausverkauf
beginnt heute!
Auf Überschuh u. Filzschuhe
Schuh-Neuman
Weißenfels, Jüdenstr.

Möbel
gegen ganz bequeme **Teilzahlung**
Küchen 15⁰⁰
Anzahlung von
Schlafzimmer
Speise- und Herrenzimmer von 30 Mk. Anzahlung
Einzelmöbel
schon v. 5 Mk. Anzahlung
Ferner:
Standuhren
Federbetten
Steppdecken
Gardinen
Teppiche
Korbmöbel
Kinderwagen
Porzellanartikel und Platten
An- und Abzahlung ganz nach eigenem Verdienstmaß
R. Fuchs
Halle a. d. Saale
Gr. Ulrichst. 58, L. H.
Kredit u. ausführliche Lieferung frei

Europa-Palast
Bitterfeld
Wir zeigen Ihnen in dieser Woche
Das große Volksstück
Der unsterbliche Lump
Ein herrliches gemütvolles Volksstück aus den Bergen in 10 Akten
Hierzu ein neues vorzügl. Beiprogramm

Palast-Theater
Bitterfeld
Ihr Leidensweg
9 Akte aus dem Leben eines schönen Mädchens
Das Haus ohne Männer
10 lustige Akte
mit Ossi Oswalda u. Fritz Kampers
Hierauf der lustige Teil

Fabrikneue Schreibmaschinen in **Miete!**
Monatlich 10 M., evtl. Anrechnung bei Ankauf. Off. unt. **421** an die Exped. d. Blattes

Jeden Tag frisches Fleisch sowie prima **Wurstwaren Frommelt Zeitz**

Pa. Rollfleisch
und **Wurst** zu d. billigst. Preis empfiehlt
DYRNA
Rollschlächter.
Kl. Sandbg. u. Unterberg 17. Wiederverkäufer gesucht.

Möbl. Zimmer
zu vermieten.
Dorotheenstr. 16
3 Treppen, rechts

Koch's „Bunte Bühne"
Heute
Abschiedsfeier
mit Ueberraschungen gratis b. 4 Uhr.
Morgen alles neu! Man wird staunen bei freiem Eintritt
Sonnabds. u. Sonntags nur 50 Pf. keine Erhöhungen.
Nachm. **4-Uhr-Tee im Atrium**
Vornehmer Betrieb
Mittwoch: Maskenball!

Herabgesetzte Preise
Speisezimmer
echt Eiche
Buffet 1.80 m, Auszug, Zweizugtisch, 6 Polsterstühle
Standpreis 595.-
Sonderpreis 395.-
Gebr. Jungblut
Albrechtstr. 30

Inserieren bringt Erfolg!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310131-18/fragment/page=0004

Aus der Arbeit der R.G.O.

Er dominiert der gelbe Werkverein!

„Sie Sauschwein fliegen auf die Straße!"

Eine Arbeiterin schildert die skandalösen Zustände in der Zuckerraffinerie Halle

In der Zuckerraffinerie, in der meistenteils Frauen beschäftigt sind, wird in einem wahnsinnigen Akkordtempo geschuftet. Zum Teil sind die Arbeiterinnen, die im Werkverein organisiert sind, diejenigen, welche daher die anderen Arbeiterinnen noch antreiben. Die geben sich dafür betätigen sich ebenfalls als ausgesprochene Kapitalistenseele, indem sie um einer „großen Rumpelkammer die Arbeiterinnen der Würfelstation haben unter ihren Schikanierinnen zu leiden. Schon frühmorgens merkt man den Arbeiterinnen an, daß sie „schlecht geschlafen" haben. Sie sind der Aufsicht, daß die Arbeiterinnen schon am liebsten vor Beginn der Arbeitszeit an ihren Maschinen sind, damit beim Pfeifen die Maschinen sofort eingerückt werden kann. Zum Feierabend verlangt man, daß die Arbeiterinnen, daß sie ihre Maschinen nach Schichtschluß sauber machen!

In den letzten Wochen setzte in der Raffinerie ein indirekter Lohnabbau ein — durch Bestrafung. Der Betriebsleiter hat jedenfalls auf Anstiftung der Unternehmer eine Anzahl Strafen verhängt, die bei Kleinigkeit angemandt werden. Sie wollten jedenfalls auf Kosten der Arbeiterinnen den Lohn kürzen.

Wiederum am Sonnabend. Eine Arbeiterin hatte eine halbe Tüte Zucker, die sich schlecht verarbeiten läßt. Sie nahm daher die Tüte und warf sie in den Abfallsack. Diesen Vorfall sahen der Betriebsleiter Klache und Dr. Jung, die dazukamen. Der Betriebsleiter sprach die Arbeiterin an: „Sie Sauschwein, wenn ich Sie nochmal sehe, fliegen Sie sofort auf der Straße!"

Arbeiterinnen, kämpft gegen dieses System. Bei 42 bis 48 Grad Hitze bestet man euch schon aus, und nun noch diese Strafen und Behandlung. Nichts wird von den Reformisten unternommen, um diese gesundheitsschädlichen Räumen den Akkord vollständig zu beseitigen, sondern in jeder Kampagne müssen noch mehr Wagen eingesetzt werden.

Ihr müßt ihr euch geschlossen dagegen wehren, Schluß machen mit dem Werkverein, der nur eine Unternehmerorganisation ist. Aber auch in den Gewerkschaften müßt ihr euch zusammenschließen und die Führung der KPD die schändliche Rolle der Gewerkschaftsbürokratie aufdecken. Erkennt, daß nur die KPD und die RGO den Kampf für bessere Arbeitsbedingungen und gegen den Lohnraub führt. Schließt euch als Arbeiterinnen der KPD und RGO an, kämpft gemeinsam gegen das bestehende System!

Der Leuna-Lakai Tenhagen begeht Verrat an der Belegschaft Stahlwerk Frankleben

A.-K. In Stahlwerk Frankleben soll ein 4prozentiger Lohnraub durchgeführt werden. Die Bonzen verhandeln bereits mit der Werkleitung, und zwar macht den Drahtzieher im Interesse des Bonzen Leunalakai Tenhagen. Ihm zur Seite steht Jünger, ein bekannte reformistische Betriebsratsvorsitzende. In einer Belegschaftsversammlung kam so richtig zum Ausdruck, wie diese Bonzen zu „kämpfen" gedenken. Mit leeren Phrasen versuchte Jünger die Belegschaft einzuseifen. Er sprach von der bevorstehenden Stillegung des Werkes. Tenhagen machte erst seine Linie. Als ein Kollege zum Kampf gegen den Lohnraub aufforderte und die klare Parole „Streik" aufstellte, brachte es Tenhagen fertig, im Handumdrehen umzuschwenken und zu erklären: „Wir sind ja auch für den Kampf, wir müssen uns ganz energisch zur Wehr setzen." Alles horchte schon auf. Und dann kam der Verdeckte hinterher: „Wiel unternehmen können wir nicht, weil der Schiedsspruch für verbindlich erklärt ist." Tenhagen ist für Kampf und vermeidet das Wort „Streik" und brachte den Schiedsspruch — mit elenden Phrasen sollen sich die Kollegen zufrieden geben. Der Bonze will nichts anderes als die Kollegen vom wirklichen Kampf abhalten.

Stahlwerkproletarier, vergangenen Freitag hat man euch die erste Rate (2,50 Mark) abgezogen, jetzt will man euch noch den Lohn kürzen. Wehrt euch mit aller Kraft dagegen, streikt über die Köpfe der Verräter hinweg. Glaubt nicht an den Stillegungsbluff, denn vor zwei Jahren sollte die Quertsche schon stillgelegt werden. Werdet Mitglied der RGO-Betriebsgruppe.

Eisenbahnerbonzen stöhnen

Verbandsmitgliederflucht im Falkenberger Gebiet

A.-K. Im „Volksblättchen" wurde ein längerer Schmus gebracht über Vorgänge bei den Falkenberger Eisenbahnern. Die Oppositionellen wären dort so frech Verbandszeitungen zu entwenden. Die Bonzen suchen nach Argumenten gegen die Funktionäre der RGO. Warum? Von tausend Falkenberger Eisenbahnern bekommen sie kaum 40 in eine Versammlung. Tatsache ist, daß die Fluktuation im Verband sehr groß ist. Aus Dobrilugk wurden allein 50 Mitgliedsbücher abgegeben. Die betreffenden Kollegen sind dort geschlossen aus dem Verband ausgeschieden auf Grund der reformistischen Verräterpolitik. Von der RGO sind sie zum Austreten nicht aufgefordert worden. Die Phrasendrescherei der Bonzen haben die Eisenbahner gründlich satt. Es gelingt den Getreuen der Bürokratie, den Höie, Bauer usw., nicht, das schwindende Vertrauen der Kollegen gegen die Bürokratie irgendwie zu stärken oder zu festigen. Ein Einladungszettel, der durch die Ortsverwaltung herausging, unterzeichnet Hermann Beier und der die Eisenbahner aufforderte am vergangenen Sonntag zu einem Reichsbannertreffen aufzumarschieren, hat sein übriges getan. Die Eisenbahner haben längst genug von Schwarz-Rot-Gold, Reichsbanner und faschistische Republik. Der 6prozentige Gehaltsabbau hat so manchem die Augen geöffnet. Die RGO macht gute Fortschritte, aber zufrieden sollen die Funktionäre damit nicht sein. **Es muß erreicht werden, daß die Mehrheit der Eisenbahnerkollegen restlos zur revolutionären Kampfführung der RGO steht. Auch im Falkenberger Gebiet muß zum Streik der Eisenbahner gerüstet werden.**

Achtung! RGO-Funktionäre!

Die für Sonntag, d. 1. Februar, festgelegten RGO-Besprechungen für die

Industriegebiete Bitterfeld, Wittenberg und Mansfeld

werden verschoben.

Die RGO-Funktionäre des Industriegebietes Bitterfeld nehmen an der Parteiarbeiter-Konferenz vormittags 10 Uhr im „Volkshaus" Bitterfeld teil.

Die RGO-Funktionäre von Mansfeld nehmen an den Zellensitzungen teil.

Bezirkskomitee der RGO.

Scheinstillegung um Lohnraub durchzuführen

A.-K. Die Schuhleistenfabrik Spenle in Ellrich schließt ihren Betrieb wegen Arbeitsmangel. Von seiten der Regierung lag die Genehmigung vor. Den Arbeitern wurde die Arbeitslosenunterstützung gesperrt mit der Motivierung, die Arbeiter wären doch nur vom Werke vorübergehend beurlaubt! Bis 11. Januar 1931 hatte sich die Belegschaft als in Urlaub befindlich zu betrachten. Am 12. Januar setzte sich der Chef der Firma mit dem Arbeitsamt in Verbindung, daß die Belegschaft die Arbeit sofort wieder aufnehmen könne, jedoch nur unter der Bedingung, daß der Lohn von 73 Pfennig auf 60 Pfennig herabgesetzt würde. **Die Belegschaft hat bis zum heutigen Tage die Arbeit noch nicht aufgenommen, weil sie mit einem Lohnraub nicht einverstanden ist, zumal das Lohnabkommen noch nicht einmal gekündigt wurde.**

Schließlich wurde am 26. Januar der Betrieb mit sechs Lohndrückern eröffnet. Wer ist unter den Lohndrückern? In erster Linie „treue" Verbandskollegen. Was ist hier zu tun? Massenstreikposten müssen stehen, damit den sogenannten Auch-Arbeitern das Lohndrücken vergeht. Die gesamte Arbeiterschaft von Ellrich muß die jetzt im Kampf befindliche Belegschaft unterstützen. Jeder Arbeiter sollte die Lehre aus den Vorgängen ziehen. **Der sozialfaschistische Regierungspräsident gibt seine Genehmigung zur Stillegung des Betriebes, damit der Unternehmer einen Lohnabbau durchführen kann. Aufträge sind also vorhanden, und es heißt, daß Scheinstillegungen von der Regierung nicht genehmigt würden. Hier sieht man den ganzen Betrug. Keine Regierung dieser kapitalistischen Republik wird sich gegen den Unternehmer wenden, denn sie hat im Interesse der Unternehmer faschistische Politik zu machen. Die Arbeiter müssen streiken gegen Lohnraub und faschistische Diktatur, sie müssen kämpfen bis zu ihrer endgültigen Befreiung, für ein Sowjetdeutschland!**

Kumpels von Grube „Siegfried" wehrt euch!

A.-K. Die Verhältnisse auf Grube „Siegfried" sind geradezu unerträglich geworden. Innerhalb der letzten zwei Jahre ist der Gedingelohn schon dreimal reduziert worden; in erster Linie durch den Selbsterhaltungstrieb des Steigers Ackermann.

Die Kettenbahnverhältnisse sind in einem so schlechten Zustande, daß stündlich Karambolagen entstehen. Die Beseitigung geschieht unter der wildesten Kraftmeierei des Steigers, der sich bemüht, seine mangelhaften praktischen Kenntnisse durch Schimpferei, wie: „Verfluchte Gesellschaft!" Erbärmliche Bande!" usw. auszugleichen. Den Kettenbahnarbeitern wird auf solche Fälle hin meist die Leistungsprämie gekürzt oder ganz entzogen.

Die Riebeck-Montanwerke verurteilt

Maßregelung des Genossen Beßler, von „Walters Hoffnung", vom Klassengericht bestätigt

A.-K. Vor dem Landesarbeitsgericht fand am 24. Januar eine Berufungsverhandlung statt im Fall der Maßregelung unseres Genossen Beßler aus Stedten, der lange Jahre auf Grube „Walters Hoffnung" bei den Riebeckschen Montanwerken beschäftigt war und als roter Betriebsrat dort fungierte. Der Berufungsverhandlung war ein Termin vor dem Arbeitsgericht Eisleben vorausgegangen, bei dem Genosse Beßler mit seiner Klage glatt abgewiesen wurde. **Jetzt wurden die Riebeckschen Montanwerke verurteilt, dem gemaßregelten Kollegen für die Zeit vom 6. September 1930 bis zum 17. November 480 Mark auszuzahlen und vom 19. November ab für jeden Arbeitstag 7,60 Mark und obendrein alle Sozialbeiträge!**

Das Urteil ist nicht berufungsfähig.

Genosse Beßler wurde vertreten durch den Rechtsanwalt Dr. A. Müller, Halle, die Riebeck Montanwerke durch den Rechtsanwalt Dr. Schramm. Der Zentralverband der Maschinisten und Heizer, dessen Mitglied der Genosse Beßler seit 22 Jahren ist, hat die Führung der Berufungsklage wegen „Aussichtslosigkeit" abgelehnt! **Das kennzeichnet die Gewerkschaftsbürokratie und vor allem den Bonzen Martin.**

Die Gründe zur Entlassung Beßlers wurden vor Gericht als glatte Maßregelung nachgewiesen. Das dritte mal war Genosse Beßler in diesem Betrieb gemaßregelt worden! Die Werksleitung der Riebeckschen Montanwerke ließ jetzt alle Minen springen. Beßler sei bei früheren politischen Unruhen an führender Stelle gewesen usw. Der Urteilsspruch des Landesarbeitsgerichtes ist nicht etwa darauf zurückzuführen, daß dort der Arbeiter ganz objektiv zu seinem Rechte kommt, sondern er mußte erfolgen, weil eine Maßregelung ganz klar auf der Hand lag, weil die Gründe zu Beßlers Entlassung seitens der Werksleitung eben nicht ausreichten. Mit dem Urteil sind nicht nur die Riebecks-Ausbeuter getroffen, sondern vor allem die sozialfaschistischen Bonzen mit ihrem grenzenlosen Haß gegen die Kommunisten.

Bergkumpels! Leistet erst recht revolutionäre Arbeit in den Betrieben und vor allen Dingen auch in den Verbänden. Schlagt die Unternehmer und die Bonzen! Vorwärts zu neuen Kämpfen! Wählt nur rote Betriebsräte!

Sie verdienen nicht mühelos

und sollten deshalb auch Ihr Geld nicht achtlos ausgeben. Es bedarf doch nur einer einmaligen Probe, um festzustellen, ob Sie noch weiterhin 50 Pfennig für eine Packung Zigaretten ausgeben oder ob Sie künftig

Greiling Schwarz Weiss

zu 40 Pfennig wählen. Weil Schwarz-Weiß garantiert echt macedonisch, in Geschmack und Bekömmlichkeit unübertroffen ist, deshalb haben sich Millionen Raucher für diese Zigarette bereits entschieden.

GREILING SCHWARZ-WEISS DRESDEN

Packungen: 0,40 u. 1,20 RM, Gold u. dick rund o/M

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310131-18/fragment/page=0005

HALLE

Sonnabend, den 31. Januar 1931.

So wirds gemacht!

„Eine verfluchte Schweinerei," sagt Walther zum Karl, „das wird alle Tage schöner in unserer glorreichen Republik; eben hole ich mir 'ne Schachtel Ramses, bezahle meine 40 Pfennige dafür, und was denkste, was in der Schachtel drin ist — — 9 Zigaretten. Bis jetzt habe ich gar nicht weiter nachgedacht, daß es wirklich so kommen könnte; bei meinem Grünwarenhändler habe ich immer noch die volle Packung bekommen. Jetzt habe ich es aber satt, jetzt rauche ich überhaupt nicht mehr."

Karl hat Walther, der ein strammer SPD-Mann ist, ruhig ausschimpfen lassen, nun spricht er ganz ruhig: „Ich hätte bestimmt daran gedacht, daß du noch etwas anderes sagen würdest, nämlich: Jetzt trete ich aber aus der SPD aus. Statt dessen sprichst du: Jetzt rauche ich nicht mehr. Ja, wenn alle Menschen so bedürfnislos sind wie du, wenn jeder auf alles gleich verzichtet, dann kann sich ja „Vater Staat" alles gegen die Arbeiter erlauben. Hast du dir eigentlich mal überlegt, was man uns bietet, wenn diese Zigarette herausgenommen wird? — Ich will dirs mal kurz erklären. Wenn du bir vor einigen Monaten eine Schachtel Zigaretten im Geschäft oder in einer Kneipe gekauft hättest und es hätte eine gefehlt, so konntest du eine Anzeige wegen Betrug machen. Der Verkäufer wäre glatt wegen Betrug verdonnert worden. Der Staat begeht hier einen Betrug, ohne daß eine strafrechtliche Verfolgung eintreten kann. Hier in diesem Falle heißt es nicht Betrug, sondern Steuer. So ist es nicht bloß mit der Tabaksteuer, so ist es auch mit der Bier-, Getränke- und Kopfsteuer. Die Notverordnungen lassen so viele Belastungen der Proleten zu, daß wir sie jetzt noch gar nicht alle übersehen können. Nun kommt aber die Hauptfrage:

Wer ist schuld, daß immer größere Belastungen auf den Arbeiter geworfen werden? Nun, diese Frage kann dir jeder denkende Arbeiter beantworten: Nur die Sozialdemokraten; sie haben immer mit der Bourgeoisie paktiert, haben den Notverordnungen zugestimmt.

Vor der Reichstagswahl haben sie den Wählern versichert, gegen diese Diktatursteuern zu kämpfen, nach der Wahl haben sie Brüning gestützt. Verstehst du nun, daß man die SPD nicht mehr als Arbeiterpartei ansehen kann, weil die Führer eine arbeiterfeindliche Politik treiben, weil sie den Verrat an der Arbeiterklasse schon seit 1914 fortgesetzt haben?"

„Ja, ich begreife," sagte Walther, „habe mich auch oft genug gefragt, ob ich in der SPD bleiben kann. Bis jetzt hat mich immer der Gedanke gehalten, die Führer werden doch noch ihre Pflicht im Interesse des Proletariats tun, aber jetzt glaube ich nicht mehr daran."

„Also, dann finde den Mut zur Konsequenz und kämpfe mit der Kommunistischen Partei für bessere Verhältnisse. Für ehrliche Arbeiter aus der SPD ist in unseren Reihen immer Platz."

„Ich war 29 Jahre in der SPD, ich bin schon alt geworden; aber ich glaube, ich bin noch nicht zu alt, um im Kampf gegen die bestehende Gesellschaft mitzuhelfen. Melde mich an in der KPD und bestelle für mich den „Klassenkampf". Ich habe lange genug gezögert, aber ich habe jetzt durch die praktischen Lehren begriffen, daß nur die KPD im Interesse des Proletariats kämpft."

„Brano Walther! Ich wußte, daß auch du noch zu uns kommen würdest und du wirst nicht der letzte SPD-Arbeiter sein, der begreifen lernt. Jetzt aber heißt die Parole: Arbeiten und Kämpfen für ein Sowjetdeutschland."

Fassadenletterer in Halle

In der Nacht zum 28. Dezember 1930 sind durch Einbruch in das Zigaretten-Speditionsgeschäft „Jaxcania" — Universitätsring 1a, Zigaretten im Werte von etwa 3000 Mark gestohlen worden. Die eingehenden Ermittlungen haben jetzt zur Festnahme der Täter in Frankfurt a. M. geführt. Es handelt sich um einen aus Essen gebürtigen Fassadenletterer und einen ehemaligen russischen Oberleutnant. Beide sind reitende Einbrecher. Sie haben den Einbruch eingestanden.

Das System der Lüge und Zerstörung

Die Schaumburg und Kasparek werden die Antwort der Massen für ihre verbrecherisches M[illegible] ihre Lügenflut zu spüren bekommen

Die bezeichnende Wut der Arbeiter, die sich im vollen Maße gegen die sozialfaschistischen Zerstörer des AKV richtet, läßt die Schmierfinken in der Märkerstraße nicht zur Ruhe kommen. In ihrer Hilflosigkeit ziehen sie sich aus ihren schmutzigen Fingern die gemeinsten Lügen. Durch Verdrehungen und Verleumdungen versuchen sie die immer noch nicht eingetretene „Pogromstimmung" gegen die Genossen Ertinger, Härtel und Koenen und die Kommunistische Partei zu entfachen. Die Arbeiter, in erster Linie die Mitglieder des AKV und die Sparer, haben längst erkannt, wo die Spalter und Verbrecher sitzen. In drei großen Versammlungen in Halle und den beretis stattgefundenen Verteilungsstellen- und öffentlichen Versammlungen haben die Arbeiter eindeutig zum Ausdruck gebracht, wo die Räuber der Spargelder sitzen. Mit heuchlerischen Gesten wollen die Sozialfaschisten den Arbeitern glauben machen, daß es nur an der nicht pünktlich erfolgen Zahlung der 5000 Mark Zinsen für die 400 000-Mark-Hypothek der Pensionskasse gelegen habe, weshalb diese auf die sofortige Auszahlung bestehe.

Es muß hier nochmals festgestellt werden, daß schon im Oktober 1930 die Bayerische Hypotheken- und Wechselbank der Pensionskasse in Hamburg vorschlug, die für den 31. März 1931 fällige Hypothek schon damals abzulösen.

Das wurde von den Hamburger kaltschnäuzig abgelehnt. Hieraus ist klar ersichtlich, daß die Genossenschaftsbürokratie in Verbindung mit Streicher, Schaumburg, den Sozialfaschisten in der Krankenkasse usw. am Jahresende 1930 den von langer Hand vorbereiteten Raubzug durchführen wollte.

Das „Volksblatt" greift dann in das Lügenarsenal der Brandleriften, die „Arbeiterpolitik", und setzt seinen staunenden Lesern in sensationeller Aufmachung neue „fette Enten" vor: „Geheimsitzungen in Gotha." Dort habe Schröter von Berlin enthüllt, daß die „Hallische Konsumpleite" von den Kommunisten bewußt herbeigeführt worden sei, um „Massenbewegung zu erzeugen". Die proletarische Leitung des AKV hat es in den zehn Monaten verstanden, den Konsumverein Halle zu einem proletarischen Klasseninstrument auszubauen, das den Kampf des Proletariats um Lohn und Brot unterstützt hat und auf dieser Basis eine riesige Massenbewegung entfaltet. Gerade diese Massenbewegung hat den Einfluß der Schaumburg-Möller-Clique, der Renegatengruppe und der Hamburger Genossenschaftsbürokratie in Halle vollständig vernichtet. Das ist der Grund, weshalb diese Banditen mit all ihnen zu Gebote stehenden Mitteln und mit Hilfe des kapitalistischen Staatsapparates den Arbeiterkonsumverein zertrümmern wollen. Nur Idioten können eine derartig hahnebüchene Behauptung aufstellen, die Kommunisten hätten zur Entfaltung von Massenbewegungen den Hallischen Konsumverein zerschlagen.

Jeder denkende Arbeiter weiß, daß die Zerstörung von Arbeiterorganisationen durch die sozialfaschistische Bürokratie an der Tagesordnung ist.

Als Handlanger der faschistischen Brüning-Regierung sind sie dazu verpflichtet, um auch damit den Boden für die faschistische Diktatur vorzubereiten. Die Fischer, Schöbel, Schaumburg und Konsorten sind die Schuldigen. Sie haben die Millionen Spargelder in großen Banken verpulvert, um damit zu erreichen, daß die GEG den Konsumverein für einen Pappenstiel in die Hand bekommt — natürlich auf Kosten der 9000 geprellten Sparer und der 22 000 Mitglieder. Gegen solche Verbrechen am Proletariat setzt die kommunistische Partei ihre ganze Kraft ein und wird die Arbeiterklasse zur vollständigen Vernichtung dieser faschistischen Gesindel mobilisieren. Die hallischen Arbeiter befinden sich im Marsch. Der immer toller werdende Schwindel der Sozialfaschisten greifbar, daß er selbst dem Ungeschultesten auffallen muß. Das Lettern kräht das gestrige „Volksblatt": „Merseburg, Schwarzenberg und Gotha ebenfalls vor dem Bankrott" bestreitet, daß Merseburg gleichfalls durch die Schuld der sozialfaschisten vor ernsten Schwierigkeiten steht. Daraus wird Tintenkulis in der Märkerstraße aber sofort einen Zusammenbruch und phantasieren von Sicherheitshypotheken, die die [illegible] den Konsumvereinen Wittenberg und Schwarzenberg gegeben soll. Fest steht, daß durch die Lage des hallischen Vereins nicht die oppositionellen Konsumvereine, sondern auch die reformistischen geleiteten in Schwierigkeiten kommen müssen,

denn dieser sozialfaschistische Schaudstreich muß das Vertrauen der werktätigen Verbrauchermassen zu den Arbeitergenossenschaften ernstlich gefährden und dazu beitragen, Schichten in die Arme des Faschismus zu treiben.

Die Mitglieder verteidigen nicht durch starkbesuchte Versammlungen und mit Worten ihren roten Konsumverein, sondern sie werden der Tat helfen. In allen Versammlungen kommen sie und bringen ihre letzten Groschen, damit der Kampf gegen die Zerstörung ihres Konsumvereins erfolgreich geführt werden kann. In Zörbig erklärte sich ein 70 Jahre alter Invalide in öffentlicher Versammlung bereit, von seiner monatlichen kärglichen Rente 5 Mark zu spenden, damit der Bubenstreich der Sozialfaschisten zunichte gemacht werden können. Das sozialdemokratische Hügenblatt [illegible] auch hier den größten Schwindel. Wir fordern das „Volksblatt" auf, offen auf den Beweis für ihre dreckigen Behauptungen, wo wo die Genossen Berger und Härtel von einem Sparer mit dem Messer bedroht worden sind, wo Verteilungsstellen geschlossen worden sind und wo die täglichen „Selbstmordversuche und Familienmorde" vorkommen, anzuzeigen.

All diese tollen Geschichten spinnen eben nur in den Köpfen verbrechermassen von den beim sozialfaschistischen System der Zerstörer Schaumburg-Kasparek und Konsorten. Die proletarischen Sparer lassen sich nicht nur den schonungslosesten Kampf ansagen, sondern sie werden dem sozialdemokratischen Verbrecherpack gründliche proletarische Rechnung halten.

Anklage gegen die Sozialfaschisten

Schaumburg, Möller, Peters

Heraus zu den öffentlichen Versammlungen am Dienstag, dem 3. Februar

im „Lindenhof", Crollwitz, Produktiv-Genossenschaft, Lerchenfeldstraße, „Gesellschaftshaus", Leipziger Straße, „Laubhaus", Merseburger Straße.

Proletarier, erscheint zur öffentlichen Abrechnung mit den Sozialfaschisten!

Die Schaumburg, Möller und Peters werden hiermit aufgefordert, sich in diesen Versammlungen vor den Arbeitern zu verantworten.

Die Partei Hugenbergs will ihren Wilhelm, Ausreißer wieder haben

Die zweite monarchistische Kundgebung der Deutschnationalen Volkspartei gestern abend im „Stadtschützenhaus" war „Seiner Geburtstag am 27. Januar gewidmet. Der „monarchistische Gruß" kam dabei kräftig zum Ausdruck. Seiferts Richard feierte seinen Stab über der Stahlhelmkapelle und der wilhe min [illegible] burtstagsgemeinde. Holzhammer-Busse hielt die Begrüßungsansprache. Dabei bekam der Regierungspräsident Hamach [illegible] „Sattiges" ab. Hamach habe einmal erklärt, daß früher die Beamten im Staat Lakaien waren und jetzt könnten sie sich breit machen. Das wäre undankbar gegenüber dem monarchistischen Gedanken.

Die Hauptrede des Abends hielt der Reichstagsabgeordnete und Rechtsanwalt Dr. Everling-Berlin. Seine ganze Rede war ein [illegible] juchsisvolles Gesammeln nach dem monarchistischen Staat. Er [illegible] viele Witze und löste bei den erschienenen alten Tanten und [illegible] archistischen Jungfrauen vom Königlichen Radiochorchestrion [illegible] Lachsalven aus. Im ganzen waren von Halle und Saalkreis [illegible] gefähr 700 Personen anwesend. Die „Staatsbrieche" Everling [illegible] steht darin, daß allen republikanischen Staaten, die aus der [illegible] archie hervorgegangen sind, immer sich wieder zur Monarchie zurückfinden müssen, weil die Monarchie die beste, billigste und gerechteste Regierungsform sei.

Sonst kein Wort über Sowjetrußland und kein Wort über die Wirtschaftskrise. Natürlich erntete Everling für seine monarchistische Stammtischrede starken Beifall. Die Hugenberg'sche Trauerparade, die auf dem letzten Loche pfeift, kann auch durch „keine Sensation" wieder auf die Beine kommen, trotzdem man gestern die [illegible] monarchistische „Garde" aus dem Saalkreis nach Halle gebracht hat.

Im Flur des Ratshofes (städt. Steuerbüro) ist ein [illegible] mit 2 Decken gefunden worden. Die Decken sind am [illegible] tage bei der Firma Huth bekannt. Durch Aushang am schwarzen Brett im Erdgeschoß des Waggegebäudes fordert der Magistrat Empfangsberechtigten gemäß Paragraph 980 des Bürgerlichen Gesetzbuches auf, seine Rechte bis zum 10. März 1931 bei Rathausinspektion Marktplatz 1, Erdgeschoß, anzumelden.

Das ist der „Kampf" der SPD gegen den Faschismus

Reichsbannerrollkommando und Polizei mißhandeln Arbeiter

Sozialfaschist Nölting und Werksdirektor Schaumburg schwätzen gegen Nazis und verüben gegen Arbeiter faschistischen Terror

Mit geschickt aufgemachter Reklame durch Ankündigung eines Rededuells zwischen dem Rundfunksprecher Nölting und dem Nazitheoretiker Feder war es den Hallischen Sozialfaschisten gestern gelungen, zwei Versammlungen im Volkspark zustande zu bringen. Natürlich war, wie der SPD-Leitung längst vorher bekannt, der Nazihäuptling nicht erschienen. Um so besser aber war der „Schutz" der Versammlung vorbereitet, d. h. alle Maßnahmen getroffen, um gegen opponierende Versammlungsteilnehmer einschreiten zu können.

Reichsbannerrollkommandos in allen Ecken, deren Führer sich den Polizeioffizieren vorstellen, um gemeinsam die Pläne zum Einschreiten festzulegen.

Gleich zwei „Kanonen", Nölting und der Reichstagsabgeordnete Schuhmacher, waren aufgeboten, um der Arbeiterschaft Halles klarzumachen, wie die SPD den „Kampf" gegen die Nazis zu führen gewillt ist. Jedem klassenbewußten, denkenden Arbeiter konnte bei deren Ausführungen nur ein Ekel aufsteigen. Kein Wort zu den Nöten und Sorgen der werktätigen Massen, zu den Ausplünderungsmaßnahmen der Diktaturregierung, über das Schicksal der fünf Millionen Erwerbslosen, zu dem Vorgehen der schwerindustriellen Gehalts- und Lohnräuber. Darin herrscht zu auch Einverständnis zwischen den Sozial- und Nationalfaschisten. Es kommt beiden darauf an, die Staatsdiktatorkrippe zu erhalten, der Kapitalsdiktatur zu beweisen, wer von diesen beiden Gruppen des Faschismus die beste Aussicht auf Aufrechterhaltung der kapitalistischen Republik bietet.

Es war kennzeichnend für das ganze Niveau der genannten sozialfaschistischen Führer und eines Teils der Versammlung, daß der Reichstagsabgeordnete Schuhmacher unter Beifall erklären konnte:

„Wir danken Gott, daß wir in nationaler Beziehung besser dastehen als die Nazis."

Im großen Saal sprach als erster Redner der Professor Nölting. Schon im ersten Teil seiner Ausführungen schildert er die Gefahr eines neuen Krieges, der die Bevölkerung wieder zum Kohlrübenessen verurteilen würde. Als er durch einige Zwischenrufe daran erinnert wird, daß die SPD auch dafür die volle Verantwortung trage, werden durch den Versammlungsleiter, den berüchtigten Sozialfaschisten Schaumburg,

die Rollkommandos des Reichsbanners alarmiert, die gemeinsein mit den Polizeigarden in der müffelsten Weise auf die Zwischenrufer einstürmen.

Das Vorgehen dieser bewaffneten Horden gegen wehrlose Arbeiter, von denen einige in schwerster Weise mißhandelt wurden, löste bei einem großen Teil der Besucher größte Empörung aus. Als eine Arbeiterfrau dem Direktor Schaumburg gegenüber äußerte, daß er und seine Gesellschaft sich schämen müßten, wagte dieser Bursche unter dem Schutz der Polizeigummiknüppel die Erwiderung: „Macht ihr Verbrecher nur daß ihr rauskommt, sonst treten wir euch noch in den Arsch."

Großmäulig wurde verkündet, daß Rednern der Nazis eine Redezeit von 4 Stunden gewährt werden sollte. Davon machte niemand Gebrauch. Folge knift die Gesellschaft aber, als sich kommunistische Redner zum Wort meldeten, trotzdem Schaumburg noch vorher betonte, daß Nölting bereit sei, auch Kommunisten gegenüberzutreten.

Die Sozialfaschisten sind die Wegbereiter des Faschismus. Heute noch können sie einen Teil der Arbeiterschaft irreführen. Unter Führung der KPD aber sammelt sich die revolutionäre Arbeiterschaft, um die Abrechnung mit den Sozial- und Nationalfaschisten zu vollenden.

Ifa-Kartell Halle

Am Montag, dem 2. Februar findet im Restaurant Rottroff, Universitätsring eine sehr wichtige Zusammenkunft statt. Zu dieser Sitzung werden alle oppositionellen Massenorganisationen dringend ersucht, Vertreter zu entsenden. Insbesondere werden die oppositionellen Genossen der Arbeitersängerbewegung ersucht, bestimmt zu erscheinen. Die Sitzung beginnt pünktlich 20 Uhr.

Theater, Konzerte, Vorträ[illegible]

Berliner Künstler spielen

am Sonnabend, dem 31. 1., im Waldschlößchentheater, einmalig das Lustspiel „Die Heimlichen" von E. Brahmer. Das Gastspiel findet statt [illegible] einer Nachtvorstellung statt und beginnt um 23 Uhr. Die Berliner Presse schreibt u. a. „die Verfasserin hat es mit dem heißen Thema [illegible] lichen Liebe zu tun. Sie klagt die Frauen an, die der [illegible] Prostitution Konkurrenz machen und eine Gefahr für die Ehemänner bedeuten. Ein Reißer, aber ein recht guter. Zugestellos ein großes Publikum."

Einmaliges Gastspiel Paul Wegener im Stadttheater. Am Montag der kommenden Woche geht als einmaliges Gastspiel von Paul Wegener und seinem eigenen Ensemble Friedrich Hebbels bürgerliches Trauerspiel „Maria Magdalena" in Szene. Der Vorverkauf hat begonnen.

Carola Behreus von den Städtischen Bühnen in Halle wurde von Generaldirektor Röbbeling in Grillparzers „Des Meeres und der Liebe Wellen" als Hero angesehen und sofort für das Deutsche Schauspielhaus in Hamburg als sentimentale und jugendliche Salonrolle mehrjährig verpflichtet. — Grillparzers Trauerspiel geht in Halle derselben Besetzung in Szene.

Im Thalia Theater geht am kommenden Sonntag [illegible] Schwank „Der Mustergatte" erneut in Szene.

Volkshochschule Halle. Am Montag, dem 2., und am Dienstag, dem 3. Februar, von 20—22 Uhr, spricht im Hörsaal 17 der Universität der Leiter des Volkshochschulheims auf dem Darß, Dr. Fritz [illegible] über das Thema „Zur Soziologie der Geschlechter und Geschlechtsgemeinschaften" — Karten für beide Vorträge (1.50 Mark) in allen Verkehrsbüros der Volkshochschule.

Wochenspielplan des Stadttheaters. Heute, Sonnabend, zum erstenmal „Kater Lampe", Komödie von Ernst Rosenow. Sonntag, 15 Uhr, zu ermäßigten Preisen: „Ritterin und ihr Junker", 19½ Uhr: „Die Geisha" (ermäßigte Sonntagspreise). Montag: „Die Zauberflöte". Dienstag: „Kater Lampe". Mittwoch (einmaliges Gastspiel Paul Wegener mit eigenem Ensemble): „Maria Magdalena", bürgerliches Trauerspiel von Friedrich Hebbel. Donnerstag: „Des Meeres und der Liebe Wellen", Trauerspiel von Fr. Grillparzer. Freitag: „Margarete durch nacht". Sonnabend, dem 7. Februar: „Tonkabelle". Sonntag, dem 8. Februar, 15 Uhr, Sondervorstellung: „Der Troubadour". 19½ Uhr: „Die Geisha" (ermäßigte Sonntagspreise).

Volksbühne. „Kater Lampe", Komödie von Rosenow, Erstaufführung am Sonnabend, Beginn 20 Uhr, für A. Wiederholung am 11. Februar, Beginn 20 Uhr, für A und am 24. Uhr, für B. Bitte Einlaßmarken beachten! Sonntag, 8. Februar, Operettenabend: „Hotel Stadt Lemberg" am 12. Februar und „Die Geisha" am 19. Februar. Vierte Veranstaltung der Jugendbühne am Mittwoch, 4. Februar, 20 Uhr im Thalia: „Kater Lampe". Zum Eintritt berechtigt der Ausweis der Jugendbühnenkarte. Ausbunft in unserer Geschäftsstelle, Bahnhofstraße Ruf 234 79.

Zoologischer Garten. Sonntag, dem 1. Februar, 18 und 20 Uhr, das Halleschen Symphonie Orchesters. Leitung Benno Blatt. 3. Februar, Tonsabend. (Siehe Anzeigenteil.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310131-18/fragment/page=0006

„Internationale" im Nietlebener Gemeindeparlament

Vor einigen Tagen stattgefundene Erwerbslosenversammlung [illegible] Leben, die von rund 200 Mann besucht war, beschäftigte sich [illegible] mit der Neuwahl des Ausschusses. Darauf wurde der Beschluß des Kampftongreß gegen den Faschismus in [illegible] gegeben. Die Nietlebener Erwerbslosen sind einverstanden mit den Beschlüssen und Kampfmaßnahmen der Delegiertenkonferenz und gelobten, alle ihre Kräfte einzusetzen, um an der Herausbildung der Einheitsfront des Proletariats unter der Losung:

„Volksrevolution gegen den Faschismus"

zu arbeiten. Nach der Versammlung demonstrierten die Erwerbslosen nach dem Schützenhaus, wo die öffentliche Gemeindevertretersitzung stattfand. In dieser Sitzung standen auch die Anträge der Erwerbslosen zur Errichtung einer öffentlichen Erwerbslosenküche, einer Beschäftigungsanstalt und einer Wärmehalle auf der Gemeinde zur Beratung. Natürlich sollte wieder einmal die Erwerbslosen kein Geld da sein. Die Kommunisten traten energisch für die Forderungen der Erwerbslosen ein, während die bürgerlichen Vertreter die Forderungen ablehnten. Sie erklärten der Umbau des alten Spritzenhauses zu einer Erwerbslosenküche sei zu kostspielig sei. Sie legten auch viel Wert auf den „Genuß" dieser bürgerlichen Herren. Sie meinten, es wäre nicht die Sache aus einer Gemeinschaftsküche zu essen. Was die Herren sagen. Mit Recht wurde ihnen zugerufen, daß das Bürgertum während des Krieges auch nicht nach dem Geschmack des Volkes gewesen, als ihm Kohlrübentrotz vorgesetzt wurde.

Die bürgerlichen vertraten den Standpunkt, daß es besser wäre, daß der Erwerbslose für sich selbst koche. Wahrscheinlich sind die Herren interessiert, ihre Anhänger von der revolutionären Arbeit fernzuhalten. Sie schlugen vor, pro Kopf und Tag ein Pfund Erbsen, ein Sechzehntel Pfund Speck sowie andere Lebensmittel in ähnlichen Mengen den Erwerbslosen zu liefern. Der Gutsbesitzer Stief muß ja über eine fabelhafte Kochkunst verfügen. Dieser famosen Küchenzettel für die Erwerbslosen hat er aus dem Küchenzettel seiner Frau Gemahlin abgeguckt. Alle Anträge der Erwerbslosen sind so gut wie verworfen worden. Es will nur die „allergrößte Not" lindern. Die anwesenden Erwerbslosen, empört über das zynische Benehmen der bürgerlichen Vertreter, machten zahlreiche Zwischenrufe. Daraufhin wollte der Vorsteher den Saal räumen lassen. Die Empörung der Erwerbslosen steigerte sich dadurch noch mehr. Sie brachten zum Ausdruck, daß sie den Saal nicht verlassen würden. Die musterhafte Disziplin der Arbeiter gab der Polizei keine Veranlassung zum Eingreifen. Der Vorsteher Maue geriet dann derartig in Wut, daß er den Zuhörern entgegenrief:

„Sind ja alle krank."

Die allgemeine Beschimpfung und Verhöhnung der Erwerbslosen wurde ebenfalls durch einen Entrüstungssturm quittiert.

Am Schluß der öffentlichen Sitzung verließen die Erwerbslosen den Saal unter ständigem Gesang der „Internationale" den Saal. Sie begaben sich geschlossen nach der „Sonne", wo einmütig der Beschluß gefaßt wurde, alle gestellten Anträge und Forderungen aufrechtzuerhalten und für deren Durchsetzung weiterzukämpfen. Die Forderungen des bürgerlichen Parlament erfüllt werden können. Sie wissen von Nietleben haben erkannt, daß ihre Forderungen nur durch den entschiedenen außerparlamentarischen Kampf für ihre Forderungen durchsetzen. Die revolutionären Gemeindevertreter werden diesen Kampf innerhalb des Parlaments mit allen Kräften unterstützen. Sie werden alledem auf ihrem Posten bleiben und den Bürgern immer wieder den schärfsten Kampf ansagen und ihre Masken vom Gesicht reißen!

[illegible] an den Z'scherbener Erwerbslosen

[illegible] Gemeindevertretersitzung in Zscherben fand wieder einmal [illegible] so oft — im Zeichen der Ueberrumpelungspolitik durch [illegible] Gemeindevorsteher Koch. Dieses merkwürdige Vorsteherhaupt hatte in der letzten Sitzung scheinbar nicht mit [illegible] Kommunisten gerechnet, die ihm seine schöne Rechnung [illegible] gehörig unter die Nase riehen. Wir werden der Bevölkerung von Zscherben durch die Herausgabe einer Ortszeitung alle die Vorgänge, die sich in dieser Sitzung abgespielt haben, ausführlich zur Kenntnis geben. Hier seien nur einige wenige Tatsachen angeführt.

Der Einbruch in die Tagesordnung wird unter Genosse Kreisel an Stelle des ehemaligen Genossen Maue eingeführt. Gleich darauf entspann sich eine Geschäftsordnungsdebatte, in der sich die Sozialdemokraten gründlich entlarvten. Bereits vor Weihnachten waren in einer Erwerbslosenversammlung Anträge der kommunistischen Gemeindevertreterfraktion zur Weiterleitung an die Gemeinde übermittelt worden. Diese Anträge der Erwerbslosen wurden von den Kommunisten ordnungsgemäß eingereicht. In der letzten Sitzung mußte man nun bei der Bekanntgabe der Tagesordnung erleben, daß es dem Gemeindevorsteher Koch überhaupt nicht eingefallen war, die Anträge der Erwerbslosen auf die Tagesordnung zu setzen. Die Kommunisten protestierten entschieden gegen diese Praktiken des Sozialdemokraten Koch und forderten, daß dieser Punkt mit zur Beratung gestellt werden soll.

Diese Forderung wurde von den Sozialdemokraten und Bürgerlichen gemeinschaftlich abgelehnt.

Vielen Erwerbslosen in Zscherben sind angesichts dieses ungeheuerlichen Verrats der SPD die Augen aufgegangen. Die Sozialdemokraten lehnen nicht nur die berechtigten Forderungen der Erwerbslosen ab, sondern haben für die Elendslage der Erwerbslosen nur Hohn übrig.

Die Abrechnung vom Teich wurde endgültig geschlossen. Die Herstellungskosten betragen 12 394,40 Mark. Die Erhöhung der Biersteuer wird, nachdem der Genosse Kreisel dagegen protestiert hat, abgelehnt. Die Wasserversorgung wird voraussichtlich, da der Bruckdorf-Nietlebener Bergbauverein die Grube in Nietleben stilllegt, einen Konflikt zwischen der Gemeinde und dieser Gesellschaft auslösen. Denn diese Grube hat die Gemeinden Nietleben und Zscherben bis jetzt mit Wasser versorgt.

Landarbeiter brauchen keine Arbeitslosenunterstützung

A.-K. In Priester bei Naundorf fand unlängst eine öffentliche Einwohnerversammlung statt, zu der ein Referent der Kommunistischen Partei angefordert worden war. In dieser Versammlung kam unter anderem das recht merkwürdige Verhalten des dortigen Gutspächters Jahn zur Sprache. Etwa 20 Landarbeiter mußten bei ihrer Entlassung aus der Beschäftigung erfahren, daß ihnen angeblich keine Arbeitslosenunterstützung gezahlt werden kann, weil Jahn keine Beiträge zur Arbeitslosenversicherung entrichtet hat. Die von den Geschädigten unternommenen Schritte führten zu Beschwichtigungsversuchen durch den Unternehmer, der die Sache bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse des Saalkreises in „Ordnung" zu bringen versprach. Der Referent machte darauf aufmerksam, daß die Krankenkasse nach der Reichsversicherungsordnung verpflichtet ist, die ordnungsmäßige Abführung der Beiträge durch Revision zu sichern. Die Arbeitgeber der Saalkreiskrankenkasse scheinen sich einer besonderen Schonung durch deren Verwaltung zu erfreuen. Die Landproleten aber haben den Schaden davon zu tragen. Die anwesenden Einwohner forderten zum Schluß von den kommunistischen Vertretern dieser Kasse, daß die Interessen der Versicherten mit Nachdruck wahrgenommen werden. Auch bei dem gewaltigen Brandt soll eine Revision angebracht sein.

Eine öffentliche Aufklärung dieser dunklen Angelegenheit wird gefordert (Die Red.).

Was sagt das Arbeitsamt dazu, wenn angesichts der katastrophalen Lage der Reichsanstalt, Arbeitgeber die dringend notwendigen Mittel nicht abführen und für sich verwenden?

Achtung, Funktionäre der JAH Ortsgruppe Halle

Am Dienstag, dem 3. Februar, 20 Uhr, im Lokal Wöhel, Unterberg:

Große Funktionärkonferenz!

Tagesordnung: 1. Kampf gegen Faschismus. 2. Betriebsrätewahlen. 3. Bericht von der Berliner Konferenz.

Jungproleten sollen Streikbrechergarde bergeben

A.-K. Die letzte Erwerbslosenversammlung in Könnern war gut besucht. Es waren 160—180 Kollegen anwesend. Kollege Peter wies auf die Bedeutung des Welterwerbslosentages am 25. Februar hin. In der gegenwärtigen Lage, wo fast 30 Millionen im Weltmaßstab aus der Produktion ausgeschlossen sind, ist es Pflicht eines jeden, sich gegen dieses System zur Wehr zu setzen. Aus der Versammlung kam zum Ausdruck, die Demonstration am 25. Februar zu einer mächtigen Massenkundgebung zu gestalten. Zu dem am 7. und 8. Februar in Halle stattfindenden Jugendkongreß wurde der Jugendkollege Stephan, Leobnitz, einstimmig gewählt. Ferner kam zur Sprache, daß die Arbeitsämter und Gemeindevorsteher dazu übergehen, Jungarbeiter den Großbauern zu schicken. Diese wollen den bestehenden Landarbeiterarif kündigen, um einen 20—30prozentigen Lohnraub vornehmen zu können. Da die Landarbeiter sich das nicht gefallen lassen werden, wollen sie sich durch Jungarbeiter (die sich nach ihrer Ansicht leichter und williger ihrem Diktat unterwerfen), eine Streikbrechergarde bilden. Doch damit werden sie kein Glück haben. Die Gemeindevorsteher üben einen Zwang auf die Jungarbeiter aus, indem sie erklären, wer die Arbeit nicht annimmt, bekommt keine Unterstützung mehr.

Darum, ihr Jungarbeiter, sollet ihr in diese Lage kommen, verweigert die Arbeitsannahme, wenn ihr unter Tariflohn arbeiten sollt.

Arbeiter-Sport

Fußballbezirk Halle

Die in der Mittwoch-Nummer des Klassenkampfes veröffentlichte Spartenvollsitzung findet nicht am 1. Februar 1931, sondern am Montag, dem 9. Februar 1931, 21 Uhr, im Volkshaus statt. Alles andere Bekanntgegebene besteht zu Recht!

Spartenleitung: Schönfeld.

Fußballbezirk Halle.

Bez. Schiri-Anderung zum 1. 2. 31: Spiele 315 und 316 leiten Schiri aus dem Weißenfelser Bezirk. Dies Kollegin zur Kenntnis!

Spartenleitung: Schönfeld.

ASC Halle. Treffpunkt der Mannschaften Sonntag, 1. 2. 31: 8. Mannschaft 9 Uhr; 4. Mannschaft ½11 Uhr; 1. Mannschaft ½1 Uhr. Riededplatz.

Zentral-Verein Fortuna Gesprim. Am Dienstag, dem 3. Februar, 20 Uhr, findet in Schmidts Lokal Mitgliederversammlung statt. Vorstand und Spartenleiter treffen sich 19 Uhr.

Die Organisationen rufen!

Internationale Arbeiter-Hilfe

Zeitz, am Sonnabend, den 31. 1., 20 Uhr, in der Gewerkschaftsherberge, Generalversammlung. Referent Genosse Winkler.

Merseburg, am Sonnabend, den 31. 1., 20 Uhr, im „Friedrichs-Wilhelmsbad", Auftreten der Berliner Agitpropgruppe „Kolonne Links". Referent Genosse Dornberger.

Zorbau, am Sonnabend, den 31. 1. 20 Uhr, öffentliche Einwohnerversammlung im Gasthof „Zur Fröhlichkeit". Referent Genosse Reinde.

Gröbers, am Sonnabend, den 31. 1. 20 Uhr, im Restaurant „Zur Sonne", öffentliche Mitgliederversammlung mit Lichtbildervortrag „Kampf gegen Faschismus". Referent Genosse Kuppe.

Unterbezirk Wittenberg, am Sonntag, dem 1. 2., vormittags 11 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Unterbezirkskonferenz. Alle Ortsgruppen-Vorsitzenden und -Kassierer sind verpflichtet zu erscheinen. Referent Genosse Winkler.

Friedefeld, am Sonntag, den 1. Februar, 20 Uhr, im „Café Huth", Auftreten der Berliner Agitpropgruppe „Kolonne Links". Referent Genosse Kuppe.

Unterbezirk Merseburg, am Sonntag, den 1. 2., 10 Uhr, in „Stadt Leipzig", Unterbezirkskonferenz. Alle Ortsgruppenvorsitzenden und -Kassierer, sowie die Frauenleiterinnen sind verpflichtet zu erscheinen. Referent Genosse Reinde.

Unterzöllbost, am Sonntag, den 1. 2., 20 Uhr, im Gasthof Kirschbaum, Generalversammlung mit Lichtbildervortrag „Kampf gegen den Faschismus", Referent Genosse Dornberger.

Erdeborn, am Sonntag, den 1. 2., ½10 Uhr, im Lokal Träger, Mitgliederversammlung. Referent Genosse Dornberger.

Weißenfels, am Montag, den 2. 2., 20 Uhr, im „Tivoli", Schulungs-Kursus. Referent Genosse Dornberger.

Halle, Jugendaktiv Osten, am Montag, den 2. 2., 20 Uhr, bei Perdikis, Kölbergerstraße, öffentliches Lichtbildervortrag: „Kampf gegen den Faschismus". Referent Genosse Reinde.

Halle-Süden, am Montag, den 2. 2., 20 Uhr, in „Goetzes Hof", Funktionärsitzung.

Internationaler Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit

Bischofsroda, Sonnabend, den 31., 16 Uhr, Lokal Arbach.

Walterda, Sonnabend, den 31., 20 Uhr, Lokal Linde.

Erdeborn, Sonnabend, 31., 20 Uhr, Lokal ?

Barnstedt, Sonnabend, 31., 16 Uhr, Lokal Weißes Roß.

Bimmelsburg, Sonnabend, 31., 20 Uhr, Lokal Hirsch.

Heiligenstadt, Sonnabend, 31., 16 Uhr, Lokal ?

Polleben, Sonnabend, 31., 20 Uhr, Lokal Polze.

Helfta, Sonnabend, 31., 16 Uhr, Lokal Hein.

Sandersdorf, Sonnabend, 31., 20 Uhr, Lokal ?

Czeisleben, Sonnabend, 31., 16 Uhr, Lokal Buhl.

Siersleben, Sonntag, 1., 16 Uhr, Lokal Kugel.

Helbra, Sonntag, 1., 15 Uhr, Lokal Tanne.

Klosternansfeld, Sonntag, 1., 16 Uhr, Lokal Linde.

Leimbach, Sonntag, 1., 18 Uhr, Lokal Tusl.

Alsdorf, Sonntag, 1., 16 Uhr, Lokal Stadt Nürnberg.

Sietzen, Sonntag, 1., 10 Uhr, Lokal Kranes.

Schraplau, Sonntag, 1., 15 Uhr, Lokal Bürgergarten.

Bitterfeld, Montag, 2., 17 Uhr, Lokal Volksbaus.

Halle a. S., Mittwoch, 4., 16 Uhr, Lokal Volksport.

Rundfunk-Programm

Sonntag, 1. Februar.

7 Uhr: Hamburger Hafenkonzert. 8 Uhr: Landwirtschaftsfunk. 8.30 Uhr: Orgelkonzert. 9—10 Uhr: Morgenfeier „Des Jahres Lauf". 11 Uhr: Wo hebt die Wissenschaft? Aktuoume. 11.30 Uhr: Konzert Sturmann Ueß Gedichte und kleine Prosa. 12—14 Uhr: Mittagskonzert. Dazwischen 12.35 Uhr: Neueste Zeitzeichen (Schritt 13 Uhr). 14 Uhr: Wettervorauszage und [illegible]. Anschließend: Aktuelle Wirtschaftsfunk. 14.15 Uhr: Blicke für die Landwirtschaft. 14.30 Uhr: Uebertragung der Bohmischmusikschaft in Oberhof. 15 Uhr: Der Pfeifkonzert von Konjunktur. Komische Oper in drei Akten. Dazwischen (etwa 15.45 Uhr) in der Pause nach dem 1. Akt: Neueste Nachrichten von der Bol-

Telefunken — Mende — Seibt
Geräte Zubehör — Reparaturen
Bequeme Zahlungsweise
H. Prophete
Rannischestraße 13

weltmeisterschaft. 17.20—17.45 Uhr: Als deutscher Arbeiter in Spanien. 18 Uhr: Hanns Johst liest neue Prosa. 18.30 Uhr: Schallplattenkonzert. 19.30 Uhr: Konzertabend der Volkshochschule Leipzig. 20.30 Uhr: Hermann-Löns-Stunde. 21 Uhr: Berm Tage. 21.05 Uhr: Der Ballett. 22.15 Uhr: Nachrichtendienst. Anschließend bis 24 Uhr: Tanzmusik.

Montag, 2. Februar.

10 Uhr: Wirtschaftsnachrichten. 10.05 Uhr: Wetterdienst und Verkehrsfunk. 10.10 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms. 10.13 Uhr: Was die Zeitung bringt. 10.30 Uhr: Schulfunk. 11 Uhr: Werbenachrichten anschließend das Programm der Mitteldeutschen Rundfunk-AG. 11.45 Uhr: Wetterdienst, Wasserstandsmeldungen und Schneebericht. 12 Uhr: Aus Oper und Konzerte Thomas. 12.55 Uhr: Neueste Zeitzeichen (Schritt 13 Uhr). 14 Uhr: Wettervorauszage. Preise- und Börsenbericht. Anschließend: Marek Weber und sein Orchester (Schallplatten). 14 Uhr: Mitteilungen des deutschen Landwirtschaftsrates. 14.15 Uhr: Frauenfunk. 15.40 Uhr: Wirtschaftsnachrichten. 16 Uhr: Berufsmöglichkeiten im Buchhandel. Dr. Friedrich Uhlig, Leipzig. 16.30 Uhr: Nachmittagskonzert. 17.30—17.45 Uhr: Wettervorauszage und Zeitangabe. 17.30 Uhr: Wirtschaftsnachrichten: Letzte Katastrophen. 18 Uhr: Stunde der Neuerscheinungen 18.50 Uhr: Einführung in das Sinfoniekonzert am gleichen Tage 20 Uhr. 19.10 Uhr: Johanna Thomm spielt Klavier. 19.30 Uhr: Aus dem Leben für das Leben. Ein Gespräch mit einem Zirkusmaschinist. 20 Uhr: Sinfoniekonzert. Anschließend etwa 21.40 Uhr: Vom Tage. 22 Uhr: Zeitbericht „Der Optische Skandal". 22.40 Uhr: Nachrichtendienst. Anschließend bis 23.50 Uhr: Tanz- und Unterhaltungsmusik (Schallplatten).

Verantwortlich: Ernst Schneller, Berlin, für Politik und Feuilleton; Bruno Reibe, Halle, für Bezirks und Stadtteil; Ella Geibel, Halle, für Provinz; Kurt Kühn, Merseburg, für Betriebs- und Gewerkschaftsteil; Arthur Burkert, Halle, für Anzeigenteil.

SPD versucht die AKB-Sparer auszuplündern

Einem parteilosen Arbeiter wird uns in der Angelegenheit folgendes geschrieben:

Ich habe ein paar hundert Mark, die mir durch eine Erbschaft, als Spargeld im AKB Halle stehen. Zurzeit bin ich krank und darum nur Leser des „Mitteldeutschen Echo". Zufällig ich am Dienstagnachmittag am Gewerkschaftshaus auf dem Schild, wo ich in einer ausgehängten Nummer des „Volksblatt" lesen, daß alle Sparer des AKB Halle zwecks Auskunft an das Gewerkschaftshaus wenden sollen. Da ich nun einmal vor dem Gewerkschaftshaus stand, ging ich in das Arbeitersekretariat und brachte mein Anliegen vor. Ich war aber nicht wenig erstaunt, als ich [illegible] Auskunft an den Rechtsanwalt Feligbrodt verwiesen wurde. Das verschnupfte mich schon etwas, denn, fragte mich, wozu schreibt man im „Volksblatt", daß zur Wahrung der Rechte der AKB-Sparer das Sekretariat der SPD Auskunft erteilt, wenn man eine solche nicht im mindesten bekommt? Meine Geduld wurde aber noch mehr, als ich bei dem Rechtsanwalt [illegible] die kurze und bündige Antwort erhielt, daß er mir nur [illegible] Erlangung meines Geldes vorschlagen könne, entweder Zwangsvollstreckung oder Pfändung eine Zwangsvollstreckung mit ziemlich hohen Kosten [illegible] mußte ich aus Erfahrung, und als ich dies dem Rechtsanwalt [illegible] gab, erklärte er mit gleichgültiger Miene, daß er [illegible] in dieser Angelegenheit auch nicht tun könne.

[illegible] über die Heuchelei des „Volksblattes" gegenüber den Sparern [illegible]. Am Mittwochabend ging ich dann in die Versammlung im „Volksport", und da ist mir erst ein Licht [illegible] über die schäbige Rolle, die die SPD- und Gewerkschaftler, vor allen Dingen der sozialdemokratische Parteisekretär [illegible], den ich persönlich von früher her kenne, als ehemaliger Stuckgebäuer war, gegenüber dem AKB gespielt haben. Es muß nun, daß ich es nur dieser Sippschaft zu verdanken habe, daß ich es mir nicht mehr zurückbekommen sollte.

Es muß jetzt Schluß damit, daß man die kleinen Sparer durch die Verwaltung des Konsumvereins um ihre paar Groschen bringt, und verlangt man sie auch noch mehr ausgeburten [illegible] sogenannte „Auskunft", die sich die Herren von der SPD teuer bezahlen lassen.

Mich hat bis jetzt sehr wenig um Politik bekümmert, aber in [illegible] Versammlung ist es mir klar geworden, daß ich [illegible] Gleichgültig zusehen darf, wie man mit den Arbeitern [illegible] Spiel. Darum habe ich auch gleich einen Aufnahmeschein für den Kampfbund gegen den Faschismus ausgefüllt. Eigentlich wollte ich gleich in die Kommunistische Partei eintreten, aber ich werde damit noch eine Weile warten, bis ich mich politisch etwas mehr geschult habe, denn ich glaube, um Mitglied in der KPD zu sein, muß man erst einmal den Beweis liefern, daß man ein wirklicher Klassenkämpfer ist. Und das werde ich wohl durch den Kampfbund gegen den Faschismus werden.

Funktionär-Konferenz in Könnern!

Am Sonntag, dem 1. Februar, 20 Uhr, im „Bürgergarten" in Könnern eine RGO-Funktionärkonferenz der Ortsgruppen Land, Bau, Metall und Bergbau statt. Alle Betriebsräte und Unterkassierer sowie RGO-Funktionäre des gesamten Arbeitsgebietes nehmen daran teil.

Die Verbraucher-Versammlung in Völlberg-Wörmlitz

im Lokal Rauschenbach war überfüllt

Ueber 500 Männer und Frauen, nur Mitglieder des Konsumvereins, waren erschienen. Der Genosse Härtel als Vorstandsmitglied des AKV referierte. An der Diskussion beteiligten sich neun Arbeiter und Arbeiterinnen, die übereinstimmend ihre Empörung über den Anschlag der Sozialfaschisten auf den AKV zum Ausdruck brachten und den energischsten Widerstand der gesamten Arbeiterschaft forderten. Ein Diskussionsredner erklärte, daß die Mitglieder überhaupt auf die Rückgewähr verzichten müßten. Er selbst habe für Bauzwecke gespart. Bekäme er sein Spargeld nicht zurück, dann wisse er, daß er das nur der Gemeinheit der Sozialfaschisten zu danken habe. Ein anderer Diskussionsredner schlug die Schaffung eines Kampffonds zur Verteidigung des Konsumvereins vor, an dem sich die gesamte Arbeiterschaft mit 50 Prozent beteiligen müßte.

Eine Arbeiterfrau stellte im Vergleich zu der Rolle der Schaumburg, Möller und Konsorten die Tatsache fest, daß man den 12 Millionenverlust der Stadtbank Halle ohne Gesichtsverlust durch die von den Proleten aufgebrachten Steuern gedeckt habe. Insbesondere die Frauen müssen den Kampf für den roten Konsum führen. Ein Redner sagte, jetzt hieße die Parole: Nicht herunter vom lecken Schiff, sondern im Gegenteil, alle Mann an Bord, um alle Löcher abzustopfen und das Schiff wieder flott zu machen.

Am Schluß wurde eine Entschließung angenommen, in der die gesamte Arbeiterschaft, besonders auch die SPD-Arbeiter, aufgefordert werden, in gemeinsamer Front und fester als zuvor gegen die Spalter und Zerstörer des roten Konsumvereins zu kämpfen. Außerdem wurde ein Zusatz zu dieser Entschließung angenommen, in dem die Versammelten sich bereit erklärten, einem zu gründenden Kampffonds zur Verteidigung des Konsumvereins beizusteuern.

Rundfunkhörer von Ammendorf

Am Sonntag, dem 1. Februar findet im „Adler", Ammendorf, eine Gründungsversammlung des Freien Radio-Bundes statt. Beginn 10 Uhr. Erscheint zahlreich.

Aus dem Geschäftsverkehr

Unserer heutigen Auflage für Merseburg liegt ein Prospekt der Firma Deutschmann, Merseburg, bei, den wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310131-18/fragment/page=0007

Rund um den Erdbal

Der zweite Tag im Berliner Mordprozeß Ulbrich

Die Angeklagten kämpfen um ihren Kopf

Jugendliche Mörder als Augenweide geschminkter bourgeoiser Luxusweiber

Dramatische Szenen spielten sich gestern im großen Schwurgerichtssaal des Berliner Landgerichts III ab. Der Angeklagte Stolpe, dessen Vernehmung am 1. Verhandlungstag nicht beendet wurde, verweigerte plötzlich seine Aussage und hüllte sich starrsinnig in Schweigen. Der Anlaß zur Aenderung seines Verhaltens liegt wohl in einem Ausspruch des Vorsitzenden Schmidt: „Wir lassen Ihnen zu jeder Aeußerung Zeit, denn Sie kämpfen ja um Ihr Leben." Obwohl Stolpe von seinen Mitangeklagten als die treibende Kraft bei der Mordtat bezeichnet wird, ist er, ebenso wie seine Mitangeklagten, nur ein bedauerliches Opfer der heutigen Gesellschaftsordnung, der durch die wirtschaftlichen Verhältnisse zu diesem furchtbaren Verbrechen getrieben wurde. Als bei Aufrufung der Zeugen die Schwester des Angeklagten Stolpe den Saal betritt, bricht sie in hysterisches Schreien aus. Stolpe, selbst von Angst und Gram zerfressen, verbirgt hinter der Barriere der Anklagebank vor dem sensationslüsternen Publikum seine Tränen.

Sensationslüsternes Publikum! Nicht nur im überfüllten Zuschauerraum. Auch auf den Rängen, ja selbst im Gerichtssaal zwischen Zeugen, Sachverständigen und Presseberichterstatern sitzen sie, die geschminkten, pelzbemäntelten Bourgeoisweiber und Töchter und die Kokotten der ganzen bürgerlichen Nichtstuermeute, die sich mit sadistischer Lust die drei jugendlichen Mörder auf der Anklagebank betrachten und den Gang der Verhandlung anhören.

Mit bleichen Gesichtern, aber ruhiger als am ersten Verhandlungstage, betreten die drei jugendlichen Angeklagten, Lieschen Neumann, Richard Stolpe und Benziger, den Saal. Nach Aufrufung der Zeugen beantragt der Verteidiger Benzingers eine Darstellung der Mordtat an dem Uhrmacher Ulbrich im Gerichtssaal durch die Angeklagten. Er will damit nachweisen, daß Benzinger, der in der Mordnacht in furchtbarer Angst am ganzen Körper zitterte, über die Beine Ulbrichs fiel und dadurch nicht an der Ausführung der Tat beteiligt war. Der Beschluß über diesen Antrag wird zurückgestellt.

„Ihr Strolche müßt nackt herumlaufen . . ."

Stolpe fährt nun in seiner am ersten Verhandlungstage begonnenen Aussage fort. Er schildert heute, wie sie bei der Flucht in Pommern von der Landgendarmerie verhaftet und auf der Wache mit Fußtritten und Faustschlägen mißhandelt und dann in die Zelle geworfen wurden. Ein Gendarm schrie: „Die Hunde müssen nackend herumlaufen, die Strolche, Verbrecher, Lumpen!" „Aus Angst vor weiteren Prügeln zogen mir uns nackend aus", sagt Stolpe. Er wiederruft sein Geständnis vor der Kriminalpolizei und erklärt: „Ich habe nicht am Sonntag und Montag vor der Tat mit meiner Braut besprochen, daß Ulbrich getötet werden soll." Als Grund zu seiner entgegengesetzten Aussage vor der Kriminalpolizei gibt er an, Angst vor der Kriminalpolizei gehabt zu haben.

Richter: „Sie sagten doch später, Sie wären höflich behandelt worden."

Stolpe: „Davor kann ich ja nicht." (Unterdrücktes Lachen im Saal.) Stolpe schweigt. Er kann sich angeblich nicht mehr an Einzelheiten der Vernehmung vor der Kriminalpolizei erinnern.

Richter: „Sie können sich doch so gut an Einzelheiten erinnern, als Sie einmal geschlagen wurden, und da wollen Sie nicht mehr wissen, wie hart Sie den Ulbrich anfaßten?"

Stolpe (erregt): „Ich möchte bestreiten, daß ich den Ulbrich hart angefaßt habe." (Unruhe im Saal.)

Benzinger hält während dieser Vernehmung den Kopf gesenkt hinter der Barriere. Lieschen Neumann weint sogar still vor sich hin. Stolpe selbst kämpft ebenfalls sichtlich mit den aufsteigenden Tränen, schweigt aber weiter. Im Saal wird es still. Geschminkte Bourgeoisweiber richten gierig ihre Lorgnetten auf den bleichen Stolpe.

Nach langen Vorhaltungen des Vorsitzenden und des Verteidigers fährt Stolpe fort: „Schon am Montag wollte Lieschen den Ulbrich allein umbringen. Sie wollte abends hingehen und wenn er schläft, das Beil nehmen und ihn töten." Dann schweigt er wieder, beantwortet keine Frage des Vorsitzenden und seines Verteidigers. Da Stolpe nicht redet, wird eine kurze Pause eingelegt. Doch auch nach der Pause hüllt sich Stolpe weiter in Schweigen.

Richter: „Hat Lieschen Neumann, als sie den Ulbrich würgten, gesagt: Wenn ihr nicht wollt, schlage ich ihm mit dem Beil vor den Kopf."

Stolpe (atmet schwer, nach langer Pause): „Ja, das hat sie gesagt. Ich wollte verhindern, daß Ulbrich getötet wurde, und schrie sie an: Wenn du das Beil nimmst, kommst du gleich selbst dran!"

Lieschen Neumann gesteht, das Beil genommen zu haben. Es wird in die Beweisaufnahme eingetreten.

Das „Heinzelmännchen" in der Anwaltsrobe

Bei der Vernehmung des Leiters der Pressestelle, Landgerichtsrat Becher, kommt es zu einem für den Rechtsanwalt Dr. Mendel, den Verteidiger von Stolpe, vernichtenden Zwischenfall. Es handelt sich um die Frage, wer einen Bericht in die Presse lanciert hätte über einen Prozeß, der in Pankow gegen Stolpe wegen des Diebstahls eines Mantels stattfand. In diesem Prozeßbericht wurde gesagt daß Stolpe völlig unter dem dämonischen Einfluß von Lieschen Neumann gestanden hätte.

Landgerichtsdirektor Becher: „Ich habe mit der Sachverständigen Korrespondenz gesprochen (Berliner Nachrichten-Büro). Herr Sachverständige sagte mir, daß dieser Bericht ins Stenogramm unter dem Pseudonym „Heinzelmännchen" gegeben wurde. Unter diesem Pseudonym pflegt Herr Dr. Mendel zu schreiben."

Rechtsanwalt Dr. Mendel (kreideweiß vor Erregung): „Das ist nicht wahr!"

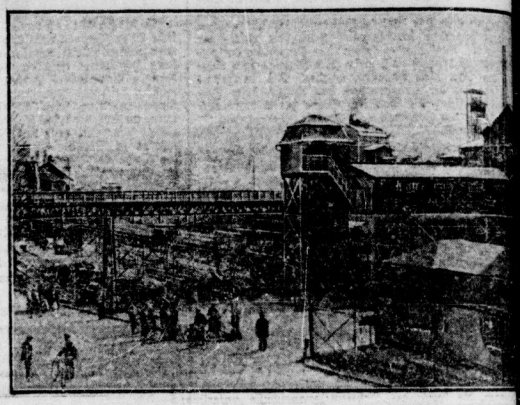
Die Zeugenvernehmung

Als erste Zeugin wird eine Frau vernommen, die nach der Tat morgens um 10 Uhr den Laden des Uhrmachers Ulbrich betrat. Sie schildert, wie sie Ulbrich im Bett liegend, die Füße am Kopfende, tot auffand und die Kriminalpolizei benachrichtigte. Sie kannte Ulbrich schon seit zwei Jahren und hatte bei ihm einige Male photographieren lassen. Sie bekundet, daß ihr von Ulbrich unsittliche Anträge gemacht wurden, daß er von ihr Nacktaufnahmen machen wollte.

Durch den Kriminalbeamten der Mordkommission wird man, daß Ulbrich in seinem Photographiealbum nicht weniger als 116 nackte Frauen abgebildet hatte, die von ihm photographiert wurden. Wenn man die drei Jugendlichen des Mordes an dem Uhrmacher Ulbrich bezichtigt, so muß man fragen, ob nicht Ulbrich selbst die Hauptschuld an seinem Tode trägt. Nur durch ihn, der minderjährige Mädels nackt photographierte und der dann mit den Mädels geschlechtlich verkehrte, ist der Gedanke zur Tat gereift.

Englands berüchtigte Mordgrube

Unser Bild gibt eine Teilansicht der Haiggrube bei Whitehaven wieder, wo, wie unten gemeldet, 50 Bergleute den Tod fanden. Die Haiggrube, die unmittelbar an der Meeresküste liegt und den größten Teil ihrer Stollen bis unter das Meer vorgetrieben hat, gilt bei den Kapitalisten als eine der ertragreichsten und bei den Arbeitern als eine der berüchtigtsten Mordgruben Englands.



Furchtbare Katastrophe in Englands berüchtigter Unglücksgrube

Massenmord in 2000 Meter Tiefe

Schlagwetterexplosion in Schottland fordert 50 Todesopfer

London, 30. Januar. Kein Tag vergeht, ohne daß nicht der Telegraph aus irgendeiner Ecke der kapitalistischen Welt ein furchtbares Grubenunglück meldet, bei dem mehr oder weniger Kumpels bis zur Unkenntlichkeit zerrissen, verbrannt, schwer verwundet, erblindet oder sonst irgendwie für den Rest ihres Lebens verstümmelt werden. Meldeten wir erst gestern die entsetzliche Katastrophe in der Betty-Grube im amerikanischen Staate Indiana, wobei 35 Bergarbeiter ums Leben kamen, so müssen wir bereits heute wieder berichten, daß in Schottland rund 50 Kumpels durch eine Explosion in 2000 Meter Tiefe getötet wurden.

Die Katastrophe ereignete sich am Donnerstagabend auf Englands berüchtigter Mordgrube, nämlich im Haigbergwerk in der Grafschaft Cumberland. Das Unglück geschah in dem Augenblick, als die Spätschicht ausfahren wollte.

Von dieser Schicht konnten sich nur 13 Mann, zum Teil mit schweren Gasvergiftungen, retten.

Dichte Gasschwaden behindern das Rettungswerk, wodurch noch Aussicht besteht, von den Verschütteten noch irgendwen lebend zu bergen.

Der Explosionsherd befindet sich 2000 Meter unter der Oberfläche. Auf die erste Alarmmeldung von der Katastrophe eilten aus den umliegenden Ortschaften Tausende von Angehörigen zum Unglücksschacht. Die erfüllten Nacht über hartten weinende Frauen und Kinder. Nachricht von ihren eingeschlossenen Ernährern. Da bereits drei Jahren in dieser Mordgrube 13 Bergarbeiter den Tod fanden, und auch in der Zwischenzeit fast wöchentlich ein Kumpel tot oder schwerverletzt ans Tageslicht kam, werden mußte, hat sich der englischen Bergarbeiterschaft tiefgehende Erregung bemächtigt. Man wirft der Bergwerksdirektion vor, daß sie aus maßloser Profitgier die notwendigsten Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz der hochbezahlten Kumpel in verbrecherischer Weise vernachlässigt.

Berliner „Nachtgespenst" verurteilt

Staatsanwalt beantragt 8 Jahre Zuchthaus

In später Abendstunde des Donnerstag verkündete das Schöffengericht Berlin-Charlottenburg das Urteil im Prozeß gegen das Berliner „Nachtgespenst". Der Angeklagte Janoschke wurde zu einer Gesamtstrafe von 3 Jahren 6 Monaten Gefängnis verurteilt, nachdem der Staatsanwalt 8 Jahre Zuchthaus und 8 Jahre Ehrverlust beantragt hatte. Spyrka wurde freigesprochen.

Der Hüter der Staatsordnung, also der Herr Staatsanwalt, scheute sich nicht, ein Zuchthausstrafe von 8 Jahren zu beantragen. Und das, trotzdem hier mit seltener Eindeutigkeit offenbar wurde, wie das fluchbeladene System die Menschen und insbesondere die Jugendlichen auf die Bahn des Verbrechens schleudert.

„Klassenkampf" auf der Kanzel

Sozialdemokrat wird Theologie-Professor

Halle, 30. Januar. „Genosse" Günther Dehn, bislang „Klassenkampf"-Lehrer an der Reformationskirche in Berlin-Moabit, wurde wegen seiner außerordentlichen Verdienste um die Erbauung und Verkleisterung sozialdemokratischer Arbeiter „seiner ordentlicher Professor für praktische Theologie (Religionswissenschaft) an die Universität Halle berufen.

Warum auch nicht? Versucht doch die „Kaiserdemokratie" und die „Alleinseligmachende" bereits seit 12 Jahren der glorreichen deutschen Republik, Karl Marx mit Martin Luther zu verkuppeln. „Genosse" Dehn hat nunmehr endlich die Luther-Universität in Halle-Wittenberg ausreichende Sicherheit, diesen Schwindel philosophisch zu unterbauen. Wie aber die sozialdemokratischen Arbeiter dazu?

Tüchtiger Biertrinker bei hohem Lohn gesucht

Unter einer Riesenauswahl von Biertrinkern hat nunmehr das Arbeitspsychologische Institut Dortmund den Tüchtigsten herausgesucht, der gegen hohen Lohn verpflichtet ist, täglich 14 Flaschen Bier auszutrinken. Als einzige Gegenleistung verlangt das Institut, daß er Gehirnmessungen an sich vornehmen lassen muß. Na, denn Prost!

Blutiger Ausgang eines Ehestreits

Der Hilfslehrer Lenz in Recklingshausen (Westfalen) erschoß nach einer erregten Auseinandersetzung in Trunkenheit seine Frau und verübte dann Selbstmord.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310131-18/fragment/page=0008

AUS MITTELDEUTSCHLAND

Hinkler ließ sich nicht besabbern, sondern gab Hinkler „allerhöchsten Befehl“:

„Kehre zurück, alles vergebens . . .“

Daß Hinkler der paar aufrechten Nazimannen Hitlers hatte eine Musike für den Triumphzug bestellt, der dem abgetakelten Führer nach seiner Rückkehr von der Nazi-Reichsleitung dargebracht werden sollte. Herrn Hinkler ist aber

das Münchener Examen gar nicht gut bekommen.

Die bürgerliche Presse mußte inzwischen schon zu berichten, daß seiner Absetzung als Gauleiter des Bezirks Halle-Merseburg bleibt. Und die Nazi-Reichsleitung hat das zum Zwecke der „Entlastung Hinklers“ zusammengestoppelte Protokoll über die Kassenprüfung einschließlich seinem großen Eindruck gemacht. Auch daß der Sachbearbeiter des Dritten Reiches im Gau Halle-Merseburg den Palast der Reichsleitung mit dem Gruß „Gott grüß' ein chrbar Handwerk“ verlassen hat, konnte an der Sachlage zum Himmel stinkender Tatsachen nun einmal nichts weiter ändern. Wenn selbst die innigsten Anbeter Hinklers, die Kassenrevisoren, in ihrem Bericht von „Hinklers Beiträgen“ und „noch nicht zurückgezahlten Spesenvorschüssen“ sprechen müssen, dann sichts bestimmt faul im Staate Dänemark aus!

Daß Groß darüber, daß es sein oberster Gebieter gerade bei ihm genommen nimmt, klammte sich deshalb Ex-Gauleiter Hinkler in den letzten Tag, und dampfte den heimatlichen Gefilden zu.

Der Ankunft daselbst soll keineswegs mit dem sonst gewohnten Gepränge vor sich gegangen sein. Hinkler verdrückte sich mit wenigen seiner Getreuen zeitmäßig auf schnellstem Wege hinter vier Wände, wo er sich mit heiligen Worte und alten deutschen Korn von ihnen spenden ließ.

Als sein arischer Schädel dann ebenso bewußt war, wie die bangen Stunden, von denen sein Busenfreund Wolters einen so schönen Aufsatz im letzten „Krampf“ geschrieben hatte, wandte er schließlich den heimatlichen Kemenaten zu, tiefdessen Wolters die erste beste Kartenschlägerin aufsuchte, in der Hoffnung, vielleicht durch sie die von ihm selbst in der letzten Ausgabe des „Krampf“ vorlaut verkündete „Wahrheit über Hinkler“ zu erfahren.

*

Spaß beiseite! Mögen die im Solde der herrschenden Klasse stehenden Nazi-Führer ob der leeren Kasse und ob der ungenügenden Salon- und Koalitionsfähigkeit Hinklers wie Trauerweiden umherschleichen. Die Arbeiter dürfen nicht nur den Korruptionsskandal in den Nazireihen sehen, sondern sie müssen verstehen lernen, daß

die im nationalsozialistischen Lager immer mehr um sich greifende Korruption nur eine Begleiterscheinung der allgemeinen Entwicklung der faschistischen Bewegung ist.

Hitler und die anderen Oberpäpste des Dritten Himmelreichs sind selbstverständlich nicht minder korrumpiert, als ihre Feldwebel und Unteroffiziere. Die ganze Nazibewegung wird von der herrschenden Klasse, von den Industriellen und Bankgewaltigen als eine bewährte Hilfspolizei ausgehalten und auf die klassenbewußte Arbeiterschaft losgehetzt.

Diese Erkenntnis bricht sich auch mehr und mehr im nationalsozialistischen Lager selbst Bahn, wie u. a. die folgende Meldung aus Naumburg zeigt:

Naumburger SA-Führer Bolz aus der NSDAP ausgetreten

„Ich bereue tief, jemals meine Hand gegen revolutionäre Arbeiter erhoben zu haben“

Der Führer der SA der Nazis, der Kaufmann Bolz aus Naumburg, hatte unseren Genossen Schuster, Almrich, in seiner Wohnung auf und gab dort folgende Erklärung ab:

„Ich habe meinen Posten niedergelegt und bin aus der NSDAP ausgeschieden. Eine Partei, in der sich Hohenzollern, Fürsten usw. befinden, ist keine Arbeiterpartei.

Führer und Partei sind durch und durch korrumpiert.

Die Führer schlemmen, saufen Sekt, und wir Arbeiter in der Partei müssen auf Befehl auf Arbeiter schlagen, die uns nichts zu leide getan haben. Ich bereue tief, jemals meine Hand gegen revolutionäre Arbeiter erhoben zu haben. Meine Frau und ich sehen unseren Irrtum ein, wir wenden uns mit Abscheu von der NSDAP.

Ich bin jederzeit bereit, in einer öffentlichen Versammlung der NSDAP diesen meinen Schritt, warum ich der NSDAP den Rücken gekehrt, zu bekunden.“

Die Ortsgruppe der KPD Naumburg wird in Kürze Bolz Gelegenheit geben, vor aller Oeffentlichkeit die Schandtaten der Nazi zu entsagen.

Krach bei den Eislebener Nazis

Die Zersetzung in ihren Reihen wird immer stärker

M.K. Eisleben. In der Ortsgruppe Eisleben der NSDAP herrscht eine große Unzufriedenheit. Ein Teil SA-Leute ist ausgeschlossen worden, ein anderer Teil geht von selbst. Es ist also gar nicht lange gedauert, bis die Proleten und die Angehörigen des Mittelstandes hinter den Schwindel der Nazi-Führer kommen sind. Der Hauptanlaß, besonders in der letzten Zeit, zu dieser fortschreitenden Zersetzung war die Bewilligung der Subvention für die Mansfeld AG. durch die NSDAP. Zweitens hat die „gute Kassenstärkung“ sehr vielen die Augen geöffnet.

Es stinkt in allen Ecken und ganz offen sagen das auch die SA-Leute. Empört berichteten uns einige: „Vor kurzer Zeit haben wir überall noch kleine Karten verteilen müssen, auf denen „Kreisfahrt nach Jerusalem“ für alle Juden gewährt werden sollte. Damit sollte also Agitation gegen die Juden getrieben werden. Und jetzt bewilligt man den Juden Herzfeld, Wolf und wie sie sonst alle heißen Millionen Mark als Subvention.“

Auch die Bezahlung der Referenten wird als ein großes Uebel bezeichnet. Außerdem doch die Naziproleten zusehen, wie der Häuptling von Alvensleben 50, 60 und 70 Mark für seine Referate erhielt. Und sie selber hatten nicht einmal soviel, daß sie sich ein paar Zigaretten leisten konnten. Ganz unkontrollierbar wären auch die Autofahrten, die Herr v. Alvensleben ständig macht und für die auch die Partei das Geld hergeben müßte.

Wir rufen den Naziproleten zu: Laßt es nicht dabei bewenden, daß ihr gegen eure verräterischen Führer schimpft, sondern zieht den Schlußstrich. Erkennt die Rolle der Nazipartei als arbeiterfeindliche Partei! Kämpft gemeinsam mit der KPD, die eure Interessen vertritt.

Heringen. Achtung! die Russen kommen! Am Sonntag, dem 8. Februar, 15 Uhr, Heringen (Anter). Am Sonntag, dem 8. Februar, 20 Uhr, Nordhausen (Hoffnung). Auftreten des Balalaika-Orchesters des ehem. Verbandes der Studenten der UdSSR in Deutschland Ifa.

Die Nazipartei erlebt einen Reinfall nach dem anderen

A.-K. Prieschka. In der von den Nazis einberufenen Einwohnerversammlung am 23. Januar in Prieschka hatten die Nazis einen schweren Reinfall zu verbuchen. Als der Referent Reimer, Fallenberg, mit seinen SA-Leuten das Lokal betrat, wurde er von den dort versammelten Arbeitern mit einem kräftigen „Rot-Front“ empfangen. Gleich am Anfang der Versammlung meldeten sich einige Arbeiter zur Geschäftsordnung und forderten freie, unbeschränkte Redezeit zum Diskutieren. Unter dem Druck der Versammlungsteilnehmer mußten die Nazis diese Forderung erfüllen. Reimer sprach nur eine Stunde. Er konnte aber überhaupt keinen Beifall erzielen. Gegenüber anderen Versammlungen verhielten sich die Nazis ziemlich reserviert.

In der Diskussion sprach der Genosse Hirsch und erntete reichen Beifall. Aus der Nazioversammlung war in Wirklichkeit eine KPD-Versammlung geworden. Die Nazis waren gekommen, um zu werben, aber statt zu werben, haben sie Abbruch erlitten. Denn sogar viele ihrer früheren Anhänger machten recht nachdenkliche Gesichter.

Ein Arbeiter trat in der Versammlung der KPD bei.
26 Broschüren wurden verkauft.

Mit einem kräftigen „Rot-Front“ wurde die Versammlung geschlossen.

Stuhlbeine — die einzigen Nazi-Argumente

In Helmstedt kam es in einer nationalsozialistischen Versammlung infolge der unaufhörlichen Nazi-Provokationen zu einer schweren Schlägerei, in deren Verlauf die Nazi-Schläger selbst die Polizei angriffen. Vier Tische und 70 Stühle gingen in Trümmer, mehrere Personen wurden verletzt. Die Nazis bekamen einen Denkzettel und den Arbeitern verabreicht, für den sie sich rächten, indem sie eine Anzahl Arbeiter bei der Klassenjustiz denunzierten.

Rot-Front-Rufe übertönen Nazi-Platzkonzert

Auf dem Karlsplatz in Bernburg veranstalteten Quedlinburger Nationalsozialisten ein Platzkonzert. Dabei kam es zu Zusammenstößen mit Arbeitern. Als diese immer wieder in Rot-Front-Rufe ausbrachen und das Nazi-Platzkonzert auf diese Weise unwirksam machten, stand die Polizei den Nazis bei und räumte den Platz unter Anwendung des Gummiknüppels. Bei den vorhergegangenen Auseinandersetzungen wurden zwei Nationalsozialisten verletzt.

Schamlose Willkür mitteldeutscher Grubenherren

Die Grube „Cäcilie“ bei Lößkendorf im Kreise Querfurt soll wegen angeblicher Absatzschwierigkeiten stillgelegt werden. Die eigentliche Ursache dürfte wohl aber darin zu suchen sein, daß diese Grube den Kohlenbaronen nicht genug Profit einträgt. Deshalb haben sich die Ausbeuter sogar zu der Frechheit aufgeschwungen, gleichzeitig mit dem Stillegungsantrag die Abkürzung der gesetzlichen Sperrfrist von vier Wochen auf eine Woche zu fordern. Die Sperrfrist läuft, da dieser Antrag abgelehnt wurde, am 12. Februar ab.

Alle Ortsgruppen,

die ihre Monatsabrechnungen noch nicht bis einschließlich Dezember 1930 mit der Bezirksleitung getätigt haben, müssen dies bis Ende Januar 1931 nachgeholt haben. Diese Aufgabe ist unbedingt durchzuführen. Zwecks Jahresabschluß müssen wir unter allen Umständen die Abrechnungen restlos haben.

Bezirksleitung der KPD, Halle-Merseburg — Sekretariat.

Die Strasse ohne Sonne

Ein japanischer Arbeiter-Roman

von

N. Tokunaga

Genehmigt ab Internationaler Arbeiter-Verlag G. m. b. H., Berlin.

(Fortsetzung.)

Er sah Ynoshita an, der noch viel feiger war als der Diener, der ihr hereingeführt hatte, erhob sich ein wenig und zeigte auf einen Drehstuhl, der durch zwei Schreibtische von ihm getrennt stand.

(Die Leser wissen vielleicht, daß solche Gentlemen stets gern das ganze Zimmer benutzen, nicht wegen ihrer Schönheit oder aus geschäftlicher Notwendigkeit, sondern als Barrikade, wenn „gefährliche“ Arbeiter empfangen müssen, um ihre Großzügigkeit zu beweisen.)

Der im Falle Ynoshita hatte er solche Rücksichten nicht nötig. Er war ein englischer Gent, keiner vom Schlage dieser Schmutz ihrer Mädchen vom gestrigen Abend zu riechen gaben. Er trug einen Anzug von tadellosem, englischem Schnitt.

„Ich habe mich beeilt, auf Ihren Anruf zu Ihnen zu kommen.“

Ynoshita konnte nicht einsehen, warum er blödsinnig sein sollte. Der junge MdR. beugte sich mißlaunig aus seinem Lehnstuhl vor und sagte:

„Unterstützen Sie immer noch die Streikenden der Daido-Werke?“

„Ja — Tja!“ Ynoshita wand sich auf seinem Stuhl. „Unterstützen? — Unterstützen — ja, was heißt unterstützen?“ Er verstand Shibusaka nicht.

„Das heißt, daß Sie als Vermittler zwischen Gesellschaft und Streikenden unverhältnismäßig stark die Forderungen der Streikenden unterstützen und so die Gesellschaft schädigen — unerhört, ohne es zu wollen, aber das wird Ihnen schon in einigen Tagen zeigen.“

Ynoshita war verlegen, — aber das ist doch selbstverständlich — hätte er beinahe gesagt, wenn ihm nicht rechtzeitig die telephonische Warnung des Sekretärs dieses jungen Herrn eingefallen wäre.

Es lag natürlich ganz und gar nicht in seiner Absicht, den Arbeitern zu helfen; aber in dem internen Konflikt des Finanzblocks der Unternehmergesellschaft stand der alte Shibusaka gegen Okawa, und der junge Herr selbst, der die Arbeiterfrage studierte, war Anhänger der Demokratie. Er, Ynoshita, verachtete im Grunde die Gedanken des jungen Barons — aber warum vermahrte sich jetzt dieser Junge gegen seine Hilfe...

„Herr Ynoshita, ich dachte gar nicht, daß Sie so altmodische Ansichten haben.“

Das M. d. R. faßte mit schlanken Fingern den Rahmen seiner Brille und sah den Mann, der viel älter war als er, überlegen an.

„Also, Sie wissen noch nicht, daß sich mein Vater gestern mit Okawa getroffen hat?“

Die Situation wurde immer unverständlicher. — Ynoshita verlor seine ganze Würde.

„Wieviel Mitglieder der revolutionären Gewerkschaften, die hinter diesem Streik stehen, sind in Ihrer Fabrik? Können Sie das sagen?“

Der Abgeordnete war wieder überrascht.

„Ja, ich glaube zwanzig bis dreißig, aber das ist nicht so gefährlich.“

Er wollte schon die Teetasse nehmen, die der Page hereingebracht hatte.

„Hahahaha, deshalb haben Sie so...“

Seine Augen sagten: Idiotenhafte Ansichten, aber er verschluckte das Wort, nahm eine Zigarre aus dem silbernen Kasten und entzündete sie. Dann ganz ruhig und höflich: „Rauchen Sie auch?“ und sank tief in den Sessel.

Sein Benehmen hatte die hundertprozentige Wirkung. Ynoshita seine Blödheit endlich begreifen zu lassen.

„Das Zusammentreffen meines Vaters mit Okawa geschah auf meinen Vorschlag. Dieser Streik ist von größter politischer Bedeutung, deshalb habe ich die wirtschaftlichen Konflikte als nebensächlich zurückgestellt — ja — und habe meinem Vater vorgeschlagen und auch Herrn Okawa habe ich gesagt...“

Durch den Zigarrenrauch schimmerte die gestickte Rose des Fenstervorhanges, und es schien, als lächele sie Ynoshita verächtlich an.

„Aha, aha?“

Aber der Herr Stadtverordnete war immer noch nicht im Bilde.

„Ich habe den Charakter und die Funktion der Gewerkschaften in jeder Einzelheit studiert — und ich glaube jetzt, daß die Gewerkschaft dieser Streiker, denen Sie helfen wollen, nach russischem System aufgezogen ist, das ist mehr als eine nur ideelle Bewegung.“

Ynoshita fühlte, daß die greifbaren Vorstellungen, die er endlich zu fassen glaubte, schnell wieder verschwanden.

„Was heißt Gewerkschaft nach russischem System?“

Das junge M. d. R. war nervös:

„Das heißt, daß diese Gewerkschaft ihren Impuls von der russischen sozialistischen Sowjetrepublik bekommt.“

Der Stadtverordnete erstaunte:

„Ah, so — Kommunisten.“

„Noch nicht ganz, aber beinahe.“

Das junge Reichstagsmitglied war stolz. Jedenfalls brauchte er keine Bestätigung, ob seine Vermutung richtig sei oder nicht, aber nach Ansicht dieses neuen Ideologen, nach den Maßstäben seiner empirischen Erkenntnis, gehörten sie zu „Rot“ und waren ein Giftkraut, das man von der gut gepflegten Wiese der Menschheit ausreißen mußte.

„Wie Sie schon wissen, wird meine Seiyukai, die Partei, der ich angehöre, schon in den nächsten Tagen den kaiserlichen Auftrag zur Kabinettsbildung bekommen. In diesem Falle wird das Zusammentreffen zwischen Okawa und Shibusaka für die Politik des neuen Kabinetts von größter Bedeutung sein.“

Der Stadtverordnete saß naiv und etwas feige wie ein Schulkind da.

„Ueber die Frage der wirtschaftlichen Unternehmungen wird noch später zwischen meinem Vater und Okawa zu reden sein, aber im Augenblick sind sie einer Meinung. — Sie werden über die Abmachungen noch näheren Bescheid bekommen — und deshalb müssen Sie und die Herren der Druckereiunternehmervereinigung von diesem Schlichtungsausschuß zurücktreten.“

„Ja — ich bin einverstanden.“

Der Stadtverordnete war geschlagen.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310131-18/fragment/page=0009

Merseburg-Leuna-Querfurt

Sozialfaschisten wollen Erwerbslose einseifen

A.-K. Leuna. Am 24. Januar fand in Leuna eine Erwerbslosenversammlung statt, welche durch die starke Beteiligung der Erwerbslosen den Beweis erbracht hat, daß die Terrormaßnahmen der Sozialfaschisten gegen die Leiter der Erwerbslosenbewegung nichts genutzt haben. In seinen Ausführungen wies der Genosse W. darauf hin, daß die Verwaltung der Volksküche (Wohlfahrtskommission) den Preis des Mittagessens um 15 Pfennig herabgesetzt hat. (Bisher 75 Pfennig jetzt 60 Pfennig.) Man will Preisabbau demonstrieren. Es wurde jetzt eine Kommission gewählt, die ständig kontrollieren soll, ob evtl. Verschlechterungen des Mittagessens eintreten.

Genosse W. forderte mit allem Nachdruck auf, auch die Kleingewerbetreibenden über den Weg aus ihrer Notlage aufzuklären und sie in die Front der Werktätigen gegen verschärfte Ausbeutung durch die Diktaturregierung einzureihen. Der sozialdemokratische Gemeindevertreter Dieckc, der sich darüber entrüstet, daß die Kommunisten sich als Sprecher für die Kleingewerbetreibenden hergeben, hat kein Recht, als Vertreter der arbeitenden Bevölkerung zu sprechen. Hat er doch selbst erklärt, daß er nicht kämpfen könne, weil er sonst seine Position verlieren würde. Mit vielen Worten versucht dieser den Erwerbslosen die beabsichtigte Einführung der 40-Stundenwoche mit geringem Lohnausgleich schmackhaft zu machen. Unsere Genossen brachten den Beweis, daß von Vorteilen fast gar nicht die Rede sein kann, sondern daß die Nachteile — Kürzung der Erwerbslosenunterstützung infolge weniger Verdienst — für die Erwerbslosen der ausschlaggebende Faktor in ihren Entscheidungen sein müsse.

Auch diese Versammlung hat ganz klar zum Ausdruck gebracht, daß die Erwerbslosen bereit sind, zu kämpfen und nicht kampflos zu verrecken. — Dem Sozialfaschisten: Diecke raten wir, in Zukunft seine gemeinen persönlichen Angriffe gegen die führenden Genossen der Erwerbslosenbewegung zu unterlassen.

Erwerbslose von Leuna! Erkennt, wohin euch die Sozialfaschisten führen! Der Weg, den sie euch raten zu gehen, bringt noch mehr Verelendung. Klärt die Arbeiter auf, die jetzt noch hinter den sozialfaschistischen Führern stehen. Baut mit an der Einheitsfront der Werktätigen gegen alle Unterdrückung. Schließt euch der RGO an. Diskutiert mit den Leunaarbeitern über die bevorstehenden Betriebsrätewahlen! Schafft die Einheitsfront zwischen Erwerbslosen und Betriebsarbeitern.

LLL-Feier in Leuna

A.-K. Die IAH-Ortsgruppe Leuna veranstaltete am 24. Januar im Rahmen einer Filmveranstaltung eine LLL-Feier. Der Besuch war sehr gut. Ein Vertreter der Bezirksleitung zeigte in seinen Ausführungen den Anwesenden den Verrat der Faschisten sowie Sozialfaschisten. Ferner wies er im Laufe seiner Ausführungen auf die Schuldigen an dem heutigen Elend hin und zeigte den Ausweg aus Not und Elend.

Während der Vorführung des Filmes „10 Tage, die die Welt erschütterten!" kam es zu spontanen Kundgebungen. Alle Anwesenden sangen demonstrativ die Internationale.

Es wurden verschiedene Aufnahmen für die Partei und die IAH gemacht.

Ferner gingen durch Tellersammlung 2,90 M. ein.

Arbeiter-Eltern von Kötzschen, aufgemerkt!

A.-K. Mit aller Macht führt das Pfaffentum den Kampf gegen die Massenaustritte aus der Kirche. Jedes Mittel wird versucht, um die Arbeiter zu bekehren, daß die Kirche auch ein Herz hat für die Armen. So denkt auch der Pastor Bartsch von Kötzschen. Nach dem alten Sprichwort „Wasser into freilich nicht" sondern „Wurst und Brötchen". — Hatte er doch am Sonntag alle Kinder zu sich eingeladen. Alle Kinder bekamen Kaffee und Kuchen, dann belegte Brote und zum Abschied erhielt jedes Kind eine Mandarine. Der Pastor hat aber seinen Dienst dabei, denn er muß auspassen, daß nicht ein Kind von so einem bösen Kommunisten dabei ist.

Herr Pastor! Wir als Kommunisten pfeifen auf Ihre Almosen. Wir werden die Arbeiterschaft aufklären und führen im Kampfe gegen dieses Nachtertum. Der letzte Arbeiter wird einsehen, daß die Kirche nur da ist zur Verdummung der Arbeiterklasse. Dann wird Schluß gemacht mit **eurem Himmelreich auf Erden.**

Deshalb Arbeiter von Kötzschen! Heraus aus der Kirche, befreit eure Kinder vom Religionsunterricht.

Meuterei in der „Arbeitsdienstpflichtschule" Torgau

A.-K. Torgau. In Preußen müssen jetzt bekanntlich die jugendlichen Erwerbslosen weiter die Fortbildungsschule oder sonstige Kurse besuchen. Die Unterrichtsstunden sind von 6 auf 20 pro Woche erhöht worden. Als nun vor einigen Tagen bei Beginn des Unterrichts in der Torgauer Schule einige Schüler lachten, wies sie der Lehrer aus der Klasse. Darauf meuterten die gesamten Jugendlichen der betreffenden Klasse. Der Lehrer, der nun einsah, daß er so nicht weiter kam, ging nach der Stunde zum Direktor und nahm die beiden Schüler mit. Die Schüler der Klasse hatten sich draußen versammelt und machten ihrer Empörung Luft. Sie forderten, daß die beiden Schüler nicht bestraft werden. Schließlich, als einige Fensterscheiben zerkracht hatten, rief der Direktor die Polizei an und die Straßen wurden „gesäubert".

Jugendliche Erwerbslose! Wahrscheinlich wird man euch jetzt die Unterstützung sperren wollen! Laßt euch das nicht bieten! Ihr seid in diesen Schulen zu willigen Objekten für die Ausbeutung erzogen werden. Das Arbeitsdienstpflichtgesetz soll auf diese Weise vorbereitet werden.

Schließt euch im KJVD zusammen! Kämpft gegen das drohende Arbeitsdienstpflichtgesetz! Kämpft für die Befreiung aus Not und Elend.

Schreudit. Eine Windmühle vom Feuer vernichtet. Die auf dem Rohberg bei Wehlitz gelegene Schmeißke Windmühle ist durch ein Schadenfeuer vollständig eingeäschert worden. Mitverbrannt sind etwa 200 Zentner Getreide und andere Ernte-vorräte.

Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Harnack diktiert, seine SPD-Genossen müssen gehorchen

A.-K. Rasberg. Die letzte Gemeindevertretersitzung stand wieder einmal unter dem Zeichen unlösbarer Finanzschwierigkeiten. Die Bewohner des neuen Gemeindehauses hatten beantragt, die hohen Mieten zu senken. Trotzdem daß 800 Mark Miete pro Jahr mehr eingenommen werden, als die Zinsen für das ausgegebene Kapital betragen, wird der Antrag abgelehnt. SPD und Bürgerliche stimmten dagegen. Die Genossen der KPD wiesen besonders darauf hin, daß dem rigorosen Lohnabbau doch endlich der versprochene Preisabbau folgen müsse. Sie brandmarkten mit aller Schärfe die SPDisten, die immer nur mit Phrasen um sich schmeißen, aber wenn es daran geht, der Arbeiterschaft zu helfen, versagen.

Der Kirchensozialist Harnack hat der Gemeinde einen Schreibbrief geschickt, worin er mitteilt, daß die von der Gemeinde mitbeschlossenen Zuschläge zur Grundvermögensteuer herabgesetzt werden. Und zwar bestimmt Harnack, daß die Grundvermögensteuer für den bebauten Boden von 350 Prozent auf 350 Prozent, für unbebauten Boden von 400 Prozent auf 400 Prozent ermäßigt wird. Nach der Harnack-Verfügung ist also die Ermäßigung für die Grundbesitzer 50 Prozent höher, als für die kleinen Hauswirte. Die Zuckerfabrik, die in der Gemeinde viel Feld hat, und auch der Gutsbesitzer Deckwitz haben also den größten Vorteil davon. Die Kleinen aber müssen wieder bluten.

Genosse Gippner forderte die Zuhörer auf, mit allen Kräften an der Schaffung der Einheitsfront aller Werktätigen zu arbeiten. Interessant ist, daß der Ortsvorsteher Scheffel (SPD) darauf äußerte: **„Ich glaube selbst, daß wir unseren Führern die Einheitsfront zu schaffen ist".** Daraus muß die gesamte Arbeiterschaft lernen.

Als der Bürgerliche Berger erklärte, der Kapitalismus sei nicht schuld an diesem Elend, wurde er von den Zuhörern ausgelacht. Dieser versteckte Nazi forderte daraufhin den Gemeindevorsteher auf, dafür zu sorgen, daß den Kommunisten die Möglichkeit genommen wird, im Gemeindeparlament große Politik treiben (hu wie sie sich fürchten!) Wir sagen Berger ausdrücklich, daß wir mit verdoppelter Kraft schaffen werden, um die Einheitsfront aller Werktätigen auch in Rasberg zustande zu bringen.

Erfolgreiche LLL-Feier der KPD in Freyburg

A.-K. Vergangene Woche fand die LLL-Gedächtnisfeier der Freyburger Arbeiterschaft im Schützenhaus statt. Rote Transparente von Lenins, Liebknechts und Luxemburgs Bildnis und mit der Aufschrift in die KPD einzutreten, schmückten den Saal. Zirka 350 Personen füllten den Saal. Bis jetzt war dies die bestbesuchteste Veranstaltung der KPD am Orte.

Mit Interesse wurden die Referate der Genossin Trudel und Gen. Kirsch verfolgt, welche mit ergreifenden Worten des Opfer und Wirkens unserer drei toten Führer gedachten.

Mitwirkende an diesem Abend war die Schalmeienkapelle Naumburg und die „Rote Schmiede" Halle. Alles war mitgerissen von der Kraft dieser Truppe. Der Ueberschuß der Broschürenverlosung betrug 3,— M, welcher dem Arbeiterkinderheim Ruhla überwiesen wurde.

Außerdem wurden vier Aufnahmen für die Partei und fünf für den KJVD getätigt.

Wir sehen also, daß es auch hier in Freyburg, der Nazi-Hochburg vorwärts geht. Darum Arbeiter von Freyburg, tretet ein in die Kommunistische Partei, denn sie allein ist unsere Führerin.

Der Sozialfaschist Neubert als Verleumder an den Pranger

A.-K. Wählitz. Das Gemeindeoberhaupt unserer Gemeinde versucht, sich im „Schwindelbogen" wegen unserem Bericht im „Klassenkampf" zu verteidigen. Es ist der Beweis erbracht, daß er mit gewissen Mark mitzt. Die Bewilligung von 40 Mark Zulage für die Gemeinemachefrau Lippert kam nicht in Frage, trotzdem es doch bekannt ist, daß Frau Lippert dieses Geld wirklich sehr verdient hätte. Neubert steht es bei Neubert aus. Der traut sich für seinen Ortsvorsteherposten die nette Entschädigung von 1150 Mark bewilligen. Frau Lippert kommt für ihre Arbeit in der Schule das ganze Jahr über für 120 Mark. Ist das nicht ein ganz gewaltiger Unterschied, der sich finden ist.

Wegen der Anwürfe gegen den Berichterstatter des „Klassenkampf" raten wir Neubert und Genossen dringlich, vor der eigenen Tür zu kehren. Die Einwohner von Wählitz sind genau unterrichtet sowohl über die Haltung und Stellungnahme der Kommunisten wie über die der Sozialdemokraten und sie können sich ein besseres Urteil bilden. Wir haben gefordert, daß die Riebeck-Montangesellschaft stärker besteuert wird, damit die Schulden der Gemeinde zum Teil abgetragen und die Erwerbslosen und Bedürftigen besser unterstützt werden können. Ein solcher Vorschlag gefällt natürlich den Herren Sozialfaschisten nicht.

Wir werden in allernächster Zeit eine öffentliche Einwohnerversammlung einberufen, und wir hoffen, daß dann die Herren, die ständig gegen uns in Anwürfen ergehen, in dieser Versammlung erscheinen und dort einmal eine „Anklagerede" halten. Dann wird die Einwohnerschaft entscheiden, wer eine Arbeiterpolitik betreibt und wer eine arbeiterfeindliche Politik macht.

Am 29. Januar findet im Fuchsischen Lokal eine Gemeindevertretersitzung statt. Dort sollen neue Steuern beschlossen werden. Ferner wird über eine Nachtragsbewilligung für den Kreis verhandelt. Die Genossen hat hier die Mehrheit. **Arbeiter und Arbeiterinnen! Besucht die Sitzung! Ueberzeugt euch, wer die Interessen der Arbeiterschaft vertritt.**

Mißlungene Aktion der Bürgerblockmeute von Nebra

A.-K. Nebra. Die von dem Stadtverordnetenvorsteher und Junkervertreter Mayn einberufene Stadtverordnetenversammlung war eine Enttäuschung für diesen großen Reaktionär, da sie ihn um seine Hoffnungen betrog. Diesem Reaktionär mit seiner bürgerlichen Meute war es ein gefundenes Fressen, daß einer unserer Genossen sein Mandat niedergelegt hatte. Diese Herren dachten einen leichten Sieg über die Kommunisten zu erringen, indem sie die Wahl des Büros auf die Tagesordnung gesetzt hatten.

Nach Verlesung des Protokolls durch den treudeutschen Schulmeister Reinhardt wurde von der Arbeitsgemeinschaft der Linken der Antrag gestellt, die Neuwahl des Büros von der Tagesordnung abzusetzen, bis der Vertreter der Kommunisten nachgerückt ist und somit das Los zu entscheiden hat. Für die bürgerliche Meute gab der arme bankrotte Schneckenbäcker Martin die Erklärung ab, den Antrag abzulehnen.

Mit dem armen Konfirmanden, der in Nebra das 3. Reich so recht verkörpert und seine Tätigkeit im Betrieb Schneider als Faschist in Reinkultur entwickelt, werden wir uns demnächst im „Klassenkampf" befassen müssen. Nach Ablehnung durch die zufällige bürgerliche Mehrheit verließen die Kommunisten und die Arbeitsgemeinschaft der Linken die Sitzung und machten dadurch die Neuwahl des Büros unmöglich.

Die Festsetzung einer Pension des früheren Bürgermeisters Müller wird zurückgesetzt, da der Stadt durch Zinsen Unkosten entstehen. Unter Punkt 3. Benennung der neuen Straße am Reinsdorfer Weg, schlägt der Sozialdemokrat Franz Schmidt vor, dieselbe Friedrich-Ebert-Straße zu benennen (allgemeine Heiterkeit bei den anwesenden Arbeitern), unter besonderem Hinweis, die nächsten zwei neuen Straßen Hindenburg- und Hitlerstraße zu nennen. Unser Genosse Jenel beantragt, da die Straße nach Osten führt, und dort die Zukunft der Arbeiterschaft liegt, die Straße nach dem großen Führer des Weltproletariats, Lenin, zu benennen.

In einer anschließenden geheimen Sitzung drohte der Bürgerblockdiktator, mit den schärfsten Maßnahmen gegen die revolutionäre Arbeiterschaft bei Sitzungen vorzugehen.

Durch Einführen von Karten und Richtzulassen von Jungarbeitern unter 18 Jahren will er die Arbeiter knebeln. Unsere Genossen treten diesem Faschistenhauptling entgegen und sie werden die Arbeiterschaft auffordern, die Sitzungen nach zahlreicher zu besuchen.

Den Vertretern der „Arbeiterliste" sagen wir, daß sie noch viel energischer gegen die faschistischen Methoden dieses Großagrariers auftreten müssen. Sie müssen sich darüber klar sein, daß eine Vertretung von Arbeiterinteressen nur unter dem bedingungslosen Zusammengehen und dem Zusammenschluß mit der KPD möglich ist.

Die Arbeiterschaft von Nebra aber wird diesem Mussolini eine gute Antwort erteilen, indem sie sich im Kampf und gegen den Faschismus organisiert. Es wird eine Zeit kommen, Herr Mayn, wo Sie nicht mehr wie ein alter schlauer Fuchs ihre „christliche Nächstenliebe" gegenüber den Erwerbslosen betzeigen können. Dann ist unsere Zeit da!

SPD-Bonzen fürchten die Aufklärung der Arbeiter

A.-K. Nonnewitz. Unsere erste öffentliche Versammlung war ein guter Auftakt für die bevorstehende Gemeindewahl. Der Landtagsabgeordnete Böttcher zeigte vor den zahlreichen Besuchern die tieferen Ursachen der Weltwirtschaftskrise auf. Am Schluß seiner Ausführungen wies er besonders auf die Planwirtschaft des Arbeiterstaates hin und zeigte an Hand des Aufbaues in der USSR, daß der Weg, den die russische Arbeiter- und Bauernschaft gegangen ist, der einzig richtige ist und auch von dem deutschen werktätigen Volke gegangen werden muß. Die ganze gewaltige Mitschuld der SPD an diesen Zuständen wurde treffend charakterisiert. Ebenso wurden die Nazis in ihrem verbrecherischen Treiben entlarvt.

Der Berichterstatter des „Volksboten", der seine Lügenberichte in der Zeitung immer nicht groß genug machen kann, war anwesend und wir nahmen an, daß er sich in der Diskussion äußern würde. Er wagte es nicht, und wird wohl nun wieder im „Volksboten" einen großen Lügenartikel verzapfen. Die SPDisten hatten uns gesagt, sie würden nicht in die Versammlung kommen, „um den Bruderkampf damit zu unterbinden". Damit wollen sie auch die irregeleiteten SPD-Arbeiter und Arbeiterfrauen von dem Besuch unserer Versammlungen abhalten. Dieses Gerede ist natürlich nur Demagogie, weil sie verhindern wollen, daß ihre Nachläufer die Wahrheit hören.

Am Vormittag des Versammlungstages ist so ein kleiner SPD-Bonze in der ganzen Siedlung herumgelaufen und hat alle aufgefordert, ja nicht in die Versammlung der KPD zu gehen. Wir werden also hier mit einer gründlichen Hausagitation nachhelfen.

Einwohner von Nonnewitz! Holt euch Aufklärung und hört die Wahrheit! Kommt alle in unsere Versammlungen, die am 1. Februar bei Wölmer und am 15. Februar nachmittags 2 Uhr im Gasthof Berlich stattfinden. Laßt euch nicht von den demagogischen Phrasen der SPD benebeln! Urteilt selbst!

Bergholz biegt die Kundgebung der SPD-Arbeiter gegen den Faschismus in eine Kundgebung für die Republik um

A.-K. Zeitz. Es ist richtig, über tausend Arbeiter waren auf den Beinen, wie so triumphierend der „Volksbote" schreibt, als am Mittwoch die SPD zur Kundgebung gegen Faschismus aufgerufen hatte. Aus Stadt und Land hatte man die unter reformistischem Einfluß stehenden Sportvereine usw. zusammengezogen. So waren also 1200 Arbeiter und Arbeiterfrauen zusammengekommen. Mindestens aber dreimal so viel Arbeiter belegten die Straßen unserer Stadt, weil sie wohl gegen Faschismus kämpfen wollen, aber mißtrauisch gegen eine Aktion, die von Bergholz geführt wird, stand.

Die Nazis hatten ihre im Schützenhaus anberaumte Versammlung in eine andere Saal verlegen müssen, weil Krüger in Weißenfels ihre Versammlung verboten hatte. Auf dem Schützenplatz saß Bergholz eine Rede vom Stapel, wie man es von ihm ja schon gewöhnt ist. Revolutionäre Phrasen waren die Hauptsache. Wer daran schuld ist, daß der Faschismus so stark geworden ist, das sagte er natürlich nicht. Auch daß er selbst, der „große Albert", während seiner glorreichen Reichstagsabgeordnetenzeit mit am Erstarken des Faschismus gewirkt hat, verschwieg er.

Am Schluß der Kundgebung nach der Demonstration ließ er ein „Frei Heil" auf unsere Republik, die man schützen müsse, ausbringen!

So also wird das Ding gedreht. Unter der Parole „Kampf dem Faschismus", von der man weiß, daß sie alle Werktätigen auf die Beine bringt, ruft man auf und dann mißbraucht man die Werktätigen und macht eine Kundgebung für die kapitalistische Republik daraus. Unter den Arbeitern war eine große Enttäuschung zu bemerken.

Arbeiter und Arbeiterfrauen von Zeitz! Sportler und Sportlerinnen! **War das Kampf gegen den Faschismus, den Bergholz mit seinem „Frei Heil" für die Republik verkündet hat? Wer für diese Republik, in der nur noch mit faschistischen Diktaturbestimmungen regiert wird, eintritt, der tritt für den Faschismus ein!**

Erkennt also diese Demagogie der SPD-Bonzen! Kehrt euch ab von ihnen! Kämpft mit denen gemeinsam, die den Kampf gegen den Faschismus ernst nehmen und wirklich führen. Werdet Mitglieder des Kampfbundes gegen Faschismus. Reiht euch ein in die KPD., die Führerin aller Werktätigen im Kampf gegen Faschismus!

Genossenschaftler rufen

Verstärkt die Arbeit der Genossenschaftsopposition

A.-K. Schleitz. In der Mitgliederversammlung des Konsumvereins beschwerten die Genossen der Opposition die Minderwertigkeit einiger Waren und erhoben besonders noch Protest, daß diese schlechteren Waren teurer verkauft wurden, in anderen Konsumvereinen, wie zum Beispiel im Konsumverein Dessau, der auch noch mehr Rückvergütung zahlt wie der Konsumverein Bitterfeld. Die Opposition verlangte Beseitigung dieser Mißstände und wurde deshalb von den Reformisten, die hier in diesem Konsumverein Bitterfeld haben, aufs heftigste angegriffen. Nicht genug konnten die Reformisten, besonders das Vorstandsmitglied Wels, gegen die Opposition hetzen. Besonders die Halle hat es ihnen angetan, und es gibt nichts Schlechteres, wenn dem roten Konsumverein von seiten der Reformisten nicht ein Rockschöße hängen will.

Die Genossen der Opposition wiesen in aller Gründlichkeit welch schäbige Rolle die GEG und die Reformisten bei dem Kampfung der roten Genossenschaften spielen. Gegen den „Klassenkampf" hetzte Wels auch in der schlimmsten Weise. Er behauptete, daß der „Klassenkampf" die Arbeiterorganisationen, besonders die Genossenschaften ausplündert, indem er für Inserate zum Beispiel das Vierfache wie das bürgerliche „Tageblatt" und die „Freie Presse" verlange. Warum der „Klassenkampf" so hohe Inseraten, das sagte Wels natürlich nicht. Wir aber wissen schon der Arbeiterschaft sagen. Erstens einmal hat die kommunistische Zeitung keine Zuwendungen von Kapitalisten, und zweitens ist der „Klassenkampf" eine viel höhere Auflage und ein viel größeres Verbreitungsgebiet als diese Wurstblätter. Die Opposition lachte einen Wels nicht mundtot machen und machte kräftige Zwischenrufe, worauf Wels voll Wut mit dem Hinausschmeißen drohte.

Genossenschaftler! So sieht die Neutralität, die von Wels so hervorgehoben wird, aus! Jetzt darf kein Genossenschaftler seine freie Meinung sagen, ohne daß ihm gedroht wird und sich nach durch Polizei aus dem Saale geschmissen zu werden.

Wir werden uns selbstverständlich als Opposition nicht einsetzen lassen, sondern werden unsere Aufklärungsarbeit über die der sozialfaschistischen GEG gegenüber Arbeiterorganisationen verstärkt fortsetzen. Genossenschaftler! Helft uns bei dieser Arbeit im Interesse der gesamten Proletariats! Stärkt die Reihen der Genossenschaftsopposition.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310131-18/fragment/page=0010

Stadtverordnetensitzung in Gerbstedt

Unter Druck der Arbeiterschaft muß das Fuhrerkartensystem fallen gelassen werden

A.-K. Gerbstedt. Vor der letzten Stadtverordnetensitzung zeigte sich, wie stark die Auswirkungen des von der SPD und den Nazis eingeführten Einlaßkartensystems waren. Viel mehr Leute wie bisher wollten nun gerade den Stadtverordnetenversammlungen beiwohnen. Sie beauftragten, da alle Karten längst verteilt waren, die kommunistische Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung einen Antrag zu stellen, die Einführung der Einlaßkarten aufzuheben. Die Polizei war schon lange vor Beginn der Sitzung da und achtete genau darauf, daß nicht ein einziger Einwohner ohne Karte in den Sitzungsraum schlüpfen konnte.

Kurz vor Beginn der Sitzung stellte die kommunistische Fraktion einen Antrag auf Aufhebung der Einlaßkarten; 2. einen Antrag auf Amtsniederlegung unseres wegen dem Aufruf zum Steuerstreik angeklagten, aber vom Halleschen Schöffengericht freigesprochenen Genossen Salzer in sein Amt. Es wurde beschlossen, den ersten Antrag in den festgelegten Tagesordnungspunkten zu verhandeln. Die Behandlung des zweiten Antrages aber lehnte Knopf ab, „um Rechtsstreitigkeiten zu werden".

Sofort stellte unsere Fraktion eine Anfrage an den Magistrat, warum man gegen die faschistischen Ausschreitungen gegen den Lehrer Stadtverordneten Lehrer Ischöret unternommen hat. Dieser Ischörnet hat sich erlaubt, als Vorsitzender des Schulausschusses für Jugendpflege unsere Genossin Stadtverordnete Frau Grobsch an der Ausübung ihres Mandats dadurch zu hindern, daß er sie von einer Sitzung ausschloß, weil die KPD staatsfeindlich sei! Außerdem nahm sich dieser Lehrer heraus, den Schrankt, wo die Kommunistische Jugend bisher zur Aufbewahrung ihrer Sachen gehabt hat, polizeilich wegnehmen zu lassen. Der Bürgermeister erklärte, daß er erst Informationen einholen müsse, ehe er Stellung nehmen könne.

Von den verstorbenen Ratsherrn und Stadtverordneten Barthel wurde zum SPD-Leute eingeführt. Bei der Neuwahl des Büros wurde das Los zwischen unserem Genossen Fügner und dem Sozialdemokraten Knopf entscheiden. Knopf wurde wiederum Stadtverordnetenvorsteher. Der Posten des zweiten Stadtverordnetenvorsteher wurde von unserem Genossen Fügner besetzt.

Gegen die Vergnügungssteuer sprachen und stimmten nur die kommunistischen Fraktionsmitglieder. Die SPD war natürlich dafür zu haben, daß die Arbeitervereine durch diese Steuer noch vollends auf den Hund gebracht werden.

Von einigen unwesentlichen Punkten ist die Einführung der Geschäftsordnung noch hervorzuheben. In zwei nichtöffentlichen Sitzungen wurde diese durchberaten und dort wurde natürlich die SPD und bürgerlicher Fraktion genügend gehuldigt. Genossin Grobsch brandmarkte diese neue Geschäftsordnung als solch und wies darauf hin, daß sie ihre Anwendung nur gegen Kommunisten finden würde.

Bürgermeister Knopf erklärte, er sei stolz auf diese Geschäftsordnung.

Die Einheitsfront zwischen sozialdemokratischen und bürgerlichen Stadtverordneten trat hier klar zutage. Bei Bekanntgabe der Etatsberatung stützte man sich voll und ganz auf die Negersteuer, deren Ertrag man jedes Loch zustopfen will. Genosse Brosowski wies nochmal auf die ganze Schändlichkeit dieser Steuer hin. — Von der kommunistische Antrag für Aufhebung der Eintrittskarten für die Stadtverordnetenversammlungen beraten wurde, wurde die SPD-Stadtverordneten unter dem Druck der Arbeiterschaft für die Abschaffung der Einlaßkarten.

Die Einwohner von Gerbstedt! Ihr könnt eure Vertreter jetzt ungehindert kontrollieren. Besucht mehr wie je die Versammlungen! Besonders die SPD-Arbeiter und Arbeiterfrauen müssen alle hingehen.

Werden bei dieser Gelegenheit erkennen, daß sie sich loslösen von der SPD und deren Vertreter im Stadtparlament. Die Einheitsfront aller Werktätigen muß geschaffen werden und alle Anhänger werden durch die Handlungsweise der Sozialfaschisten von dieser Notwendigkeit überzeugt. Hinein in die Kommunistische Partei! Kämpft mit dem klassenbewußten Proletariat für Befreiung aus Not und Elend.

Mansfeld-Sangerhausen

Severing-Polizei führt Gummiknüppelattacken gegen SPD-Arbeiter durch

Arbeiter, zieht daraus die Konsequenzen!

A.-K. Eisleben. Am 27. Januar veranstaltete die SPD und das Reichsbanner in Eisleben eine öffentliche Versammlung im Volkshaus. Das Thema lautete: „Hitler auf dem Bauch", der Referent war ein Major Mayr aus München. Nach der Meinung sehr vieler SPD-Arbeiter und indifferenter Versammlungsbesucher hätte das Thema eigentlich lauten müssen: **„Reichsbannerleute führen eine Maskerade vor ihren Führern auf".** So war es nämlich. 40 jugendliche Reichsbannerleute mußten in der mittleren Reihe des Saales Aufstellung nehmen und als Major Mayr im Saal erschien, wurde kommandiert: **„Achtung! Die Augen links — Augen rechts! — und würdevoll durchschritt der „Genosse" Major Mayr das Ehrenspalier."** Viele SPD-Arbeiter konnten hier verdrehten, denen bei diesem Theater die Schamröte ins Gesicht stieg.

In seinem Referat stellte Mayr das kommunistische Manifest von Karl Marx als ein „Lehrlingswerk" hin, das natürlich noch hätte sehr viel umgeändert werden müssen. Von den außenpolitischen Geschehnissen und von der Weltwirtschaftskrise wußte Mayr nichts zu sagen. Auch von den Nazis brachte er nichts Neues.

Vor der Versammlung waren die Reichsbannerleute auf dem Markte aufmarschiert. Sofort sammelten sich dort auch 50 Nazis, meist Schüler und jüngere Arbeiter, an. Die Polizei sperrte darauf den Markt ab und es kam zu keinen weiteren Zusammenstößen. — Nach Schluß der Versammlung wurden die SPD- und die Reichsbannerleute von Mayr aufgefordert, geschlossen nach dem Markt zu marschieren. Dort hatten sich die Nazis inzwischen auch wieder eingefunden und jetzt ging aber die Polizei mit einer wüsten Gummiknüppelattacke gegen die Versammelten vor. Die Nazis waren sehr schnell verschwunden.

Nun erhielten die SPD-Arbeiter, und besonders die Arbeiterfrauen, von der schneidigen Polizei unbarmherzig Gummiknüppelhiebe. Die geprügelten Arbeiter und Arbeiterfrauen müssen jetzt daran denken, daß es die Polizei ihres Genossen Severing war, die sie verprügelt hat.

Sie müssen aus dieser Tatsache die Lehre ziehen, mit der SPD zu brechen, und sich der Partei des Klassenkampfes, der KPD anschließen.

NSDAP auf Dummenfang

A.-K. Hergisdorf. Den Arbeitern und Kleingewerbetreibenden von Hergisdorf wurde vor einigen Tagen ein Schreiben zugestellt, in welchem die Empfänger aufgefordert wurden, in eine Gründungsversammlung der NSDAP in Hergisdorf zu kommen. In diesem Schreiben heißt es u. a.: „Da wir Grund zur Annahme haben, daß auch Sie mit dem Tun und Lassen unseres heutigen Regierungssystems nicht einverstanden sind, so hoffen wir bestimmt, Sie am Sonntag begrüßen zu können." — Das ist doch eine ganz große Demagogie der Nazis. „Tun und Lassen" des heutigen Regierungssystems! Wer gibt dem Tun dieser faschistischen Regierung denn die Zustimmung? Sind es nicht die Führer der NSDAP, die zum Beispiel erst vor einigen Wochen der Mansfeld AG und damit jüdischen Großkapitalisten 7 Millionen Mark Subventionen bewilligt haben?!

Mit den Maßnahmen der Regierung ist heute die gesamte werktätige Bevölkerung nicht mehr einverstanden. Das ist sicher. Und auf Grund dieser Tatsache denken jetzt die Nazis wieder die Werktätigen einfangen zu können.

Wir sagen den Einberufern dieser Versammlung, daß sie in Hergisdorf genau eine solche Pleite erleben werden, wie vor kurzem in Ahlsdorf, wo die Versammlung der NSDAP von Genossen der KPD mit dem Gesang der „Internationale" geschlossen wurde und fast alle Besucher der Versammlung auf seiten der Kommunistischen Partei standen. Schon wenn die Einwohner von Hergisdorf hören, wer die hiesigen Blüten der NSDAP sind, dann haben sie die Nase voll. Herr Krummhaar und Herr Lämmche sind beide bekannt in Hergisdorf!

Arbeiter von Hergisdorf! Gebt diesen Elementen die richtige Antwort, indem ihr euch in die Front des klassenbewußten Proletariats einreiht! Hinein in die Organisationen des revolutionären Proletariats!

Warnung vor einem Schwindler

Sangerhausen. Die Ortsgruppe Sangerhausen sieht sich veranlaßt, die gesamte Arbeiterschaft in der näheren und weiteren Umgegend Sangerhausens zu warnen vor dem ehemaligen Parteimitglied Willi Hartmann, der in engster Verbindung mit den Nationalsozialisten steht. Hartmann ist der Partei schon länger als Großsprecher bekannt, der sich nicht scheute, die unsinnigsten Gerüchte und gemeinsten Verleumdungen gegen die Internationale Arbeiterhilfe und eine Reihe von Parteigenossen in die Welt zu posaunen, für die er stets die Beweise schuldig blieb. Ferner hat H. einmal auf Sammellisten der Roten Hilfe gesammelt, ohne den vollen Betrag abzurechnen, während er angab, die Liste sei ihm verloren gegangen. Der von ihm selbst angegebene gesammelte Betrag ist bis heute nicht abgeliefert und hat er damit den gemeinsten Streich gegenüber den politischen Gefangenen verübt. H. ist seinem Ausschluß aus der Partei zuvorgekommen und geben mir hiermit diesen großsprecherischen Pronokateur und Verleumder der Verachtung der gesamten Arbeiterschaft preis. Stadtleitung der KPD Sangerhausen.

Langenbogen. (RGO-Versammlung.) Am Sonnabend, dem 31. Januar, 20 Uhr, findet im Lokal „Obstweinschenke" eine öffentliche Versammlung der Revolutionären Gewerkschaftsopposition statt. Alle Arbeiter, Angestellte müssen erscheinen und dem Vertreter der Revolutionären Gewerkschaftsopposition zuhören.

Bezirkskomitee der RGO.

Delitzsch-Torgau-Liebenwerda

Gute LLL-Feier in Elsterwerda

A.-K. Elsterwerda. Der KJVD, Ortsgruppe Elsterwerda, und die Jungpioniere von Elsterwerda hatten eine LLL-Feier organisiert. Die Stadt Elsterwerda hatte den großen Saal der Präparandenanstalt zur Verfügung gestellt. Eine große Anzahl indifferenter Arbeiter und Arbeiterinnen waren dem Rufe des Jugendverbandes gefolgt. Der Genosse Karl Hirsch aus Pröfen zeigte auf, was wir unseren großen Führern zu verdanken haben und wies darauf hin, daß es jetzt gilt, alle Kräfte zu mobilisieren, um das begonnene Werk unserer Führer zu vollenden. An der Ausgestaltung des Abends trugen auch der hiesige Mandolinenklub, ein Sprechchor der Jugend und der Jungpioniere bei. Besonderen Beifall bekam eine junge Genossin für einige gute Rezitationen.

Die LLL-Feier verlief zur allgemeinen Zufriedenheit, und wir hoffen bestimmt, durch diese Veranstaltung den Grund gelegt zu haben, um Mitglieder für die Kommunistische Partei und den KJVD zu gewinnen.

Es geht vorwärts auf dem Lande

A.-K. Ortrand. Die in vergangener Woche von der KPD einberufene Versammlung war sehr gut besucht. Die Ausführungen des Genossen Wilk, Stadtverordneter in Senftenberg, der über das Thema „Weltwirtschaftskrise und ihre Auswirkungen auf die Kommunen" sprach, wurden mit allgemeiner Aufmerksamkeit und vielem Beifall aufgenommen. Ueber den Kreistag informierte Genosse Thießler die Anwesenden.

Da jetzt die Diskussion in der Oeffentlichkeit wegen der Bürgermeisterwahl ziemlich lebhaft geführt wird, wurde von dem Referenten klar zum Ausdruck gebracht, daß wir diese Fragen nur unter dem Gesichtspunkt behandeln, welche Forderungen der arbeiterden Schichten der Bürgermeister anerkannte und durchführte. Wir werden uns in der Presse und in Versammlungen immer wieder dazu äußern.

Einige Aufnahmen für die Partei und die Gewinnung einiger Leser für den „Klassenkampf" waren der Erfolg des Abends. Weiter so, Genossen, auch in unserem Orte geht es unaufhaltsam vorwärts.

Alpdrücken im Lager der bürgerlichen Stadtväter in Pretzsch

A.-K. Pretzsch. Die erste Stadtverordnetensitzung 1931 sollte ganz nach dem Motto „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht" verlaufen. Zuerst sah es auch so aus, denn die Neuwahl des Stadtverordnetenvorstehers sowie der verschiedenen Kommissionen wurde reibungslos erledigt. Dann platzte eine unangenehme Bombe in der Angelegenheit der Rechnungslegung über die Dachrenovierung verschiedener öffentlicher Gebäude. Von fachmännischer Seite wird behauptet, daß so viele Schiefer, wie auf der Rechnung stehen, gar nicht auf das Dach gehen. Da muß doch etwas nicht stimmen.

Wir fordern, daß diese Angelegenheit gründlich nachgeprüft wird. Es sind Steuergroschen, mit denen hier gewirtschaftet worden ist und die Steuerzahler haben ein Recht, hierüber genaue Auskunft zu bekommen. Ebenso verlangen wir, daß Aufklärung gegeben wird über die Reparaturen, die in der Gasanstalt vorgenommen worden sind.

Es ist schon so, daß man in Pretzsch scheinbar für alle Dinge Geld hat, nur nicht für die Erwerbslosen. Die Erwerbslosen, die so dringend notwendig Feuerung für den Winter gebrauchen, haben ein paar Zentner Kohlen bekommen — auf Abzahlung! Wo aber ist das Holz geblieben, das im Pretzscher Walde gefällt worden ist? Jetzt sollen sich die Erwerbslosen einen schäbigen Rest des Holzes, das man bald verfault ist, holen. **Die Erwerbslosen fassen das als eine Verhöhnung auf. Arbeit fordern die Pretzscher Erwerbslosen und deshalb verlangen sie, daß alle Wege von seiten des Magistrats gegangen werden, um Arbeit zu beschaffen. Es darf nur nichts lange hinausgeschoben werden.** Zum Beispiel spricht man davon, daß die Vorarbeit um einen Plan für den Brückenbau auszuarbeiten, zwei Jahre dauern werde. In der Zeit können die Erwerbslosen ein paarmal verdungen. Der Magistrat und mit ihm die bürgerlichen Stadtverordneten dürfen kein Mittel unversucht lassen in der Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten.

Erwerbslose von Pretzsch! Die Kommunisten vertreten eure Forderungen, kämpft mit der Kommunistischen Partei für ein Arbeiterdeutschland, das für alle Arbeit und Brot hat.

Creußa (Kreis Delitzsch). Ein Raubüberfall wurde hier von zwei bisher unbekannten Männern verübt. Die beiden drangen in das Geschäft eines Fleischermeisters ein und versuchten, die Ladenkasse an sich zu reißen. Die Frau des Geschäftsinhabers, die sich ihnen entgegenstellte, wurde durch mehrere Messerstiche erheblich verletzt. Die Täter ergriffen in einem Auto die Flucht.

Hohenmölsen. Am Sonntag, den 1. Februar veranstaltet die Gesangsabteilung des VBTS ihr erstes Stiftungsfest unter Mitwirkung der umliegenden Brudervereine. Von nachmittag 3 Uhr ab findet das Gesangskonzert statt. Abends von 8 Uhr an wird zum zweitenmal die Schauspielopper „Precioja" aufgeführt. Es wird hier etwas Außerordentliches gezeigt und daher laden wir die Einwohner von Hohenmölsen und Umgebung ergebenst ein. Nach dem Theater Ball. Eintritt 60 und 30 Pfennig. Die Vereine, welche Fragebogen erhalten, werden gebeten, dieselben sofort einzuschicken.

Bitterfeld-Wittenberg

Einwohner von Greppin — Achtung!

Am Sonnabend, 31. Januar, 20 Uhr, findet im Saale des Gastwirt Schmidt eine große öffentliche Versammlung statt. Das Thema lautet: „Volksrevolution gegen Faschismus". Der Kampfbund gegen den Faschismus, die führende Organisation aller Werktätigen im Kampfe gegen die faschistische Gefahr mit allen Mitteln stehen, zu: Stärkt die Einheitsfront des Kampfbundes! Die Ansicht, daß die Mitglieder des Kampfbundes gegen den Faschismus Kommunisten sein müssen, ist falsch. Gerade die parteilosen Arbeiter und Arbeiterfrauen, die Kleingewerbetreibenden, die kleinen Landwirte, die alle so schwer unter der Auswirkung durch die faschistische Diktatur spüren, müssen sich im Kampfbund gegen den Faschismus organisieren und einen gemeinsamen Kampf führen.

Deshalb rufen wir noch einmal allen Arbeiterfrauen und Arbeiterinnen zu, sich im Kampfbund zu organisieren. Der Luisenverband die ganzen vaterländischen Frauenverbände machen die größten Anstrengungen, um die Arbeiterfrauen einzufangen. Hier heißt es auf der Hut sein. Alle Arbeiterfrauen und Arbeiterinnen gehören in eine proletarische Organisation und müssen an der Seite ihrer Schulter mit den Männern für die Beseitigung des faschistischen Systems und des Faschismus kämpfen.

Arbeiter und Arbeiterfrauen, Kleingewerbetreibende und Kleinbauern kommt alle in die öffentliche Versammlung. Holt Euch Auskunft, wie der Kampf gegen Not und Elend geführt werden muß.

Bürgerlich-sozialdemokratische Einheitsfront im Bitterfelder Stadtparlament

A.-K. Bitterfeld. Wie eng die Sozialdemokraten mit den bürgerlichen Parteien verbunden sind, konnten wir in der letzten Stadtverordnetensitzung feststellen. Als erster Punkt standen die Neuwahlen der Ausschüsse auf der Tagesordnung. Bei der Wahl der Gutsbesitzer machten wir hierbei eine interessante Feststellung.

Auf Vorschlag des Dr. Werner von der Einheitsliste ging die SPD-Fraktion auf Geheiß des Bonzen Lebbin in eine Listenverbindung ein, um die verfluchten Kommunisten aus dieser Kommission zu verdrängen.

Es ist der Herrschaften nicht daß die Kommunisten Einblick in die Tätigkeit des Stadtgutes erhalten. So wurde also die Gutsbesitzer von den Vertretern der Bürgerlichen und Sozialdemokraten — Innerhalb der bürgerlichen Fraktion scheint es aber auch nicht ganz zu stimmen, denn man hat Bartholomäus, den einzigen noch bisschen noch Arbeiter „rieht", aus den Kommissionen, wie jeder Bor, hinausgedrängelt.

Auf eine beantragten Abänderung der Lustbarkeitssteuer, deren Ertrag auf die nächste Sitzung verschoben wird, wurde dann eine öffentliche Sitzung durchgeführt.

Einwohner von Rösslin heraus zur Versammlung

A.-K. Rösslin. Sonntag, den 1. Februar, nachmittags 3 Uhr, eine öffentliche proletarische Freidenkerversammlung in Rösslin. Die Genossin Frieda Könen-Merseburg hält das Referat. Wir laden alle Arbeiter von Taucha und Umgegend, ganz gleich welcher Parteirichtung, die den Willen haben, gegen Kulturreaktion und Kulturfaschismus zu kämpfen, öffentlich ein.

Die Freidenkergenossen von Taucha, Muschwitz und Umgegend müssen restlos erscheinen. — Unsere Jugendwehe findet in diesem Jahre in Taucha am Sonntag, dem 29. März, statt. Wir bitten alle Arbeiter, sich daran zu beteiligen und uns zu unterstützen in unserem Kampfe gegen Kulturfaschismus und Geistesverstlavung. Diejenigen Eltern, die Ostern Kinder in die Schule zu schicken haben, müssen sie aus dem Religionsunterricht nehmen, denn die Arbeiterschaft muß nun endlich einsehen, daß es nur zwei Klassen gibt, und daß die Arbeiterschaft offen und energisch den Kampf führen muß.

Heraus aus der Kirche, hinein in den Verband proletarischer Freidenker, nehmt eure Kinder aus dem Religionsunterricht, schickt sie zur Jugendweihe! Anmeldungen nehmen bis zum 15. Februar entgegen: Gen. Otto Fischer, Granschütz; Gen. Albin Rex, Webau; Gen. Otto Fröhlich, Taucha; Gen. Emil Kühnt, Nesschütz und Gerstewitz; Gen. Albert Fuchs, Rösslin und Auspitz.

Achtung! Funktionäre und Jungarbeiter im U-B Nordhausen

Am Sonnabend, dem 31. Januar, und am 1. Februar führen wir in Nordhausen im Lokal „Haus der Jugend", Schützenstraße, unsere außerordentliche UB-Konferenz durch. Jede Gruppe muß vertreten sein. Entsendet zahlreich Delegierte! Holt euch neue geistige Waffen zum Kampf gegen den Faschismus. Den Sturmriemen herunter!

Massenteilnahme an der Kampfkonferenz der Jugend des revolutionären Proletariats, das ist die Losung der Jugend am Sonntag.

Vertreter der BL ist anwesend. Beginn 9 Uhr vormittags.

UBL Nordhausen, KJVD.

Die Erwerbslo'en demonstrieren für ihre Forderungen

A.-K. Elsterwerda. Nach der gewaltigen Erwerbslosendemonstration anläßlich des Kreistages in Liebenwerda demonstrierten auch in Elsterwerda am Tage nach der Kreistagssitzung die Erwerbslosen. Ein stattlicher Zug von etwa 400—500 Mann zog mit dem Gesang von Kampfliedern durch die Stadt.

Auf dem Marktplatz sprach der Genosse Hirsch zu den versammelten Erwerbslosen und den Einwohnern von Elsterwerda. Er gab einen Bericht von der stattgefundenen Kreistagssitzung, und brangte mit scharfen Worten an, daß für die Erwerbslosen wieder einmal nichts da war. **Mit besonderem Nachdruck wies er darauf hin, daß am 20. Februar in ganz Deutschland die Erwerbslosen aufmarschieren werden, um ihren Kampfwillen gegen das bestehende System, das ihnen nicht Brot und Arbeit geben kann, zu zeigen.** — Im Schlußwort ermahnte der Genosse Hirsch noch einmal die Saalbesitzer von Elsterwerda, ihre ablehnende Stellungnahme gegenüber der revolutionären Arbeiterschaft aufzugeben.

Erwerbslose und Einwohner von Elsterwerda! Am 1. Februar mittags 2 Uhr findet auf dem Marktplatze eine große Kundgebung statt, erscheint alle! Kämpft mit uns gegen den Faschismus!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310131-18/fragment/page=0011

PROLETARISCHES FEUILLETON

Der Führer

Von Tarossow-Rodionow

Frühmorgens mußte ich nur für einen Augenblick in das Kriegskomitee, um dort, wie es besprochen war, Smilga zu treffen und mit ihm zum Bauernkongreß zu gehen. Trotzdem es ein trüber, kühler Tag war, wimmelte wie gewöhnlich eine bunte Masse vor der milchweißglänzenden Villa, die wir der zaristischen Mätresse entrissen hatten.

Die Stiefel der Frontkämpfer dröhnten laut auf den Marmorstufen des Vestibüls. Schwere Zeitungsbündel, die für die

Lenin mit Genossin Krupskaja

Schützengräben bestimmt waren, wurden die Treppen heruntergeschleppt. In den Korridoren flitzten wie früher geschäftig Agitatoren und Organisatoren aus Kasernen und Fabriken hin und her. Grauer Staub wirbelte in schiefen Streifen unter demmatten Licht, das durch die geöffneten Fenster hineinströmte. Podwoiski war nicht da, aber auch Smilga war nicht zu finden, und der wie ein junges Mädchen bescheidene Soldat Tobias, Sekretär unseres Kriegskomitees, teilte mir mit, Smilga wäre beschäftigt und habe mich bitten lassen, die Mandate im Büro des Bauernkongresses selbst abzuholen. Er fügte aber hinzu, daß die Sache mit dem Bauernkongreß nicht so eilig sei, der rastlose Podwoiski hätte schon für mich ein Delegiertenmandat zum Allrussischen Kongreß der Offiziersdelegierten, der heute eröffnet werden solle, vorbereitet. Ich müsse unbedingt dorthin gehen, da Lenin persönlich darauf bestehe.

Der Gedanke, daß dies ein Auftrag Lenins sei, regte mich auf und beseelte mich zugleich. Mit Begeisterung nahm ich das Mandat an, doch die Unklarheit über meine Aufgabe auf dem Kongreß beunruhigte mich und ich beschloß, mich an Lenin persönlich zu wenden. Man sagte mir, ich könne ihn auf der Moika in der Redaktion unserer „Prawda" finden.

Ein hellgraues, hohes Haus an der Ecke. Im ersten Stock das „Hotel Bristol", von Kokotten und Offizieren bewohnt; einen Stock höher eine Tür mit einem Schild „Selski Westnik" (Der ländliche Bote). Darüber ein zaristischer Doppeladler. Im halbdunklen Vorzimmer stieß ich mit zwei Arbeitern der Fabrik „Bulkan" zusammen. Sie brachten Notizen über Uneinigkeiten mit der Werkverwaltung und unterhielten sich erregt mit einer einfach angezogenen, etwas gebückten Frau mit runder Stirn und einer breiten, etwas nach oben gestülpten kleinen Nase, die ihr Gesicht liebenswürdig und streng zugleich erscheinen ließ. Sie neigte den Kopf mit dem glattgekämmten Haar aufmerksam zur Seite und sah die Arbeiter mit einem frischen, freundlichen Blick ihrer kleinen, hurtigen Augen an. Später erfuhr ich, daß dies die Schwester Lenins, Maria Iljinitschna Uljanowa war.

Lenin kam hastig aus dem Zimmer. Er sah mich mit einem raschen Blick an, er erinnerte sich vielleicht an unser im Taurischen Palais geführtes zufälliges Gespräch über den Krieg und erkannte mich vielleicht auch, da er mir freundlich zunickte und forschend fragte:

„Nun, was ist los?"

Ich erklärte, daß ich mit dem Mandat des Kriegskomitees sofort zum Offiziersongreß fahre und mich erkundigen wollte: Wie habe ich mich dort zu benehmen? Welche Aufgaben haben wir dort? Der Kongreß habe doch mit uns recht wenig zu tun!

„Wenn Sie genau wissen, daß am Kongreß ausschließlich Gegenrevolutionäre teilnehmen, so hat es selbstverständlich keinen Sinn, hinzugehen", lächelte Lenin wohlwollend und lustige Strahlen legten sich um seine kleinen, braunen Augen, „. . . außer zu Informationszwecken . . . Aber", er kniff die Augen zusammen, zupfte an seinem kurzen, braunen Bärtchen, „wenn Sie sehen, daß es dort Elemente gibt, besonders unter den Reserveoffizieren, die, wenn auch nur pazifistisch gestimmt, sich im gegebenen Augenblick den Soldatenmassen der Arbeiter und Bauern anschließen würden, so könnten Sie dort sprechen und scharf unterstreichen, daß es keine imperialistischen Auswege aus dem Krieg gibt. Mit einem Wort, handeln Sie so, wie es die Situation erfordert. Und wo arbeiten Sie augenblicklich?" fragte Lenin plötzlich, und es kam mir vor, als frage er nur, um mich in höflicher Form loszuwerden. Ich sagte deshalb nur einige flüchtige Worte über meinen Mißerfolg in Oranienbaum.

„Wladimir Iljitsch!" rief man ihn ungeduldig aus dem Redaktionszimmer, und ich schämte mich, ihn mit solchen Nichtigkeiten aufzuhalten. Er tat aber, als hörte er nicht, daß man ihn rufe.

„Gerade das ist von großer Wichtigkeit, von wesentlicher Wichtigkeit!" Wladimir Iljitsch wurde ganz aufgeregt, als er meine flüchtig hingeworfenen Worte hörte, „seien Sie hartnäckig und bestreben Sie sich, Ihre Garnison bolschewistisch zu stimmen. Sollten Sie auf irgendwelche organisatorischen Schwierigkeiten stoßen, kommen Sie persönlich zu mir. Ich werde mich immer freuen, Ihnen helfen zu können . . . und überhaupt, halten Sie mich auf dem laufenden über Ihre Arbeit . . . und erzählen Sie mir auch über Ihren Kongreß . . ." Er drückte fest meine Hand, lächelte mich freundlich an und ging ebenso hastig wie er gekommen war in das Redaktionszimmer. Augenscheinlich lag ein glückliches, gleichzeitig aber verlegenes Lächeln auf meinem Gesicht, als ich die Steintreppe hinunterging und auf die Moika trat, da alle, die mir begegneten, mir neugierig nachsahen.

Die helle Erscheinung des etwas untersetzten, aber außerordentlich beweglichen und so freundlichen Wladimir Iljitsch leuchtete vor mir in Milliarden kleinen Strahlen seiner heiter zusammengekniffenen Augen. Was für eine rührende, sachliche Aufmerksamkeit Dingen gegenüber, die unwichtig zu sein scheinen! Was für eine herzliche Teilnahme für die alltägliche Kleinarbeit eines einfachen Parteiarbeiters! Welche schaftliche Besorgnis! . . . Und wie aufrichtig und diese teilnahmvolle Begeisterung.

Ich bin aber wirklich leichtsinnig! Weiß ich denn Lenin mit einer riesenhaften verantwortungsvollen der „Prawda" und im ZK. überbürdet ist. Wozu mit so unwichtigen Dingen zu ihm gegangen, die ich seine Hilfe hätte begreifen müssen? Im wesentlichen wiederum alles, was mir Wladimir Iljitsch eben erstaunlich richtig und erstaunlich einfach zugleich, irgendwelche scholastischen Eröffnungen erwartet schämte mich wieder meiner Begriffsstutzigkeit, und würdige Erscheinung unseres Führers, der von allen wütendem Haß und Verleumdungen unserer Feinde war, flammte vor mir wie ein neues, lampfstrahlendes blendendes Licht eines gigantischen Leuchtturmes auf.

Aus dem Roman Tarassow-Rodionows „Schritte" (2. Band: Juli). Erscheint demnächst „Neuen Deutschen Verlag", Berlin.

Das sozialistische Dorf und die Schriftsteller

„Warum bin ich so lustig . .

Vortrag von S. Tretjakoff, Verfasser von „Brülle, China!"

Der bedeutende russische Schriftsteller S. Tretjakoff, Verfasser des auch in Deutschland bekannten Dramas „Brülle, China!" hielt in Berlin von der „Gesellschaft der Freunde des neuen Rußland" aus mit großem Erfolg einen Vortrag über: „Das sozialistische Dorf und die Schriftsteller."

Zwei Bücher von Tretjakoff werden im Frühjahr im Malik-Verlag erscheinen, und zwar „Die Herausforderung", die Geschichte einer der größten russischen Kollektivwirtschaften, und „Den-Chuan", die Biographie eines chinesischen Studenten. Wir bringen aus Tretjakoffs Vortrag folgenden interessanten Abschnitt:

„Die Haupthelden der Saatkampagne 1930 in der Sowjetunion waren die Traktoren. Wie eine schwere Artillerie wurden sie überall da eingestellt, wo die Kräfte der Kolchos-(Kollektiv-) Mitglieder, die die Erde stürmten, nicht ausreichten. Die Traktoristen wohnten während ihrer Arbeit in der Steppe in kleinen Gerätewagen und hielten nicht einmal die Feiertage ein, um jede Minute auszunutzen. Sie erzielten 183 Prozent des Planes.

Das Auge des Kolchos-Mitgliedes gewöhnte sich daran, Mängel und Fehler zu bemerken.

Aber noch eifriger sind Einzelne, die keine Mitglieder der Kolchose sind, als ob sie von den Kollektivwirtschaften hypnotisiert wären, sich stets neben ihrer Arbeit aufhalten. Auch in der Steppe, in den Brigaden finden wir Leute, die angespannt die Arbeit der Kolchose verfolgen. Das sind Einzelbauern. Sie gehen herum, sie betrachten alles genau, geben Ratschläge, leiden mit. Von Gesprächen über ihren Eintritt in die Kolchose lenken sie aber ab. Sie gehen an den Kolchosen vorbei wie an ihrem Schicksal.

Die Möglichkeit, die Ergiebigkeit der Arbeit durch eine einfache Zusammenfassung der Pflüge, Eggen und Pferde und durch spezialisierte Einteilung der Arbeiter in Brigaden in den Kolchosen so ungeheuer zu steigern, setzte sie in Erstaunen. Niemand unter ihnen glaubte, daß pro Haushalt 20 Hektar bearbeitet werden können.

Auf einem Tisch in der Redaktion, wo die Druckmaschinen auf Lehmboden standen, häuften sich fettige Zettel, ausgerissene Heftseiten und sorgsam abgerissene Zeitungsränder. Stimmen von Bauern sprachen daraus, die gestern noch gend ihren Feldstreifen umgruben und die heute warnen weise und Ratschläge erteilten.

„Ein Traktorist überfuhr einen Pflug und zerbrach ihn war eine Schädlingstat. Man muß ihn zur Verantwortung ziehen."

Oder: „In der Feldküche der Kolchos-Brigade (Städtchen) fehlten drei Tage Kartoffeln. Möge der Wirtschaftsleiter nicht vergessen, wozu er gewählt wurde."

Ferner: „Wir, die zweite Pferdebrigade, haben einen 15 Hektar geschafft und fordern die anderen Brigaden zum bewerb auf."

Traktoristen brachten Gedichte über Traktoren. Da das Dichten schwer fiel, verwandten sie bekannte Kinderg und münzten sie auf die Kolchos-Arbeit um.

Auf deutsch werden solche Gedichte ungefähr so lauten:

„Ich weiß nicht, was soll es bedeuten,
Daß ich so lustig bin.
Ich setze mich auf den Traktor
Und fahre die Steppe dahin."

Während der Pausen stürzte man sich auf die einzige Kolchos-Zeitung. Alle zusammen suchen neugierig, was berichtet wurde.

Wenn sie auf Vorwürfe stießen, erhob sich ein Schrei beriet, was zu tun ist, um den Mangel zu beseitigen auf diese Weise zu entlasten. Aus einem unorganisierten ting wurde eine Betriebskonferenz. Diese sammelte tragen Arbeitervorschläge und Erfindungen und vermittelte den tern die neuesten Errungenschaften der Technik.

Unter größten Schwierigkeiten kämpfte sich das Kom bis zur Ernte durch. Die Ernte war reich. Die Erde erwies dankbar für die Bemühungen der Menschen.

Das Kombinat beeilte sich, seinen Getreideteil abzuli der sehr groß — 20 Hektar pro Wirtschaft — ausfiel."

Herr Lange vor dem Arbeitsgericht

Die Oberammergauer haben ihre Angestellten bemogelt und müssen nun blechen

Des Satans Wege sind unerforschlich . . .

Im frommen Oberammergau schien eine Einmischung des Teufels in die lokalen Verhältnisse und Vorgänge bislang unmöglich, zumal ja im vergangenen Sommer Gottes Segen das Dorf in Form von Banknoten aller Farben besonders überschüttete.

Wo aber Gottes Gnade am größten, da ist der Satan am nächsten. Das haben die oberbayerischen Jerusalemer am eigenen Leibe verspüren müssen. Kleine Mißverständnisse, falsche Auslegungen der Lehren des Erlösers waren die Ursachen einer Skandalserie, die der Teufel den Oberammergauern nach erfolgreich beendetem Passionsspiel anhängte. Man sucht jetzt nach passenden Bibelsprüchen zur Rechtfertigung.

Vor Beginn der „Saison" in Oberammergau erkundigten sich die frommen Geschäftsleute bei verschiedenen Hoteliers, wie man das mit dem Personal für die Pensionen, Gasthäuser und Hotels handhaben müsse. Sie bekamen ein vielfach bewährtes Rezept. Die arbeitsuchenden Angestellten wurden auf Niere und Leber geprüft:

„San Sie organisiert?"

„Nein. —"

„San Sie wirklich net organisiert?"

„Nein. — — —"

„A net in da katholischen Kirch'?"

„Doch."

„Guat, dann könnas ofanga, aber in d' Kirch' müß'n S' geh' und an Tarif zahln ma net, mia zahln übern Tarif . . ."

Dutzende von Servierfräuleins, Kassierinnen, Stubenmädchen schufteten während der Passionsmonate täglich 14 bis 16 Stunden und bekamen dafür den christlichen Lohn von einigen Mark Taschengeld neben Kost, Wohnung und Verpflegung. Der Verdienst des Bedienungspersonals, das Trinkgeld, wurde „der Zeit entsprechend" — „abgeschafft", d. h. vielmehr mit 10 Prozent auf die Rechnung gesetzt, worüber die frommen Wirte und Gasthöfbesitzer allerdings ehrfürchtiges Schweigen, wie der Kirche, bewahrten.

Nach Schluß der Saison stellte sich heraus, daß die „Organisierten" größtenteils mit dem Teufel im Bunde waren. Ließen durch ihren Verband Klage auf Auszahlung der einbehaltenen 10 Prozent stellen. An die 50 Klagen wurden gereicht, halb Oberammergau mußte Ende November, Dezember 1930, mit der langen Wolle noch auf dem Bauch dem Arbeitsgericht Garmisch erscheinen. Allen voran der Gastusbarsteller Alois Lang. Vor dem Gericht versuchte er seine Mogeleien zu beschönigen, denn für ihn kommt ja bald Oberste Himmelsgerichtshof in Frage. Die Arbeitsrichter Garmisch, fromm, aber nicht so gläubig wie die Oberammergauer mußten notgedrungen dem Herrn im Himmel vorgreifen Alois Lang zur Auszahlung von 2207 Mark an 4 Kläger verurteilen. Das ist die erste Rate. Neben dem Christus Oberammergau hatten sich auch noch einige Pharisäer zu worten. Diese haben, seitdem sie aus dem Tempel verjagt den, keine rechte Freude mehr daran, an öffentlichen Orten erscheinen. Sie schickten deshalb ihre Frauen und Töchter das Arbeitsgericht. Auch sie müssen blechen, ohne Rücksicht rauf, daß sie die 10 Prozent bereits für Möbel usw. ausgegeben haben. Interessant ist die Stellung der sozialdemokratischen werkschaftsbürokratie zu den Oberammergauer Mogeleien. der bayrischen SPD.-Presse nimmt die Bonzokratie zu dem Stellung und meint, es wäre den Leuten „wohl zu gönnen, sie sich gesund machen wollten", nur hätten sie sich „auch andere Menschenkindern gegenüber besser zeigen sollen". Ungefähr wie der SPD.-Presse gegenüber mit Rieseninseraten über Leiden Christi . . .

Kollege, Klassengenosse! Bist du schon aus der Kirche getreten? Und aus der SPD? — Na, dann mach' das aber fort und komme zu uns!

Carolus (München)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310131-18/fragment/page=0012